



19. Sitzung

Mittwoch, 21. Januar 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Nebahat Güclü und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Aktuelle Stunde

1015

Fraktion der GAL:

Fraktion der CDU:

**Primarschule: neue flexible
Übergangsregelungen – eine
gute Lösung für Eltern sowie
Schülerinnen und Schüler**

mit

**Hamburgs neue S-Klasse: Die
Stadtbahn kommt**

(Fortführung am 22.01.2009)

Fraktion DIE LINKE:

**Einkassiertes Wahlrecht zu-
rückholen – Volksbegehren
"Faires Wahlrecht" vor dem
Start**

(Fortführung am 22.01.2009)

Fraktion der SPD:

**Schulpolitik in Hamburg: CDU-
Wortbruch, GAL-Rückzieher
– und die Verunsicherung geht
weiter**

Marino Freistedt CDU 1015, 1029

Ties Rabe SPD 1016, 1026

Michael Gwosdz GAL 1017, 1028

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 1018

Christa Goetsch, Zweite Bürger-
meisterin 1019

Wolfgang Beuß CDU 1021

Britta Ernst SPD 1022

Linda Heitmann GAL 1023

Christiane Schneider DIE LINKE 1024

Egbert von Frankenberg CDU 1025

Robert Heinemann CDU 1027

Wilfried Buss SPD 1029

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl von zwei Mitgliedern des
Stiftungsrates der "Hamburger
Stiftung Asien-Brücke"**

– Drs 19/1891 –

1030

Ergebnis

1040

Antrag der Fraktionen der CDU und
GAL:

Entwicklungsschwerpunkte der Sportstadt Hamburg		Mehmet Yildiz DIE LINKE	1050
– Drs 19/1905 –	1030		
dazu		Beschlüsse	1051
Antrag der Fraktion der SPD:		Senatsantrag:	
Entwicklungsschwerpunkte der Sportstadt Hamburg		Aufhebung des hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (Lebenspartnerschaftsausführungsgesetz)	
– Drs 19/2031 –	1030	– Drs 19/1692 –	1051
Wolfhard Ploog CDU	1030, 1039	Farid Müller GAL	1051, 1056
Juliane Timmermann SPD	1032, 1038	Roland Heintze CDU	1052
Horst Becker GAL	1034, 1038	Gabi Dobusch SPD	1053, 1056
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1035, 1039	Kersten Artus DIE LINKE	1055
Dr. Karin von Welck, Senatorin	1037		
Beschlüsse	1040	Beschlüsse	1056
Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Verbesserung der Förderung von Baugemeinschaften innerhalb der Hamburger Wohnungsbauförderung und der Grundstücksversorgung		Konjunkturprogramm, Strukturprogramm für Hamburg	
– Drs 19/1907 (Neufassung) –	1040	– Drs 19/1897 –	1056
Hans-Detlef Roock CDU	1040	Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1056, 1063
Andy Grote SPD	1041, 1044	Barbara Ahrons CDU	1057
Horst Becker GAL	1042	Karl Schwinke SPD	1059
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1043	Jens Kerstan GAL	1061, 1065
Anja Hajduk, Senatorin	1044	Dr. Peter Tschentscher SPD	1065
Beschluss	1045	Beschluss	1066
Antrag der Fraktion der SPD:		Antrag der Fraktion der SPD:	
Kinderlärm gehört dazu: Kitas und Kita-Ausbau für Eltern und Kinder sichern – Baunutzungsverordnung (BauNVO) ändern		Hochschulzugang für Berufstätige	
– Drs 19/1902 –	1045	– Drs 19/1901 –	1066
dazu		dazu	
Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:		Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:	
Kindertageseinrichtungen in reinen Wohngebieten ermöglichen!		Hochschulzugang für Berufstätige	
– Drs 19/2024 –	1045	– Drs 19/2023 –	1066
Carola Veit SPD	1045, 1050	Philipp-Sebastian Kühn SPD	1066
Hans-Detlef Roock CDU	1047	Wolfgang Beuß CDU	1067
Christiane Blömeke GAL	1048	Dr. Eva Gumbel GAL	1068
		Kersten Artus DIE LINKE	1068
		Beschlüsse	1069

Beginn: 15.03 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Heute beginne ich zunächst mit Geburtstagsglückwünschen. Sie gehen an unseren Kollegen Herrn Dieter Dreyer.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lieber Herr Dreyer, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Primarschule: neue flexible Übergangsregelungen – eine gute Lösung für Eltern sowie Schülerinnen und Schüler

von der SPD-Fraktion

Schulpolitik in Hamburg: CDU-Wortbruch, GAL-Rückzieher – und die Verunsicherung geht weiter

von der GAL-Fraktion

Hamburgs neue S-Klasse: Die Stadtbahn kommt

und von der Fraktion DIE LINKE

Einkassiertes Wahlrecht zurückholen – Volksbegehren "Faires Wahlrecht" vor dem Start

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und das zweite Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Zu dieser Debatte rufe ich sodann auf.

Das Wort bekommt wunschgemäß der Abgeordnete Freistedt.

(*Michael Neumann SPD:* Warum Herr Freistedt? Ich denke, Herr Weinberg macht Schulpolitik!)

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! In den vergangenen Tagen konnten wir ein erfreuliches und für uns positives Medienecho über die jüngsten schulpolitischen Entscheidungen erleben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die CDU-Fraktion begrüßt ohne Einschränkung die Aussage der Schulsenatorin, den jetzigen Kindern der Grundschulklasse 3 die Option zu geben, nach Abschluss der Klasse 4 im Jahr 2010 entweder eine Stadtteilschule oder ein Gymnasium zu besuchen. Diese kluge Entscheidung gibt den Eltern,

den Lehrern und Schülern Klarheit und Sicherheit über die Anmeldemöglichkeiten ihrer Schüler und Kinder. Dies ist ein wichtiger Vertrauensbeweis, weil keine Benachteiligung entsteht und die Eltern unter keinen unliebsamen Entscheidungsdruck geraten.

(*Michael Neumann SPD:* Das ist doch lächerlich! Und was ist mit den anderen Eltern?)

Die CDU-Fraktion unterstützt alle Bemühungen der Schulbehörde, mit Weitsicht und Gespür für das Machbare neue und erfolgversprechende schulpolitische Weichen zu stellen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Diese Schulreform mit der deutlich längeren gemeinsamen Schulzeit hat sich zum Ziel gesetzt, die Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen zu erhöhen. Der erste Schritt dazu ist die gemeinsame Beratung in den regionalen Schulentwicklungskonferenzen. Der zweite Schritt ist die Schaffung überzeugender Übergangsregeln. Der dritte Schritt ist die Schaffung begleitender Strukturen in der neu auszurichtenden Lehrerbildung, in der Ausstattung von Schulen und in der verbesserten Beratung von Eltern und Schülern sowie in der Formulierung von Bildungsplänen und Kompetenzrastern. Die neue Stadtteilschule wird – und hier bestätigt sich das Votum der Enquetekommission – ein Erfolgsmodell,

(*Wilfried Buss SPD:* Haha!)

weil dort konsequent alle Begabungen gefördert werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das Gymnasium wird gestärkt, weil gymnasiale Profile, pädagogisch gymnasiales Denken und Handeln künftig schon ab Klasse 4 in den Primarschulen vorherrschen wird. Das überspringen von Klassen bleibt möglich und die individuelle Förderung, das Eingehen auf Stärken und Schwächen wird zur Handlungsmaxime der Lehrer. Die künftigen Gymnasiasten werden also bestens darauf vorbereitet. Die Stadtteilschule bietet ebenfalls alle Abschlüsse.

Die Mitteilung, eine flexible Übergangsregelung zu schaffen und nicht schon 2010 eine starre Regelung weiter zu verfolgen, zeugt von Klugheit und dem Gespür für Kompromisse.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann SPD:* Angst und Panik!)

Im Gegensatz zur Opposition, die in Hessen oder hier in Hamburg schon mehrmals ohne Erfolg gegen die gleiche Wand gelaufen ist und dabei droht, sich zum Gespött der Bevölkerung zu machen, ist diese schulpolitische Entscheidung ein weitsichtiger Kompromiss. Wir tragen diesen Kompromiss mit. Fragen und Anregungen der Eltern zur Einfüh-

(Marino Freistedt)

rung der Primarschule nehmen wir ernst. Diese Übergangsphase ist ein Beleg für unsere Kompetenz. Sie ist ein Beleg für unser Handlungsbewusstsein. Diese Koalition weicht keiner Beratungsphase aus. Eltern, Lehrer und Schüler sind aufgerufen, uns weiterhin zu beraten. Nicht zuletzt hat sich in dieser Diskussion gezeigt, dass Anregungen des Landesfachausschusses Bildung der CDU und Anregungen der GAL aufgenommen wurden. Ein offener Meinungsaustausch ist wesentlich wichtiger und besser für das Miteinander. Eine schwarz-grüne Koalition wird keine Basta-Politik betreiben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Koalitionsregierung unter dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust und der Schulsenatorin Christa Goetsch hat unsere Unterstützung und verdient weiterhin unser Vertrauen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rabe.

Ties Rabe SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf diese PR-Idee muss man erst einmal kommen. Sie zetteln eine Brachialwende in der Schulpolitik an, Sie verkünden viel zu enge Zeitpläne, Sie versetzen die ganze Stadt in Aufruhr. Enttäuschte CDU-Wähler wollen eine eigene Partei gründen. Die Handelskammer probt den Schulkampf und Schulen, sogar wie die in der Max-Brauer-Allee, rufen zur hamburgweiten Alsterkette auf. Schließlich müssen Sie kleinlaut wegen zahlloser Pannen und Probleme Ihren Reformstart verschieben. Nun stellen Sie sich hier hin und verkünden, dies sei ein Sieg vernünftiger Politik. Wem wollen Sie das weismachen? Jeder weiß, dass Sie diese Reform verschieben, weil Sie die wirklich betroffenen Kinder und Eltern gegen sich haben und weil Sie die Probleme der Primarschule überhaupt nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Die Opfer dieser Politik sind schon erkennbar. Das eine Opfer sitzt zu meiner Rechten. Es ist die CDU. Wir erinnern an die wunderbaren CDU-Wahlversprechen. Mir hat man Prospekte über Prospekte gegeben.

"Wir bewahren das Elternwahlrecht", "nur mit uns wird es keine Abschaffung des Gymnasiums geben",

und besonders schön – Herr Heinemann, vermutlich Ihr Satz –,

"statt radikaler Umbrüche brauchen Hamburgs Schulen Zeit und Ruhe."

Das finden wir sehr spannend. Heute sagt die CDU, na ja, die Gymnasien hätten nur genauer lesen müssen. Da stehe ja nicht keine Abschaffung "der" Hamburger Gymnasien, da stehe nur keine Abschaffung "des" Gymnasiums. Das ist Einzahl. Eins bleibt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das war ja ein Kallauer!)

Aber ansonsten kann man nur Mitleid haben, wenn man sieht, wie sich die CDU-Politiker verbiegen und verrenken. Die Primarschule hätten sie immer gewollt, Gymnasien-Schrumpfen decke sich mit dem CDU-Wahlprogramm und übrigens – falls die GAL nun auf die Idee kommen wollte, die Gymnasien ganz abzuschaffen – stehe dort auch nicht, "Hamburger Gymnasien" wolle die CDU bewahren. Da bleibt also immer noch ein Schlupfloch. Meine Güte, ist die CDU lernfähig. Aber auch die Wähler lernen gern und ihre Lektion in Sachen Primarschule ist: Wer wissen will, was diese Partei über Schulpolitik sagen wird, der fragt besser die GAL. Die schreiben es dann auf einen Zettel, Herr von Beust liest es vor und die CDU weiß, was sie für Schulpolitik betreibt.

(Wolfgang Beuß CDU: wenn das Leben so einfach wäre!)

Ich glaube, die Wähler sind sich recht sicher, die CDU hat ihre Wähler getäuscht, ihre Grundsätze verraten und sich aus der Schulpolitik vollkommen verabschiedet. Nach dieser peinlichen Nummer kann man nur feststellen, dass Hamburg die CDU in der Bildungspolitik nicht braucht.

(Beifall bei der SPD)

Opfer Nummer zwei – und da wird es ernster – sind Schüler mit schlechten Startbedingungen. Wir wissen, dass 25 Prozent nicht ausreichend lesen und schreiben können. Elf Prozent der Schüler schaffen keinen Abschluss. Jeden Tag, jede Stunde wird solch ein Schüler abgehängt. Jetzt muss etwas getan werden, und zwar sofort. Viele gute Rezepte sind da: Sprachförderung, Ganztagschulen, besserer Unterricht, Einbeziehung der Eltern, Förderkinder integrieren.

(Jens Kerstan GAL: Machen wir alles!)

Das muss man alles machen. Warum fangen wir nicht an? Die Antwort sitzt dort. Der Grund, weswegen wir nicht anfangen, ist die GAL. Diese hat nämlich eine ganz andere Idee. Sie sagt, sie baue alle Schulen um. Das sind ja nur 400 von Wellingsbüttel bis Blankenese. Dort saßen ja die ganzen Risikoschüler, für die man jetzt dringend etwas tun müsse. Das dauert superlange. Das ist superteuer. Das ist irgendwann einmal fertig.

(Jens Kerstan GAL: Haben Sie einmal ihr eigenes Programm gelesen?)

(Ties Rabe)

Und bis dahin halte man alles andere an. Die Ganztagschulen? Ab 2011. Die Sprachförderung? Zurzeit kein Thema. Die Förderkinder integrieren? Später einmal, denn jetzt zähle man Räume und streite über Schülerströme. Man plane und plane, und wenn man damit fertig sei, fange man immer noch nicht an, denn dann müssten alle Schulen umziehen, dann müssten alle Schulen umgebaut werden, dann müssten Lehrer versetzt werden und so weiter. Das wird ein Spaß.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Planungschaos blockiert die jetzt dringenden notwendigen Schritte, um Schülern mit schlechten Startbedingungen sofort zu helfen. Das ist das Furchtbare dieser Schulpolitik.

Mein Fazit: Heute müssen Sie eingestehen, dass Ihre Reform schon in der Planung stecken bleibt. Spätestens in einem Jahr werden Sie im Sommer sehen, dass die Eltern der dritten Klassen Ihnen bei der Wahl, ob Primarschule oder nicht, die Rote Karte zeigen. Diese haben es nämlich schon lange satt, dass die Zukunft ihrer Kinder zum Experimentierfeld solcher unausgereifter Ideen wird. Spätestens dann müssen Sie Ihren nächsten weisen Verschiebebeschluss verkünden. Der kann nur lauten: Sie lassen den Unsinn. Am besten wäre, wenn Sie das schon jetzt verkündeten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rabe, ich fand sehr schön, dass Sie gerade gesagt haben,

(Carola Veit SPD: Wir auch!)

wir bräuchten viele Reformen in der Schulpolitik. Sie werfen der Behörde allerdings vor, dass sie Reformen "plane". Wie würden Sie bitte die Schule ohne Planung verbessern und reformieren? Das ist ein bisschen absurd. Man kann nicht jetzt sofort anfangen, ohne vorher etwas zu planen.

(Ingo Egloff SPD: Aber Sie haben angefangen, ohne zu planen!)

Sie haben gesagt, wir bräuchten viele Verbesserungen an den Schulen. Genau darum geht es uns in unserer gemeinsamen Schulpolitik in Hamburg. Wir haben einen offenen Prozess zur Reform und Neugestaltung der Hamburger Schule eingeleitet, in dessen Mitte wir uns gerade befinden. Wir haben diesen Schulreformprozess von Anfang an offen gestaltet, offen im Dialog mit allen Akteuren, nicht von vornherein in allen Details festgelegt und geregelt, offen für Kritik, Anregungen, Fragen von allen Seiten, die gehört und gelesen werden und natürlich auch Eingang in die Überlegungen finden, das Ganze innerhalb eines von Eckpunkten

gesteckten Rahmens. Wir wussten ebenfalls von Anfang an, dass es viele offene Fragen zu den Details der Schulreform gibt. Das ist klar: Wenn man die Schule anfasst und reformiert, werden Fragen aufgeworfen. Wir haben zugesagt, diese offenen Fragen Schritt für Schritt zu beantworten. Genau das geschieht jetzt. Jede Antwort kommt, wenn die Überlegungen so weit sind, eine Antwort zu geben. Eine Frage war, wie der Übergang der Schülerinnen und Schüler, die bereits heute die Schule besuchen, zum 1. August 2010 in das neue Schulsystem geregelt werde. Der 1. August 2010 als Startdatum der Primar- und Stadtteilschulen bleibt bestehen. Daran wird nichts verschoben. Die Frage, wie der Übergang geregelt werde, ist jetzt beantwortet. Andere Fragen sind natürlich noch offen. An den Antworten darauf wird weiter gearbeitet, und zwar sachlich, konzentriert und wohlüberlegt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Bei uns verfällt niemand in Panik. Wir reden die offenen Fragen nicht zu großen, unlösbaren Problemen hoch und verfallen dann in eine Angststarre, wie Sie es offensichtlich tun, denn das würde niemandem nützen. Offene Fragen und Probleme gilt es zu beantworten und zu lösen. Das Ziel der Reform ist klar: für Hamburg eine Schule zu schaffen, die alle Schülerinnen und Schüler stärkt und fördert. Wir bekommen eine Schule, in der die Schülerinnen und Schüler in ihrem individuellen Lerntempo mitgenommen werden. Die einen lernen langsamer, die anderen schneller. Bremsen und Überfordern gehört künftig der Vergangenheit an. Wir bekommen eine Schule, in der die Familien von Anfang an im Dialog mit den Lehrerinnen und Lehrern über die Entwicklung ihrer Kinder informiert werden. Gespräche über den Lernstand und die Lernentwicklung sind mehr als nur einfache Notengebung. Wir bekommen eine Schule, in der durch diese gemeinsamen Gespräche bessere Prognosen über die nächsten Schritte möglich sind, die ein Kind gehen kann. Wir bekommen auch eine Schule, die insgesamt das Kompetenzniveau aller Schülerinnen und Schüler verbessert. Unser Ziel ist klar: Wir brauchen mehr Schülerinnen und Schüler, die die höchsten Kompetenzstufen erreichen, und wir brauchen deutlich weniger Schülerinnen und Schüler – darin sind wir uns einig –, die auf den niedrigsten Kompetenzstufen verharren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

In der Breite wie in der Spitze braucht unsere Gesellschaft besser ausgebildete und qualifizierte Menschen. Schüler, die kaum lesen und schreiben können, sind ein gesellschaftlicher Skandal. Doch genauso wenig hilft es, wenn an der Leistungsspitze Schülerinnen und Schüler das Abitur machen und dann an der Universität die Lehrenden ob der mangelhaften Kompetenzen einiger Studierender

(Michael Gwosdz)

die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Auch das ist eine Diskussion, die wir immer wieder führen. Deshalb brauchen wir für Hamburg eine Schule, in der die Kinder vor allem lernen, ihre Fähigkeiten selbst weiterzuentwickeln, in der sie gefördert, begleitet, unterstützt und gefordert werden, in der sie aber auch lernen, nicht nur auf Knopfdruck abrufbares Wissen zu reproduzieren, sondern ihre Fähigkeiten und Kompetenzen gezielt zu erweitern. Nur wer das kann, ist am Ende auch fähig, lebenslang zu lernen, in der Ausbildung, im Studium und im Beruf. Die Schule kann nicht bleiben, wie sie ist. Die Schule muss sich verändern. Diese Veränderung zum Besseren haben wir begonnen und werden sie gemeinsam fortsetzen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

CDU und GAL bleiben weiterhin in offenem, konstruktivem Austausch und Dialog, wie er sich in den letzten Wochen öffentlich bemerkbar gemacht hat. Ich hoffe auch weiterhin auf konstruktive Kritik von Ihnen aus der SPD. Seien Sie weniger verunsichert, sondern etwas konstruktiver.

(Ingo Egloff SPD: Die einzigen, die verunsichert sind, sind die Eltern!)

Wir werden diese Entwicklung natürlich auch mit allen anderen Akteuren und Menschen in dieser Stadt – auch mit der Fraktion DIE LINKE – fortführen. Ich freue mich darauf, den Schulreformprozess weiter zu gestalten. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bürgermeister von Beust hat in seiner Regierungserklärung ausgeführt, die Politik sei gut beraten, die eigenen Schützengräben zu verlassen und neue Ideen zu formulieren. Auf den ausgetretenen Pfaden kämen wir nicht weiter, weder in Hamburg, noch in Deutschland.

Diese Leitschnur sollte gerade auch für die Schul- und Bildungspolitik gelten. Wenn ich mich recht erinnere, fiel in der Debatte die Formel von der Herstellung des Schulfriedens. Acht Monate nach dieser Erklärung und verschiedenen Debatten hier im Hause über die Reform an den Schulen sind wir nicht viel weiter. Herr Rabe, ich gebe Ihnen Recht: Wenn man sich in der gegenwärtigen Diskussion umsieht und die Reden aus der Handelskammer oder von anderer Stelle hört, kann man sich wirklich wundern, worin Herr Freistedt den Schritt in Richtung Schulfrieden sieht. In Differenz zu Ihrer Wertung finde ich jedoch, dass wir an dieser Stelle zur Kenntnis nehmen sollten, dass der Bürgermeister und wohl auch größere Teile der CDU sich mit

dem Gedanken des gemeinsamen Lernens angefreundet haben. Diese auch hinter der Primarschule steckende Idee ist nicht mehr nur – so interpretiere ich es – ein Koalitionskompromiss, sondern mittlerweile ein Projekt aus Überzeugung. Keine Frage, dass wir diese Positionsänderung begrüßen, auch wenn dies an anderer Stelle in der CDU mit dem Schreckgespenst der Einheitsschule verkauft wird. Man muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass sich dort schulpolitisch, von der ideellen Ausrichtung einiges verändert hat.

Soweit der positive Teil. In der Umsetzung und der Beteiligung der Bürgerschaft gibt es für uns überwiegend Negatives oder Kritisches. Da bin ich in großen Teilen mit dem eins, was Herr Rabe angemerkt hat. Erstens ist die Schulreform für die Bürgerschaft faktisch ein virtueller Vorgang. Es gibt keine Senatsvorlage, kein von der Bürgerschaft beschlossenes Gesetz mit Ausnahme des Gesetzes zur Abschaffung der Hauptschule.

Zweitens wird zurzeit überwiegend über Strukturfragen diskutiert. Inhaltliche Fragen bleiben auf der Strecke.

Drittens sollen im Mai die regionalen Schulkonferenzen zu Ende sein. Vorausgesetzt deren Ergebnisse haben Einfluss auf die Behördenentscheidung, dann sieht es meine Fraktion als noch immer völlig offen, ob alle Gymnasien erhalten bleiben oder Stadtteilschulen werden und auch, ob Sondermodelle – alles unter einem Dach – sich durchsetzen, ist noch ungeklärt. Zudem ist die Frage offen, was die Ausnahmegenehmigungen für humanistische Gymnasien betreffen. Darüber hinaus stellen wir uns die Frage, ob bestehende Gesamtschulen und Reformschulen aufgelöst werden. Das sind alles für Hamburg wichtige Fragen, die in diesem Zusammenhang offen sind.

Viertens müssen wir konstatieren, dass es bisher zwei Verschiebungen gegeben hat. Entgegen dem Koalitionsvertrag wird die Stadtteilschule parallel mit der Primarschule eingeführt, also ein Jahr später als ursprünglich geplant. Jetzt erhalten die Grundschulen das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie ab dem Schuljahr 2010/2011 mit den fünften Klassen beginnen wollen oder eben ein Jahr später. Es mag sein, dass Sie an diesem Punkt klüger geworden sind, was die verschiedenen Umstrukturierungen in den Schulen angeht, aber richtig plausibel geworden, warum Sie dies nun tun, ist es nicht, auch nicht durch Ihren Beitrag, Herr Freistedt. Vielleicht wird jedoch die Senatorin dazu noch etwas sagen. Ich halte fest: Eine Schule für alle bis zum Ende der Pflichtschulzeit ist und bleibt unser Ziel.

(Wolfgang Beuß CDU: Die ist abgewählt worden!)

– Die ist abgewählt worden, das ist richtig. Aber wenn Sie einmal eine Niederlage einstecken, wer-

(Dr. Joachim Bischoff)

den Sie sich auch bemühen – wenn Sie davon überzeugt sind –, bessere Argumente zu entwickeln.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Ich bleibe dabei: Wir gehen mit Ihnen in diese Richtung, aber Sie müssen einige Veränderungen machen, wenn das erfolgreich sein soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn der eine oder andere engagierte Redebeitrag etwas anderes nahelegt, starten wir die Primarschule, die Stadtteilschule und das sechsstufige Gymnasium, und zwar nicht in drei Monaten, sondern erst in anderthalb Jahren. Dann starten wir mit dem längeren gemeinsamen Lernen und der Errichtung der drei Schulformen unverändert 2010. Es nützt auch nichts, immer nur über die notwendigen Konsequenzen aus den schlechten PISA-Ergebnissen zu reden. Irgendwann muss man dies anpacken und die Veränderung dann in Gang setzen. Dies geht bei der Reduzierung der Klassenfrequenzen und der besseren Sprachförderung los. Wer eine Verschiebung fordert oder gar wie der Fraktionsvorsitzende der SPD ein Moratorium, um dann vielleicht in Angststarre zu verfallen, wie das Herr Gwosdz gerade gesagt hat, der fordert, alles möge so bleiben, wie es sei, auch wenn es fehlerhaft sei, wie wir eben gehört haben. Das kann nicht unser Leitbild sein.

(*Michael Neumann SPD*: Hektische Aktivität bringt auch nichts, ganz im Gegenteil!)

Im Gegenteil, ich appelliere an alle, die Interesse an unseren Kindern, Schulpolitik und Bildungsbeteiligung mit entsprechenden Ergebnissen haben, dies in Hamburg konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen. Deshalb spreche ich nicht über das Ob, sondern über das Wie – dies ist ja der Anlass der Debatte –, ganz konkret über die Frage der Übergangsregelungen bei der Einführung der Primarschule. Um diese zu beleuchten, habe ich in der vergangenen Woche den fünften Schulbrief an die Eltern, Schüler und Lehrer geschickt. Es war mir wichtig, genau darzustellen, welche Wege die Kinder gehen, die heute in den ersten bis vierten Klassen sind.

(*Michael Neumann SPD*: Deswegen fliehen auch alle, die können, auf eine Privatschule. Herzlichen Glückwunsch, super Ergebnis!)

Alle Schülerinnen und Schüler dieser Jahrgänge sind nämlich Übergangsjahrgänge. Deshalb haben wir in den letzten Monaten sehr sorgfältig geprüft, unter welchen Bedingungen welcher Jahrgang in die Primarschule übergeht. Die Primarschule – wie CDU und GAL vereinbart haben – ist nicht, wie viele offenbar immer noch meinen, eine bloße Verlängerung der Grundschule. Nein, die neue Hamburger Primarschule besteht aus zwei pädagogischen Einheiten. Das ist zum einen die Klasse 1 bis 3 oder mit Vorschule die Klasse 0 bis 3, die Elemente aus der bisherigen Grundschule mit der gesamten Methodenkompetenz übernimmt, die die Grundschulkolleginnen und -kollegen besitzen. Wir nennen sie Grundstufe der Primarschule. Hier werden die meisten Kinder gerade den Übergang von der Kita in die Schule hin zu systematisierten Lernformen meistern. An diese erste Phase schließt sich die zweite an, eine neu konzipierte, fachliche Einheit von der vierten bis zur sechsten Klasse. Wir nennen sie die neue Unterstufe der Primarschule. Dort gibt es neue Bildungspläne, dort gibt es mehr Fachunterricht, Mathematik, Naturwissenschaften, die zweite Fremdsprache und es unterrichten Lehrerinnen und Lehrer der jetzigen weiterführenden Schulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Haupt- und Realschulen. Das ist die neue Primarschule. Zur Vorbereitung der Schuloffensive im September letzten Jahres haben wir geprüft, wie wir mit unseren Vorbereitungen stehen, wie schnell die Pläne umgesetzt werden können und mit welcher Förderung und Vorbereitung die jetzigen Jahrgänge in die Primarschule münden würden. Bei den Schülerinnen und Schülern der jetzigen vierten Klassen war von vornherein klar, dass sie zu spät in die sechste Klasse kommen würden. Deshalb werden sie nach alten Regelungen in die sechste Klasse übergehen. Die jetzigen ersten und zweiten Klassen, die 2010 die dritten und vierten Klassen sein werden, gehen zu einem Zeitpunkt in die Primarschule über, zu dem die Umstellung verhältnismäßig einfach ist. Sie wechseln 2010 in die pädagogische Einheit vier bis sechs der neuen Unterstufe der Primarschule.

(*Michael Neumann SPD*: Lächerlich. Warum wollen jetzt so viele auf die Privatschule?)

Die heutigen Drittklässlerinnen und Drittklässler hingegen würden dann mitten in die fünfte Klasse der Unterstufe einsteigen. Wir haben in den letzten Monaten – das ist auch die Art, wie wir Politik betreiben – mit den Schulleitungen, den Eltern und den Fachleuten der Behörde diskutiert. Wir haben gefragt, ob es möglich sein werde, für diesen Jahrgang quer in die Unterstufe einzusteigen, und ob es möglich sein werde, die Bedingungen optimal zu gestalten, die für alle Schülerinnen und Schüler nötig sind. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir starten könnten, aber mit einem immens hohen Vorbereitungsdruck für diesen Übergangsjahrgang. Daraufhin haben wir entschieden, dass

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

dies noch nicht regelhaft sein könne. Das ist eine sinnvolle, vernünftige und pragmatische Entscheidung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dies ist an den Bedürfnissen der Kinder orientiert. Bei den vielen Debatten, die Sie führen, wird alles Mögliche chaotisiert, aber es wird nicht an die Kinder gedacht, die im Mittelpunkt stehen sollten.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das ist wirklich eine Frechheit. So eine Traumwelt!)

– Herr Neumann, ich weiß gar nicht, warum Sie so aufgeregt sind.

(Glocke – *Michael Neumann SPD*: Weil ich gerade eine Tochter anmelde und mitkomme, was da läuft!)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Neumann, bitte mäßigen Sie sich etwas.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch (fortfahrend): Wir haben dies jetzt soweit vorbereitet ...

(*Michael Neumann SPD*: Vielleicht ist persönliche Betroffenheit aber der richtige Ansatzpunkt! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Neumann, Sie haben im Moment nicht das Wort. Bitte melden Sie sich zu Wort.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch (fortfahrend): Wir haben jedoch auch Grundschulen, die sehr weit in ihrer Vorbereitung sind und die die heutigen Drittklässler bereits in die fünfte Klasse der Primarschule aufnehmen könnten. Wir denken doch nicht daran, diesen Schulen Steine in den Weg zu legen, die schon länger gemeinsam lernen wollen. Das wäre doch verrückt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern gibt es ein ganz normales, geregeltes Verfahren, wenn die Schulkonferenz einen Antrag stellt und die entsprechenden Bedingungen erfüllt. Warum sollte die Schule das dann nicht machen dürfen? Also werden wir zeitnah in den nächsten Wochen mit den Schulen sprechen, unter welchen Bedingungen und innerhalb welcher Fristen ein Antrag gestellt werden kann.

(Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

Herr Neumann, Sie sollten beim Thema bleiben, so würde das jedenfalls im Aufsatz heißen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

In den Schulkonferenzen sitzen übrigens Eltern und Lehrer zusammen am Tisch und entscheiden mit. Und jeder, der ein bisschen Praxiserfahrung

hat, weiß, dass nur Schulen einen Antrag stellen, die wissen, dass eine große Mehrheit der Eltern und Schüler zustimmen, sonst macht man das nicht. Vielleicht werden das von den über 200 Grundschulen nur zwei Grundschulen sein oder zehn und mehr, das werden wir sehen. Die meisten Schülerinnen der dritten Klassen werden voraussichtlich nach der vierten Klasse 2010 nach dem bisherigen Recht und den Empfehlungen wechseln.

Damit wird die Errichtung der Primarschule 2010 stattfinden, sie wird nicht verzögert. Wir haben Übergangsregelungen für die jetzigen Drittklässler gefunden und es geht jetzt weiter, genau wie wir das geplant haben. Die Schulgesetznovelle wird in den nächsten Wochen eingebracht, die regionalen Schulentwicklungskonferenzen werden bis Mai ihre Empfehlungen abgeben, Ende 2009 gibt es ein neues Schulgesetz, es gibt einen Schulentwicklungsplan, vorbehaltlich der Entscheidungen der Deputation und des Parlaments. Im Februar 2010 werden die Eltern ihre Kinder entsprechend an den Stadtteilschulen und Gymnasien anmelden. Übrigens war die Einführung der Stadtteilschule 2009 eine Empfehlung der Enquete-Kommission und keine Koalitionsvereinbarung, das haben Sie verwechselt. Wir haben noch ein gutes Stück Weg vor uns und werden viele Fragen, wie Herr Gwosdz eben anmerkte, beantworten. Übermorgen werden wir Ihnen das umfangreiche Fortbildungsprogramm für das Training der Kollegen vorlegen; das ist eine sehr spannende Sache. Wir werden Ihnen in den nächsten zwei Wochen die Rahmenkonzepte für die Hamburger Primarschule, die Stadtteilschule und das sechststufige Gymnasium vorlegen und zu diesem Prozess gibt es keine, aber auch keine überzeugende Alternative.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Rabe, wir tragen die Verantwortung, die Sie angesprochen haben, gerade für die Bildung derjenigen Kinder, die vom bisherigen Bildungsangebot und der Vielfaltigkeit – die leider nicht in bessere Leistung und bessere Gerechtigkeit gemündet hat – nicht ausreichend profitiert haben, die wenig Fürsprecher in der öffentlichen Diskussion haben. Gerade ihnen müssen wir die entsprechende Aufmerksamkeit widmen, wie das auch der Erste Bürgermeister sehr deutlich in den letzten Wochen gesagt hat.

(*Ties Rabe SPD*: Schon immer!)

Wir wissen das aus den Studien. Wir wissen auch, dass diejenigen Kinder, die zu Hause andere Bedingungen haben, die aus bildungsnahen Elternhäusern kommen, oft einen sehr erfolgreichen Bildungsweg beschreiten. Aber auch für diese Kinder ist eine individuelle Förderung nötig und auch diesen Kindern nützt es, weil wir wissen, dass wir nicht die breite Leistungsspitze mit unseren Hamburger Schülerinnen und Schülern erreichen. Das

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

heißt, wir haben die Verantwortung für alle Kinder dieser Stadt, aber ganz besonders für das eine Drittel der sogenannten Risikoschülerinnen und -schüler und, man kann es nicht oft genug betonen, dies wollen wir ändern. GAL und CDU haben sich vorgenommen, die Sprachförderung und den Unterricht in Mathematik und Deutsch zu verbessern. Wir müssen aber dafür die Struktur ändern, um die individuelle Förderung mit dem gemeinsamen längeren Lernen zu verbinden. Dann kann man für die Zwölfjährigen besser entscheiden, welchen Weg sie einschlagen. Wir müssen diese Wege offenhalten und das tun wir mit diesen beiden Formen für den mittleren Bildungsabschluss, aber auch die Wege zum Abitur, zum Fachabitur und zum allgemeinen höchsten Bildungsabschluss. Es gibt dazu keine Alternative.

(Michael Neumann SPD: Das ist doch lächerlich!)

Wir gehen den Weg und nächstes Jahr starten wir. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Auch in Kenntnis von Artikel 23 Absatz 2 unserer hamburgischen Verfassung habe ich darauf hinzuweisen, dass die Senatorin 220 Prozent der Redezeit eines Abgeordneten in der Aktuellen Stunde, die fünf Minuten dauert, in Anspruch genommen hat.

(Zuruf von der CDU: Herr Neumann hat auch immer dazwischen geprügelt!)

Ich rufe den Abgeordneten Beuß auf.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie werfen uns bei der Anmeldung des Themas Wortbruch vor. Wissen Sie, wie das ist, wenn man mit einem Finger auf andere zeigt? Dann zeigen drei auf einen selbst zurück.

(Ingo Egloff SPD: Noch ein Lehrer da vorne!)

Wortbruch hat in Hessen mit Frau Ypsilanti stattgefunden, aber nicht in der Schulpolitik in Hamburg.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn wir nicht versucht hätten, erfolgreich diese Koalition und diese Schulpolitik auf den Weg zu bringen, dann hätten Sie gemeinsam – SPD, Grüne und LINKE – die Gymnasien zugunsten einer Einheitsschule abgeschafft. Bei der SPD war es doch in den letzten Jahren ganz offensichtlich, dass der Weg dorthin geht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie jetzt versuchen, die Tränen der Handelskammer hier hochzuspielen, dann kann ich einfach nur sagen, das war im alten Jahr. Im neuen Jahr

haben sich Herr Horch und seine Kollegen von der Wirtschaft ganz anders zur Hamburger Schulpolitik geäußert und uns Unterstützung zugesagt. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen für die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und der Schulpolitik in dieser Stadt und das ist gut für die Kinder in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Herr Rabe, es geht hier nicht um Sieg, sondern es geht um Weitsicht. Ich glaube, dass diese Koalition sich auf den Weg gemacht hat, eine entsprechende Reform auf den Weg zu bringen, die von Weitsicht geprägt ist, denn so, wie es bisher gelaufen ist, konnte es angesichts der Risikoschüler und der Schulabgänger, die keinen Abschluss hatten, nicht mehr weitergehen. Wir streben deshalb zu neuen Ufern,

(Ingo Egloff SPD: Hoffentlich kommen Sie an, an dem Ufer!)

um mit diesem Modell individuelle Fähigkeiten so zu fördern, dass wirklich gute Leistungen dabei herauskommen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Herr Rabe, wir verbiegen und verrenken uns auch nicht, sondern wir haben uns der Realität angeschlossen und die ist, dass es zu dieser Koalition in dieser Stadt keine Alternative gegeben hat. Deswegen haben wir sehr bewusst und sehr bedacht diese Form des Kompromisses

(Ingo Egloff SPD: Also waren Sie im Wahlkampf unrealistisch!)

in der Schulpolitik gefunden und wir werden sie zum Wohle der Kinder unserer Stadt auch umsetzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie malen doch nur, insbesondere die Kollegen von der SPD, den Teufel an die Wand. Sie verunsichern die Stadt, Sie reden die Stadt schlecht und warum? – Weil Sie in der Schulpolitik überhaupt keine Alternative haben. Sie wissen doch gar nicht, was Sie selbst wollen, außer dass Herr Lein etwas sagt, Herr Rabe etwas sagt.

(Zurufe von der CDU: Und Herr Buss!)

– Herrn Buss habe ich ganz vergessen.

Es sind auch schon Kollegen aus der SPD ausgetreten, weil sie Ihre Form der Schulpolitik nicht mehr ertragen konnten. Das haben wir anders gemacht, wir haben uns zusammengesetzt, uns geeinigt und einen vernünftigen Plan auf den Weg gebracht, den wir jetzt Stück für Stück – die Senatorin hat das eben ausgeführt – abarbeiten werden.

Herr Bischoff, wenn Sie davon reden, das sei alles ein virtueller Vorgang, so mag das aus Ihrer Sicht so erscheinen, aber in der Ruhe liegt die Kraft.

(Wolfgang Beuß)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das merkt man ja bei Ihnen!)

In der Behörde wird intensiv daran gearbeitet, diese Reform vernünftig und ordentlich auf den Weg zu bringen.

(Ingo Egloff SPD: Politik der ruhigen Hand!)

– Politik der ruhigen Hand, das war ein anderer.

(Michael Neumann SPD: Das ist auch schief gegangen!)

Wir haben als CDU in den letzten Wochen intensiv zusammengesessen und ein Eckpunktepapier zur Schulpolitik entwickelt, das dem Geiste dieser Koalitionsvereinbarung zur Schulpolitik inhaltlich Rechnung trägt. Wir haben aber auch – das sage ich an dieser Stelle – einige Dinge angemahnt, insbesondere, dass das Wohl des Kindes bei allen Reformen, die wir machen werden, immer im Vordergrund stehen wird. Wir haben dieses Papier auf den Weg gebracht.

(Michael Neumann SPD: War das nötig?)

– Herr Neumann, als persönlich Betroffener, als der Sie sich eben geoutet haben, sind Sie hier doch gar nicht gefordert, etwas zu sagen.

Ich glaube, dass die CDU diesen Kompromiss gut mittragen kann und wir im Interesse unserer Hamburger Kinder eine vernünftige Reform auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD:* Meine Damen und Herren! Herr Beuß, letztendlich müssen Sie nicht uns überzeugen, ob Sie hier wortbrüchig geworden sind, sondern Ihre Wählerinnen und Wähler, und ich glaube, dass Sie da schlechte Chancen haben mit dem, was Sie hier ausgeführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben im Wahlkampf mit einer großen Kampagne die Sicherung der Gymnasien in ihrer bestehenden Form zum Essential erklärt. Sie waren kurz davor, sich persönlich vor Hamburgs Gymnasien anzuketten, um das noch zu untermauern. Diese Aussage konnten Sie nicht halten. Da nützt auch Ihr Gerede hier nichts. Hamburgs Eltern wissen sehr gut, dass sie mit ihren Sorgen und Nöten, was die Gymnasien angeht, bei Ihnen nicht mehr so gut aufgehoben sind.

(Viviane Spethmann CDU: Bei Ihnen erst recht nicht! – Gegenruf von Dr. Andreas Dressel SPD: Super Argument!)

Nun hat der Bürgermeister das Wort des Schulfriedens in die Debatte geworfen und ich möchte das

einmal aufgreifen. Der Bürgermeister hat den Mund deutlich zu voll genommen, als er Schulfrieden versprochen hat, denn es wird so viel über Schulpolitik gestritten wie schon lange nicht mehr. Die Handelskammer streitet sich, die Lehrerschaft streitet sich, die Eltern streiten sich und die CDU selber streitet sich in nicht unerheblicher Art und Weise, denn wenn man die Äußerungen des Bürgermeisters liest, dann scheint er hinter dieser Reform voll und ganz zu stehen. Ich weiß nicht, ob er wieder einen Film geguckt hat, denn der Al-Gore-Film hat ja auch seinen Wechsel zum Klimawandel begünstigt.

(Ingo Egloff SPD: Das fliegende Klassenzimmer!)

Vielleicht hat er sich eine DVD mit der "Feuerzangenbowle" oder "Kevin allein zu Haus" hereingezo-gen.

(Beifall bei der SPD)

Jedenfalls bekundet der Erste Bürgermeister, dass er einen Meinungswandel vollzogen habe, aber so ist es nicht bei Ihrem Landesvorsitzenden. Herr Freytag erklärt doch sehr deutlich, dass er hinter dieser Reform überhaupt nicht stehe, sondern nur aus Koalitionsrason, aus machtpolitischen Interessen diesen Weg gegangen sei. Das zeigt doch die Zerrissenheit, die sich in der CDU sehr deutlich ab-bildet.

(Beifall bei der SPD)

In Wahrheit sind Sie dazu übergegangen, über-haupt nichts mehr zu sagen. Am Anfang wollten Sie für die Langform an den Gymnasien kämpfen. Dann wollten Sie die humanistischen Gymnasien unter eine Form von Artenschutz stellen. Das war Ihnen doch zu peinlich, davon sind Sie abgerückt. Jetzt habe ich mir Ihr Schulpapier angeguckt und da steht eigentlich fast nichts mehr drin.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das wurde in der Schulbehörde redigiert!)

Wahrscheinlich war das die Voraussetzung, um zu einem einstimmigen Beschluss zu kommen, denn sonst wäre es Ihnen nicht gelungen; also ein ziem-lich nichtssagendes Papier.

Soweit ich als Außenstehende den Prozess in der CDU beurteilen kann, glaube ich, dass sehr wohl einige durch den Koalitionsvertrag aufgeschreckt waren und große Sorge hatten, dass sie ihr Wort gegenüber den Eltern nicht halten konnten und sich Mühe gegeben haben, das ernst zu nehmen. Wenn man das bewertet, was in den letzten Wo-chen passiert ist, dann sind Sie als Tiger gestartet und als niedliches Plüschkätzchen auf dem Schreibtisch des Ersten Bürgermeisters gelandet. Das ist das, was die Hamburger CDU den Eltern in Hamburg zu sagen hat und die werden ihre eige-nen Schlüsse daraus ziehen.

(Britta Ernst)

(Beifall bei der SPD)

Nun möchte ich noch einige Worte zur Senatorin sagen, die mit dem Verweis auf den Schulfrieden das irgendwie mit Erstarrung verwechselt. Im Moment passiert eigentlich relativ wenig, was die Qualität von Hamburgs Schulen voranbringt. Sie haben verhindert, dass die Stadtteilschule im Jahr 2009 eingeführt wird, Sie verhindern, dass es zu neuen Ganztagschulen kommt. Beides sind notwendige Maßnahmen, um den Problemen der großen Zahl der Risikoschüler gerecht zu werden. Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass an der Situation von Hamburgs Förderschulen in dieser Legislaturperiode nichts verändert werden darf. Auch das ist ein Prozess, der dazu beiträgt, dass die schwächeren Schülerinnen und Schüler überhaupt keine Unterstützung bekommen.

Wir diskutieren das Thema heute, weil Sie Ihre Schulreform um ein Jahr verschoben haben. Herr Freistedt hat versucht, mit launigen Worten noch etwas Positives zu finden, aber faktisch sind Sie mit Ihrem Zeitplan gescheitert,

(Wolfgang Beuß CDU: Warten Sie es mal ab!)

weil Ihre Schulbehörde nicht so gearbeitet hat, wie Sie sich das vorgestellt haben und weil Ihnen die öffentliche Kritik um die Ohren fliegt. Das ist der Grund, warum wir heute hier stehen: Stillstand auf allen Ebenen und blumige Reden.

(Beifall bei der SPD)

Auch vor dem Hintergrund der Entwicklung der Privatschulen, was uns wirklich mit Sorge erfüllt, finde ich Ihre Worte zynisch. Sie haben auch die Untersuchungen gelesen, dass es gerade Ihre Anhänger sind, Frau Senatorin Goetsch, die individuell entscheiden, ihr Kind auf einer Privatschule anzumelden. Das erste Mal hat Hamburg eine grüne Schulsenatorin und die grünen Wählerinnen und Wähler treffen individuell die Entscheidung, sich aus dem öffentlichen Schulsystem zu verabschieden. Ist das etwas, worauf Sie stolz sind oder bringt es Sie vielleicht nicht zum Nachdenken, dass es an Überzeugung mangelt für das, was Sie hier vorschlagen?

(Beifall bei der SPD)

Zeitgleich zur heutigen Debatte gab es auch die Meldung, dass die Eltern der Max-Brauer-Schule für ihre Schule demonstrieren.

(Glocke)

Sie selber haben sich jahrelang mit den Ergebnissen dieser Schule gebrüstet. Eine Schule, die über Hamburg hinaus ein Vorbild für eine Schule für alle ist, wie wir sie uns alle wünschen, wird zerschlagen, wird zerteilt, sie wird geopfert auf dem Altar

dieser schwarz-grünen Koalition. Auch das ist ein Armutszeugnis. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Ein Wort, bevor ich fortfahre. Die Geschäftsordnung sieht vor, wenn die Glocke erklingt, den Redefluss zu unterbrechen.

Jetzt rufe ich die Abgeordnete Heitmann auf.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich vor einigen Monaten zur Schulreform gesprochen habe, da kam von Ihnen, liebe SPD, der Vorwurf, unsere Senatorin würde völlig überstürzt eine Reform durchziehen und dabei niemanden in dieser Stadt mitnehmen. Ich habe Ihnen damals schon erläutert, dass aus meiner Sicht wohl nie zuvor eine Behörde die Schulen in den Reformprozess so sehr mit einbezogen hat wie diese Senatorin, indem sie Schulentwicklungskonferenzen veranstaltet und sich tagtäglich mit Eltern und Lehrern zusammensetzt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Auch jetzt hat sich wieder gezeigt, dass diese Senatorin auf die Schulen eingeht. Sie bekommen ein Jahr mehr Zeit zur Umsetzung ihrer Reformen, aber all jene Schulen, die es wünschen, dürfen auch schon ab 2010 längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 6 umsetzen. Auch wenn Sie das zu suggerieren versuchen, so ist es kein Skandal in irgendeiner Form, wenn die Senatorin auf die Wünsche und Ängste in dieser Stadt eingeht und den Schulen bei der Umsetzung ihrer Reformen Flexibilität zugesteht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Liebe SPD, es ist ein Skandal, wenn in dieser Stadt rund 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler jedes Jahr ohne Abschluss die Schule verlassen.

(Ingo Egloff SPD: Das finden wir auch!)

Besonders Schüler mit Migrationshintergrund werden heute schon früh aussortiert. Durch das Hinabgereichtwerden in unserem Bildungssystem wird ihnen jegliche Motivation genommen und sie resignieren. Ich möchte, dass das langfristig anders wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Wir auch!)

Ich möchte, dass Hamburgs Schülerinnen und Schüler in Zukunft nicht mehr die im Frontalunterricht auswendig gelernten Dinge wiedergeben müssen und dass, wer dabei im Tempo nicht mitkommt und die meisten Fehler macht, nach unten durchgereicht und zum Verlierer abgestempelt wird. Ich möchte, dass Hamburgs Schülerinnen

(Linda Heitmann)

und Schüler in Zukunft mit Lust auf Lernen in die Schule gehen und jeder und jede in seinem Tempo lernen und dabei auch Fehler machen kann, denn aus Fehlern lernt man am besten.

(Michael Neumann SPD: Aber nicht bei der Schulreform! – Dr. Andreas Dressel SPD: Nur der Senat nicht!)

Deshalb verzeihe ich Ihnen, dass Sie den Fehler gemacht haben, zur Aktuellen Stunde so einen unpassenden Titel zu wählen. Aber vielleicht lernen Sie daraus und sind beim nächsten Mal schlauer.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident, Frau Senatorin! Ihnen, Frau Senatorin, möchte ich zurufen:

"Traut nicht dem Pferde, Trojaner! Was immer es ist, ich fürcht' die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen."

(Harald Krüger CDU: Da sieht man, Bildung zahlt sich aus!)

Sie wissen wahrscheinlich, wie die Sache mit dem Danaergeschenk ausging: Troja fiel. Ich fürchte, das Positionspapier der CDU Hamburg zur Schulstrukturreform, mit dem ich mich hier auseinandersetzen will, ist genau ein solches Danaergeschenk. Weithin wurde dieses Papier dahingehend interpretiert, dass es die massive Kritik aus den Reihen der CDU zum Schweigen bringt und die von Ihnen eingeleitete Schulreform unterstützt. Tatsächlich unterminiert es die Ansätze dieser Reform, bevor sie auch nur annähernd umgesetzt werden konnte.

Zwar trägt die CDU in ihrer Positionsbestimmung zunächst einmal den großen Problemen Rechnung, wenn zum Beispiel die Rede davon ist, dass die soziale Herkunft zu sehr den schulischen Erfolg bestimme, wenn vom hohen Anteil sogenannter Risikoschüler die Rede ist oder von den Brüchen in der Lernentwicklung in der fünften und sechsten Jahrgangsstufe. Das überrascht auf den ersten Blick, ist es doch ein Eingeständnis, dass das herrschende Schulsystem versagt hat, ein Schulsystem, das eine Kultur der Selektion und der Defizitorientierung pflegt und Außenseiter produziert. Aber welche Schlussfolgerung zieht die CDU und wie passt sie mit dem zusammen, was die Schulsenatorin will? Dazu drei Punkte.

Erstens: Unter der Überschrift "Stärkung der Gymnasien" fordert die CDU den grundsätzlichen Erhalt sämtlicher Gymnasialstandorte,

(Wolfgang Beuß CDU: So ist es, Frau Schneider!)

lehnt Oberstufenzentren ab und stellt die Bewahrung der Gymnasien mit besonderem Profil und Tradition in den Mittelpunkt. Dabei legen die Formulierungen des Positionspapiers durchaus nahe, dass die CDU eine Ausnahmeregelung für die humanistischen Gymnasien betreibt.

(Wolfgang Beuß CDU: Wo steht denn das, Frau Schneider?)

Der zweite Knackpunkt der Reform lautet: Wie verhält es sich mit der Primarschule, insbesondere mit den Klassen 5 und 6. Neben möglichen Ausnahmen für die humanistischen Gymnasien wollen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, alles tun, um längeres gemeinsames Lernen zu unterminieren beziehungsweise zu verhindern. Damit gehen Sie geradewegs auf den Kerngedanken der Primarschule los. Wenn Sie entgegen den Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung vom Prinzip des regionalen Anmeldeverbundes abweichen und den Eltern ermöglichen wollen, eine Primarschule mit dem Profil ihrer Wahl, unabhängig vom Wohnort, auszuwählen, dann sind die Folgen absehbar. Die soziale Auslese wird verschärft, denn die sozial Benachteiligten werden sich mehr als zuvor in den Schulen in den benachteiligten Stadtteilen konzentrieren und sie werden dabei einsamer sein.

Drittens: Ganz schlimm wird es bei der CDU bei der Frage der Unterrichtsorganisation an der Primarschule. Zunächst heißt es in dem Papier etwas unbestimmt – Zitat –:

"... dass auf eine äußere Leistungs differenzierung nur dort verzichtet wird, wo eine nachweislich mindestens im gleichen Umfang erfolgreiche Binnendifferenzierung sichergestellt ist."

– Was immer das heißen mag und wie immer man das messen will.

Und dann lassen Sie die Katze aus dem Sack – wiederum ein Zitat aus Ihrem Papier –:

"Trotz aller Bemühungen wird es spätestens in Klasse 4 Kinder geben, die in der bisherigen Klassengemeinschaft nicht ausreichend gefordert werden. Sie brauchen eine verstärkte Fachlichkeit des Unterrichts und neue Herausforderungen durch vergleichsweise lernstarke Mitschüler. Deshalb ist die CDU davon überzeugt, dass es in Klasse 5 und 6 der Primarschule verstärkt Angebote geben muss, die diesen Tatsachen gerecht werden."

Zitatende.

(Wolfgang Beuß CDU: So ist es! – Marino Freistedt CDU: Ganz genau, das ist die Erfahrung!)

Der Kerngedanke der Primarschule ist das längere gemeinsame Lernen in heterogenen Klassen, in

(Christiane Schneider)

denen die Kinder und Jugendlichen voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen. Sie dagegen von der CDU wollen eine äußere Differenzierung in homogene Lerngruppen und höhere und schwächere Leistungsniveaus. Das teilt die Kinder wieder spätestens ab Klasse 4 in den drei Hauptfächern in Schläue und Doofe.

(Wolfgang Beuß CDU: Das haben Sie gesagt!)

Die Verlierer des Konkurrenzkampfes, den Sie damit anheizen, sind dieselben, die im dreigliedrigen Schulsystem wenig Chancen haben. Sie von der CDU argumentieren nicht vom Standpunkt der Entwicklung aller Kinder, wie sie durch längeres gemeinsames Lernen am besten gefördert wird, Sie argumentieren vom Standpunkt überkommener Privilegien, die Sie mit Zähnen und Klauen und mit List und Tücke verteidigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE wird Sie, Frau Senatorin, darin unterstützen, dass die sechsjährige Grundschule zum Einstieg in längeres gemeinsames Lernen wird. Das bedeutet für uns, keine frühe Selektion von Kindern dadurch, dass die Primarschule zur Langform wird, keine Wahl der Primarschule nach sozialer Herkunft oder Wohnort und keine äußere Differenzierung schon in den Klassen 5 und 6. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Frankenberg.

(Michael Neumann SPD: Die Rednerliste der CDU macht deutlich, wo Sie stehen!)

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einführung der Primarschule ist – das ist meine feste Überzeugung – kein fauler Kompromiss, sondern eine gute Sache für Hamburg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben gemeinsam einen vernünftigen Weg gefunden, um den Herausforderungen in unserer Stadt in Zukunft zu begegnen und ich bin fest davon überzeugt, dass es ein guter Weg ist und dass es die richtigen Entscheidungen sind, die für Hamburg getroffen werden.

Sie müssen eines berücksichtigen. Wir dürfen nicht nur auf ein Segment schauen, sondern die Primarschule ist in ein Gesamtkonzept eingefügt. Die Lehrerinnen und Lehrer werden fortgebildet. Wir haben eine Fortbildungsoffensive, dafür wird noch einmal richtig Geld in die Hand genommen. Da wird auch, was Methoden und Unterricht anbetrifft, noch einiges Neues dazukommen, sodass wir das im Gesamtkonzept sehen müssen, denn entschei-

dend ist nicht alleine die Struktur, sondern der Unterricht, der auch in den Klassenzimmern stattfindet. Das ist uns bewusst und insofern ist es nicht so, dass man nur ein bisschen an den Gebäuden oder an den Strukturen ändert, sondern wir wollen eine richtig gute Sache machen.

Aber nicht nur das, auch die Wertschätzungen der Schülerinnen und Schüler drückt sich bei den Gebäuden aus. Wir werden den Sanierungsstau, den die SPD uns hinterlassen hat, beheben.

(Wolfgang Beuß CDU: So war das!)

Das heißt also, man darf sich in unserer Schulpolitik nicht nur eine Sache herausgreifen. Ich erinnere an viele andere Maßnahmen, die eingeleitet worden sind: Viereinhalbjährigenuntersuchung, bei Bedarf Vorschulpflicht, Kita als Bildungseinrichtung, kleine Grundschulklassen, sehr kleine Grundschulklassen in sozialen Brennpunkten, Abschaffung der Hauptschule, die Stadtteilschule und, und, und. In Hamburg bewegt sich also etwas in der Schulpolitik.

(Michael Neumann SPD: Nicht jede Bewegung ist die richtige Richtung!)

Das ist natürlich nicht das, was sich die SPD auf die Fahnen geschrieben hat. Die SPD ist die Partei – das haben wir lange Zeit kennenlernen müssen –, die eher ein bisschen phlegmatisch etwas prüft und nicht so richtig weiß, wohin es geht, aber was sie gut kann, ist Kritik zu üben. Viel Kritik ist das Einzige, was man von Ihnen hört. Wogegen Sie sind, das wissen wir ganz genau. Sie sind irgendwie gegen alles, aber wofür Sie eigentlich sind, auch in der Schulpolitik, das bleibt völlig im Unklaren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Im Grunde genommen wissen Sie es nämlich selber nicht und insofern ist Ihr Auftritt auch wenig überraschend. Es wird ein bisschen genörgelt, aber wo bleibt der Gegenvorschlag der SPD. Es wäre interessant, wenn man sich mit Ihnen über Inhalte auseinandersetzen könnte.

(Michael Neumann SPD: Frau Goetsch hat gesagt, es gibt keine Alternative!)

Daher sind Sie bildungspolitisch in Hamburg kaum noch im Gespräch. Ihre Pressemitteilungen werden natürlich auch hier und da gedruckt, aber bildungspolitisch werden Sie überhaupt nicht mehr ernst genommen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Regierungsfähigkeit ist somit in meinen Augen bei Ihnen nicht mehr erkennbar; das ist eine Erinnerung aus vergangenen Tagen.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD steht bildungspolitisch mit beiden Beinen ganz fest in den bildungspolitischen Traumwolken.

(Egbert von Frankenberg)

Das Problem an der ganzen Sache ist nur, dass es ein linkes und ein rechtes Bein ist; das, Frau Ernst, zum Thema Zerrissenheit. Bei Ihnen weiß man wirklich nicht, woran man ist.

Vorhin wurde uns Pisa, Änderungen und so weiter vorgehalten. Sie haben sich seinerzeit dem Ländervergleich gar nicht stellen wollen. Nun kommen neue Sachen und Sie kritisieren ein bisschen, wissen mal wieder nicht so richtig, was Sie machen sollen. "Wasch mich, aber mach mich nicht nass" ist Ihr Motto und damit kommen Sie auf Dauer nicht durch. Sie müssen irgendwann auch einmal konkret werden.

Wir setzen hingegen auf einen Dialog mit allen Beteiligten, den Eltern, den Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Schulleitungen, der Wirtschaft, den Kammern und allen weiteren Interessierten.

(Michael Neumann SPD: Mit uns reden Sie ja nicht!)

Theoretisch gehören Sie dazu, aber man hat das Gefühl, dass Sie sich dem entziehen.

Auch die Verschiebung ist durchaus folgerichtig. Das spricht für einen offenen Dialog. Insofern halte ich das für eine durchaus sinnvolle Sache. Es ist nicht so wie behauptet wird, dass alles schon feststehe und dass es einen Geheimplan in der Schublade gebe und alles sei nur Show, sondern das ist ein offener und konstruktiver Dialog. Das ist natürlich etwas, was Sie nicht so richtig verstehen. Das haben wir ihren Äußerungen klar entnehmen können.

Unser Ziel ist eindeutig. Wir wollen eine deutliche Anhebung des Bildungsniveaus. Das ist unser Ziel, das eint uns und das werden wir auch in Taten umsetzen.

Herr Neumann, Ihre gespielte Aufregung von vorhin kann ich nicht richtig nachvollziehen. Ich habe selber eine Tochter, die in der ersten Klasse ist, und solange kein Sozialdemokrat in der Hamburger Straße etwas zu sagen hat, mache ich mir da keine allzu großen Sorgen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Sorge muss jetzt auch ein Ende finden.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Egbert von Frankenberg (fortfahrend): Die findet insofern ein Ende, weil ich Hamburg in guten Händen weiß und wir auf einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern setzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Herr Rabe.

Ties Rabe SPD:* Die Debatte hat immerhin ein Ergebnis gehabt, zum Beispiel, dass der angeblich groß angelegte kluge Plan,

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

mit dem diese Verschiebung schon geplant war, gar keiner war, sondern dass der erst im Laufe der Zeit entstanden ist und damit die Mär, die uns immer erzählt wird, dass alles von vornherein geplant gewesen sei, dummes Zeug ist. Tatsächlich bleibt es dabei, dass die Eltern diese Reform nicht wollen. Die Drittklässlereltern sorgen sich so sehr, dass der Regierung gar nichts anderes übrig blieb als nachzugeben und die ganze Sache zu verschieben. An dieser Tatsache wird schon deutlich, dass Sie für Ihre abenteuerlichen Pläne bei den Eltern, die davon betroffen sind, überhaupt keine Mehrheit haben.

(Beifall bei der SPD – Viviane Spethmann CDU: Das ist dann nicht die Masse der Eltern!)

Sie sagen immer, dass Sie den Risikoschülern, wie wir sie im schrecklichen Politikerdeutsch nennen, helfen. Sie wollen das und es treibt Sie auch um, dass so viele Schüler den Abschluss nicht schaffen, aber Sie tun nichts. Was haben die Schülerinnen und Schüler, um die es im Moment geht, davon, dass sich jetzt viele Menschen hinsetzen und darüber nachdenken, in welche Häuser wie viele Schülerklassen untergebracht werden können, dass man plant und Statistiken wälzt und dass ich allein solch einen Stapel Papier mit mir herumschleppe, wo sich überall welche Schulen befinden? Natürlich gehört langfristige Planung dazu. Aber diese langfristige Planung darf nicht die kurzfristig notwendigen und auf jeden Fall möglichen Schritte blockieren und genau das tut Ihre Planung zurzeit an allen Ecken und Enden.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen immer, es gebe keine Alternative dazu. Wieso das denn nicht? In der letzten Legislaturperiode haben alle Parteien in diesem Hause zusammen in der Enquete-Kommission darüber nachgedacht, wie man den Risikoschülern helfen könnte. Es wurden Konzepte erarbeitet, Frau Goetsch war mit dabei, die SPD war mit dabei, die CDU, es waren Wissenschaftler dabei und die haben zusammen sehr wohl eine Menge zusammengetragen. Das sind zwei Punkte.

Erstens: Wir lösen die Haupt- und Realschulen auf und verbinden sie mit den Gesamtschulen zu einer vernünftigen und kraftvollen neuen Schulform der Stadtteilschule. Das hilft.

(Ties Rabe)

Zweitens: Wir schaffen eine Art Programm für Chancengleichheit, mit dem wir endlich all das tun, was dringend nötig ist, um den Schülerinnen und Schülern zu helfen, die schwere Startbedingungen haben und die meistens bei uns im Schulsystem durchfallen. Das kann man machen, das ist erprobt, das ist durchdacht gewesen, das lag alles vor, es hätte nur umgesetzt werden müssen, wenn man nicht wieder nach dem Motto "neue Regierung, eine neue Sau wird durchs Dorf getrieben" vorgegangen wäre und alles in die Schublade gelegt hätte. Insofern gibt es eine klare Alternative und die heißt: Jetzt etwas tun für mehr Chancengleichheit.

(Beifall bei der SPD)

Zum guten Schluss. Mich hat der Vergleich mit Hessen sehr erheitert. Ich habe das nicht verstanden. Wenn ich das richtig deute, dann wollen Sie uns damit deutlich machen, wie sich Frau Ypsilanti in Hessen verhalten hat, so verhält sich die CDU in Hamburg.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Das finde ich sehr spannend und dafür werden Sie noch die Quittung bekommen. Ihre Wahlversprechen sind wirklich sagenhaft. Diese Gymnasialretterei, dieses Elternwahlrecht – Gelaber muss man heute wirklich sagen.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist unparlamentarisch!)

All diese Dinge haben sich als Luftblasen entpuppt. Deswegen sage ich noch einmal: Die CDU hat sich in Wahrheit aus der Bildungspolitik verabschiedet. Wer wissen will, was die sagen, fragt besser die dort drüben, die wissen es besser. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rabe, es ist kein Geheimnis und Sie wissen, dass ich das Ergebnis der Enquete-Kommission gerne 1 : 1 umgesetzt hätte. Nur, Ihr Lob an dieser Stelle zum Ergebnis der Enquete-Kommission ist wirklich mehr als scheinheilig.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Erinnern wir uns einmal gemeinsam daran, dass wir 2005 das Angebot gemacht haben, zu einem Bildungsfrieden zu kommen und uns zusammenzusetzen. Es war Ihre Fraktion, die es abgelehnt hat, bei solchen Gesprächen überhaupt mitzumachen,

(Wolfgang Beuß CDU: Hört, hört!)

anders als gerade in Bremen. In Bremen hat man es geschafft.

Ihre Fraktion hat an den Gesprächen, zu denen Frau Dinges-Dierig eingeladen hat, nicht teilgenommen. Das ist doch die Wahrheit.

Stattdessen haben wir gemeinsam die Enquete-Kommission durchgeführt. In der Enquete-Kommission – Frau Ernst ist das zu verdanken – hat die SPD eine sinnvolle Position gefunden und dem gemeinsamen Ergebnis zugestimmt. Dann haben wir hinterher versucht, das Ergebnis der Enquete-Kommission auch in der Bürgerschaft zu verabschieden,

(Michael Neumann SPD: Das wissen Sie doch genau! Sie hatten einen Vorspann gebracht, der unmöglich war!)

weil die Enquete-Kommission – und darauf weist Frau Boeddinghaus immer hin – natürlich kein Beschlussorgan in dieser Stadt ist. Wir haben daher versucht, das Ergebnis der Enquete-Kommission auch im Parlament zu verabschieden. Was hat die SPD gemacht? – Die hat sich enthalten. Sie konnten sich als Fraktion – ich weiß noch, wie sauer damals Herr Neumann auf seine eigene Fraktion war – nicht dazu durchringen, diesem Antrag, dem Zwei-Säulen-Modell, zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben das Ganze dann noch einmal probiert und haben Ende 2007 vor der Wahl gesagt: Stimmen Sie einer gemeinsamen Resolution für ein neues Schulsystem in Hamburg zu, damit Hamburgs Eltern, Hamburgs Schülerinnen und Schüler, Hamburgs Lehrerinnen und Lehrer wissen, woran sie sind, was wir gemeinsam nach der Wahl umsetzen wollen. Auch dazu haben Sie sich wiederum nicht durchringen können. Die SPD hat in der Bürgerschaft – Frau Boeddinghaus hat das auch wieder in Interviews bestätigt – also nie für das Zwei-Säulen-Modell gestimmt. Heute ist das plötzlich Ihre Alternative. Dabei haben Sie auf dem SPD-Bundesparteitag – und da waren Ihre Leute genauso dabei – doch für die "Schule für alle" abgestimmt. Sie haben das auch entsprechend in Ihr Wahlprogramm hineingeschrieben. Ihr Kandidat hat sich für die "Schule für alle" ausgesprochen. Das ist doch das Programm, mit dem die SPD in den Wahlkampf eingetreten ist. Wir haben heute also, wenn man nach den Wahlprogrammen geht, eine klare Mehrheit im Parlament für die Schule für alle und es ist der CDU zu verdanken, dass wir diese jetzt nicht bekommen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Die CDU als Verhinderungsminderheit gegen Schlimmeres!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Gwosdz.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt die Gegenrede!)

Michael Gwosdz GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rabe, wenn Sie behaupten, wir würden zu einem schulpolitischen Stillstand kommen, ist das absolut hanebüchen. Sie erinnern sich vielleicht noch dunkel, dass wir vor noch nicht einmal einem Jahr in diesem Hause als eine der ersten Maßnahmen beschlossen haben – das haben Sie heute bereits erwähnt –, die Haupt- und Realschulen zusammenzulegen zu integrierten Haupt- und Realschulen und damit eine erste ganz wichtige Sofortmaßnahme zu ergreifen, um dieses demotivierende schlechte Lernmilieu, in das Hauptschüler abgeschoben werden und in dem sie zusammengesammelt werden, aufzulösen – als eine erste Sofortmaßnahme. Damit wird genau dieser Gruppe der Risikoschülerinnen und -schüler eine erste Hilfe gegeben. Und das ist jetzt geschehen und eben nicht erst 2010.

Und Sie erinnern sich auch daran, dass wir einen Nachtragshaushalt eingebracht haben, in dem wir zum einen vier neue Ganztagschulen eingeführt und finanziert haben.

(Zuruf von der SPD: Dann fehlen nur noch 46!)

Und wir haben vor allem den Grundschulen 60 neue Lehrerstellen zugewiesen – ebenfalls sofort –, um dort den dritten und vierten Klassen, die bekanntlich noch relativ groß sind, sofort Hilfe zukommen zu lassen. Zu sagen, wir würden jetzt gar nichts mehr tun, an den Schulen passiere überhaupt nichts, es gebe keine Hilfe für die Schülerinnen und Schüler, die sofort Hilfe brauchen, und wir würden das alles verschieben auf den Tag X, an dem die Schulreform wirkt, können Sie so nicht aufrechterhalten und behaupten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Der Kollege Heinemann hat gerade schon sehr deutlich darauf hingewiesen, dass Sie als SPD ganz genau wissen, dass längeres gemeinsames Lernen hilft, die schulische Lernsituation für viele Schüler, die Probleme in der Schule haben, zu verbessern. Und warum?

(Jens Kerstan GAL: Das haben Sie doch auch in Ihrem eigenen Programm!)

Die SPD tritt in vielen anderen Bundesländern auch mit der Einführung der sechsjährigen Grundschule oder Primarschule an, wie auch immer das genannt wird. Im Übrigen – das finde ich sehr interessant, das nebenbei zu erwähnen – geht die FDP im diesjährigen PISA-Siegerland Sachsen mit dem Ziel einer sechsjährigen Grundschule in den Wahlkampf.

(Viviane Spethmann CDU: Hört, hört!)

Es sind also viele, die wissen, dass längeres gemeinsames Lernen hilfreich ist. Deswegen führen wir das hier auch ein. Sie stellen sich immer wieder hin und sagen: Wie können wir das umsetzen und in Hamburg erreichen? Das bedeutet natürlich, wenn ich eine sechsjährige Primarschule einführen will und irgendwann zum längeren gemeinsamen Lernen kommen will, dass das auch jede Schule und jeden Standort betrifft. Irgendwann muss man diesen Schritt gehen, man kann nicht immer abstrakt sagen, dass man das irgendwann möchte. Aber um Gottes Willen, wenn wir das machen, dann müssen wir einzelne Schulen anfassen und deswegen behaupten Sie, wir täten nichts. Was ist denn die Alternative? Wir haben gemeinsam mit der CDU gesagt, dass wir diesen Schritt gehen, wir starten einen Prozess im Dialog mit allen Schulen in den regionalen Schulentwicklungskonferenzen, weil wir wissen, dass wir jeden Schulstandort anfassen. Deswegen ist es nicht der Masterplan, der in der Behörde ausgearbeitet wird, wo keine Rücksicht auf irgendwelche Schulstandorte genommen wird, sondern par ordre de mufti – von ganz oben – 400 Schulen neu strukturiert werden. Weil wir wissen, dass es genau so ist, dass jeder Schulstandort betroffen ist, gibt es den Dialog mit Eltern, Schülern, Lehrern, Schulleitern, den Bezirken ...

(Zuruf von der SPD: Mit wem?)

– Mit den Bezirken.

und mit dem Sachverstand vor Ort, um zu einem guten Ergebnis zu kommen. Dass wir die Schulstrukturreform nicht alleine machen und dass es nicht nur um Schulstruktur geht, ist auch deutlich. Natürlich wird momentan in der Öffentlichkeit immer wieder diskutiert, was mit Standorten und Räumen geschieht. Wobei ich auch sagen muss: Von einer baulichen Situation, wie sie gegeben ist, können wir uns nicht vorschreiben lassen, welche schulischen Lernformen wir anbieten. Die bauliche Situation muss man hinnehmen, die muss man auch Schritt für Schritt verändern. Aber man muss auch sehen, dass man mit den Räumen, die jetzt vorhanden sind, gut plant. Es geht eben nicht nur um die Standorte, es geht auch um viele inhaltliche Veränderungen und um individualisiertes Lernen, wozu es entsprechende Fortbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer und auch eine Umstellung im Studium geben wird. Dafür wird auch mehr Geld im Haushalt eingestellt. Das wissen Sie alle aus den Haushaltsberatungen, die wir gemeinsam geführt haben, dass im nächsten Doppelhaushalt 165 Millionen Euro mehr für die Bildung vorgesehen sind. Das sind nicht 165 Millionen Euro, die die Strukturveränderung kostet, sondern dieses Geld brauchen wir für kleinere Klassen, für das Ziel 50 neuer Ganztagschulen in dieser Legislaturperiode und für die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der GAL)

Dass der Strukturprozess ...

(Michael Gwosdz)

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Sie erkennen das rote Licht und wissen, was es bedeutet.

Michael Gwosdz (fortfahrend): – Ich erkenne das. Deswegen höre ich jetzt einfach auf.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Freistedt.

Marino Freistedt CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die eben gehörten SPD-Beiträge klingen in meinen Ohren zumindest sowohl martialisch wie auch ein bisschen hohl. Denn ich habe nicht erkennen können, wo Sie tatsächlich inhaltliche Vorschläge machen, wo Sie tatsächlich inhaltlich diese Diskussion weiterbringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Das war ein Verstecken hinter den Eltern, aber Sie wissen auch nicht ganz genau, was Sie zu den Gymnasialeltern oder zu den Eltern der anderen Schulformen sagen sollen.

Demokratie ist nach Meinung der CDU, dass gemeinsam diskutiert wird, und im Gegensatz zu der Politik der Neunzigerjahre werden keine Vorlagen durchgewunken, sondern die Vorlagen, wenn sie von den Parteien und Fraktionen eingereicht werden, werden offen diskutiert, werden im Parlament und in den Ausschüssen vorgestellt und werden insbesondere mit den beteiligten Eltern, Lehren und Schülern diskutiert.

(*Michael Neumann SPD:* Es gibt aber keine Vorlage!)

Und wenn es noch gute Vorschläge gibt – und ich warte immer noch auf Ihre guten Vorschläge –, dann werden wir diese Vorschläge auch diskutieren.

(*Michael Neumann SPD:* Wann kommt denn die Vorlage?)

Sie müssen bei den Diskussionen an das Pult treten und sagen, Sie möchten dieses und jenes. So wie wir das machen. Aber ein SPD-Papier, wie die Schulpolitik in Hamburg aussehen soll, haben wir noch nicht gefunden. Die CDU hat sich ganz klar geäußert und dann können Sie dazu Stellung nehmen und wir werden entsprechend weitermachen. Aber es geht nicht, dass Sie den Eindruck erwecken wollen, als würden Sie mannhaft als eine Fraktion hinter den Eltern stehen. In Wirklichkeit wissen wir, dass Sie auch selber keinen genauen Hinweis geben können,

(*Michael Neumann SPD:* Auch? Warum sagen Sie auch?)

wie Sie jetzt mit den Eltern, dem Elternwillen und den verschiedenen Schulformen umgehen wollen.

(*Michael Neumann SPD:* Der Elternwille bleibt nach der vierten Klasse erhalten, so wie Sie das gesagt haben.)

Die einzige Gemeinsamkeit, die wir haben, ist, dass wir innerhalb der Enquete-Kommission zunächst einmal alle die Stadtteilschule wollten. Soweit haben Sie das eben auch mitgetragen. Alles Weitere, insbesondere was die Rolle des Gymnasiums angeht, ist völlig unklar. Nehmen Sie dazu Stellung. Wir stehen zum Gymnasium, wir stehen auch zur Stadtteilschule als etwas Neues. Wir stehen zu den Gymnasien, die es in Hamburg gibt – um das sehr deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen aber auch genauso zu der Möglichkeit, an einer Stadtteilschule das Abitur und andere Abschlüsse zu machen. Das ist das entscheidend Neue in Hamburg, dass wir damit unseren Jugendlichen, unseren Talenten, mehr Wege eröffnen. Und dabei bleibt es auch.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Buss.

Wilfried Buss SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe das lange ertragen. Aber ich kann es nun nicht mehr aushalten, wenn man glaubt, Herr Freistedt, auf Ihrem Niveau eine solche Debatte betreiben zu müssen, während es in Wirklichkeit zig Baustellen in dieser Stadt gibt, die die Enquete-Kommission in einer verdienstvollen Arbeit aufgedeckt hat, und wo es erfreulicherweise in der Frage, wie man den sogenannten Risikoschülern in dieser Stadt helfen kann, eine ganz breite Einstimmigkeit in fast allen Punkten gegeben hat.

Da gab es auch überhaupt kein Vertun in der Frage, wie man es schaffen kann, dass Hamburgs Schülerinnen und Schüler nicht weiterhin mit bis zu 30 Prozent zu den sogenannten Bildungsverlierern gehören. Das ist in einer Großstadt wie Hamburg die eigentliche bildungspolitische Herausforderung, vor der wir stehen, dass uns nicht eines Tages unsere Gesellschaft um die Ohren fliegt, weil wir immer mehr Kinder letztendlich an den Rand stellen, weil die Bildungspolitik dieses Stadtstaats nichts dafür tut, ihnen ihre Bildungschancen und damit auch ihre Lebenschancen zu verbessern. Das ärgert mich.

(Beifall bei der SPD)

(Wilfried Buss)

Es ärgert mich, dass Sie in dieser Frage überhaupt nicht weiter vorangekommen sind. Die CDU regiert jetzt seit 2001 und seit 2002 ist bekannt, wie die entsprechenden Ergebnisse laut PISA sind. Die Konsequenz war damals, noch größere Grundschulklassen zu schaffen und die Stadtteile noch stärker absinken zu lassen. Das ist die entsprechende konsequente Haltung Ihrer Fraktion gewesen, wo es dann immerhin 2006/2007 eines Schwenks durch Herrn Heinemann bedurft hatte, dass Sie wenigstens in einigen Stadtteilen die Grundschulklassen radikal heruntergefahren haben, was ihre Größe angeht. Die anderen haben Sie sich selbst überlassen.

Jetzt geben Sie insgesamt 60 Lehrerstellen zurück, nachdem Sie insgesamt im Schulsystem 1 000 Lehrerstellen abgebaut haben, um dann zu behaupten, das System würde trotzdem besser werden. Das ist alles eine derartige Scheinheiligkeit, die Sie predigen und die überhaupt nicht die Frage voranbringt, die die Eltern umtreibt, wie sie für ihr Kind und für jedes individuelle Kind eine hervorragende Bildung gewährleisten bekommen können. Da müssen Sie doch endlich einmal ansetzen.

(Wolfgang Beuß CDU: Kommen Sie einmal zum Thema!)

Sie müssen sich der Realität der Schulen der Stadt widmen, wo demnächst jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund haben wird. Das ist die Realität, darauf müssen Sie eine Antwort in den nächsten Jahren schon geben. Da fangen Sie jetzt an, über eine neue Schulstruktur zu bramarbasieren, anstatt die wirklichen Baustellen wie G8 zum Beispiel wirklich ernsthaft anzupacken und wirklich hinzubekommen, dass es bessere Chancen für die Schlechten und für die Guten gibt. Das ärgert mich, dass Sie nichts in dieser Beziehung tun,

(Wolfgang Beuß CDU: Wir haben verstanden!)

sondern nur immer wieder über dieses eine Thema sich ereifern und es verschieben und noch einmal überlegen und dies und jenes machen. Aber die wirklichen Probleme packen Sie immer noch nicht an und das ist erbarmungswürdig.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann verbleiben uns weniger als fünfzehn Minuten, um das dritte Thema aufzurufen. Wird von Seiten der anmeldenden Fraktion gewünscht, dass das dritte Thema morgen debattiert wird? – Das ist der Fall. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet und wir werden sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Wir kommen zum Punkt 6 der Tagesordnung, der Wahl von zwei Mitgliedern des Stiftungsrats der "Hamburger Stiftung Asien-Brücke".

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von zwei Mitgliedern des Stiftungsrates der "Hamburger Stiftung Asien-Brücke"

– Drs 19/1891 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor und ich darf Frau Thomas und Herrn Hakverdi bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Es wäre hilfreich, wenn Sie die Stimmzettel hochhalten und die Schriftführer nicht vom Einsammeln abhalten würden.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt und ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.

Wir kommen zum Punkt 39 der Tagesordnung, Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Entwicklungsschwerpunkte der Sportstadt Hamburg.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Entwicklungsschwerpunkte der Sportstadt Hamburg

– Drs 19/1905 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/2031 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Entwicklungsschwerpunkte der Sportstadt Hamburg

– Drs 19/2031 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Sportausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Ploog, bitte.

Wolfgang Ploog CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal eine kleine Bemerkung vorab: Ich glaube, wir müssen noch ein bisschen üben. Ich glaubte, die Sportbegeisterung in Hamburg sei größer. Aber vielleicht war das auch nur die sportliche Bewegung zum Kaffee.

(Wolfhard Ploog)

Begeisterung für den Sport, für Fitness und Bewegung hat in Hamburg eine lange Geschichte. Sie begeistert die Menschen und hat eine große Zukunftsaussicht. Die "Sportstadt Hamburg" ist ein zentrales Leitprojekt dieser Stadt. So – das sind nicht meine eigenen Worte – stand es schon geschrieben, als Hamburg sich bewarb für die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahre 2016 und für fortfolgende Perioden.

Rund 500 000 Menschen mit einem Mädchen- und Frauenanteil von mehr als 40 Prozent sind in mehr als 800 Vereinen in dieser Stadt und in mehr als 50 Sportfachverbänden engagiert. Die Sportstätten sind über die gesamte Stadt verteilt. Mädchen und Jungen, Schülerinnen und Schüler, Jugendliche aller Altersgruppen sowie Frauen und Männer sind in Bewegung – aktiv als Sportlerinnen und Sportler, als Übungsleiter, Trainer, Betreuer und in sonstigen ehrenamtlichen Tätigkeiten. Die Koalition wertschätzt dieses Engagement ausdrücklich und, weil wir Politik für Menschen machen, gilt all diesen Menschen dieser Antrag.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Antrag der Koalitionsfraktionen soll zeigen, dass die Koalition von der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports nicht nur überzeugt ist – nein, der Antrag soll auch zeigen, dass wir im Interesse der Sportlerinnen und Sportler die Rahmenbedingungen für den Sport sichern und ausbauen wollen. In den Klubs und Vereinen dieser Stadt sind alle Disziplinen vertreten, zum Teil sogar sehr hochkarätig. Die Teilnahme verschiedener Frauen und Männer an den letzten Olympischen Sommerspielen hat dies deutlich unterstrichen.

Sichtbarer Ausdruck dieser Tatsache sind außerdem 14 international ausgerichtete Sportveranstaltungen in Hamburg in diesem Jahr. Ich darf ganz kurz erwähnen, dass wir uns auch darauf freuen können. Wir beginnen im Februar mit dem Judo Otto-World-Cup und haben dann im April schon die German Open im Taekwondo, den Marathon Hamburg im April und im Mai das Lufthansa Final Four 2009 Handball in der Color Line Arena.

(Karl Schwinke SPD: Ist das nix?)

Das wird ein Riesen-Event – natürlich, selbstverständlich. Aber es gibt immer noch Zweifler, die sagen: "Sportstadt Hamburg", was heißt das eigentlich? Ich sage es so: Ich glaube, wir können darauf stolz sein, dass die Menschen und die Sportlerinnen und Sportler zu uns kommen.

Derby Flottbek, Derby Horn und der City Man Triathlon im Juli, German Masters 2009 im Beachvolleyball, dann die Vattenfall Cyclassics im September, die "Young Dragons", der vierte Drachenboot Schülercup und am anschließenden Wochenende das Drachenboot Festival 2009. Dann geht es weiter mit den Norddeutschen Rudermeisterschaften in Allermöhe im September, der Meisterschaft der

Meister im Segeln auf der Alster im Oktober und wir schließen dieses international bedeutende Sportjahr in Hamburg mit dem Landesschwimmfest der Behinderten im Hallenbad in der Budapester Straße. Ich finde, das ist eine beeindruckende Bilanz, die schon vor uns liegt. Ich glaube, wenn wir so vorangehen, wird das in den nächsten Jahren nicht nur gehalten, sondern auch ausgebaut werden können.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wichtigste Garanten für die Entwicklung des Sports sind allerdings die Bereitstellung bedarfsgerechter Angebote für alle Gruppen unserer Bevölkerung neben dem Sportunterricht in den allgemeinbildenden Schulen und die im Hamburger Sportbund zusammengeschlossenen ehrenamtlich geführten gemeinnützigen Sportverbände und Sportvereine. Der Sport ist und bleibt ein wichtiges gesellschaftliches Bindeglied in unserer Gesellschaft, die zunehmend mehr vom Individualismus geprägt wird. Insbesondere den Sportvereinen ist damit eine zentrale gesellschaftliche Verantwortung zugewachsen, die dort – da sei den Damen und Herren in den Sportvereinen ein ganz herzlicher Dank an dieser Stelle ausgesprochen – sehr verantwortungsbewusst wahrgenommen wird. Der Dank der Koalition gilt deshalb auch an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit allen Männern und Frauen, die sich im Bereich des Sports ehrenamtlich für die Gesellschaft engagieren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Sportpolitik der Koalition hat die Vision, Hamburg zu einer europäischen Sportmetropole zu entwickeln. In ihr werden und sollen sich Breitensport und Spitzensport gegenseitig bedingen und ergänzen. Sie sind deshalb gleichrangig auszubauen und zu fördern. Dabei – und das ist sicher nicht neu, die Erkenntnisse sind alt und gewachsen – erfüllt der Sport vielfältigste Aufgaben in der Gesellschaft. Lassen Sie mich aufzählen: Integration, soziales Lernen, Vermittlung zielgerichteten Handelns, Fitness, gesundheitliche Prävention, gesundheitliche Rehabilitation, Talentförderung und nicht zuletzt – das ist dabei immer ganz wichtig – auch Förderung des Freizeitspaßes. Dies alles vermittelt der Sport in der Schule, in den Vereinen, in den Verbänden und auch in privaten Einrichtungen. Es gibt genügend private Sportschulen, auch diese spielen eine erhebliche und wichtige Rolle in dieser Stadt. Die bestehenden Strukturen zu sichern und weiter zu entwickeln, ist eine große Herausforderung an alle beteiligten Kräfte in unserer Gesellschaft. Es geht konkret darum – das sagte ich schon –, die Rahmenbedingungen des Breitensports und des Leistungssports zu sichern. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, bedarf es großer organisatorischer und auch finanzieller Anstrengungen. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL sagt zu diesem Thema:

(Wolfhard Ploog)

"Der Sport leistet wertvolle Beiträge zur Gesundheitsförderung, zur Integration, zum sozialen Zusammenhalt und zur Lebensqualität in unserer Stadt. Es soll ein Sportentwicklungsplan erstellt werden, um ressortübergreifend Perspektiven für eine gezielte Weiterentwicklung des Sports zu formulieren."

Mit anderen Worten: Mit einem Sportentwicklungsplan soll auf der Basis einer fundierten Analyse festgehalten werden, wie der Sport auf gesellschaftliche Trends und Veränderungen und auch Veränderungen in der Gesellschaft aufgrund demografischen Wandels reagieren kann und muss. Die Idee der Koalition ist, dieses Ziel gemeinsam zu erreichen, gemeinsam auch in diesem Hause zu erreichen. Mit anderen Worten: Das Haus soll in die Erstellung des Plans eingebunden werden, ebenso wie auch die Verantwortlichen des Sports in der Hansestadt zwingenderweise mit eingebunden werden müssen. Dies sieht unser Antrag auch ausdrücklich vor.

Sie werden den Antrag sicher gelesen haben. Ich möchte Ihnen einige Eckpunkte kurz vortragen. Zunächst einmal wollen wir den Senat ersuchen, der Bürgerschaft Modelle erfolgreicher Sportentwicklungsplanungen anderer Städte vorzustellen. Durch eine externe Beratung soll eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation des Hamburger Sports erarbeitet werden und es sollen Vorschläge für Entwicklungs- und Handlungskonzepte erarbeitet werden. Und anschließend soll in einem breiten Prozess der Diskussion und in einer gemeinsamen Zielfassung der wesentlichen Akteure des Hamburger Sports, den Verbänden, Vereinen, der Verwaltung im Schulsport, Gesundheitsexpertinnen und Gesundheitsexperten, privaten Unternehmen und Veranstaltern, Stiftungen im Sport, dem Olympiastützpunkt und mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik eine Weiterentwicklung des Sports auf allen Ebenen erarbeitet werden.

Ich will nicht weiter in die Einzelheiten dieses Antrags hineingehen, sie können dies nachlesen. Die Koalition ist überzeugt, dass die vorgeschlagenen Ersuchen an den Senat und die zur näheren Untersuchung vorgeschlagenen Aspekte hilfreich und erforderlich sind, das angestrebte Ziel eines breit angelegten Sportentwicklungsplans zu erreichen. Ich bitte das Haus deshalb um die Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Mit der Drucksache 19/2031 hat die SPD-Fraktion heute einen Zusatzantrag vorgelegt. Ich stimme dem Begehren der SPD-Fraktion zu, diesen Antrag zur weiteren Beratung an den Sportausschuss zu überweisen. Der Antrag der Koalition soll allerdings heute nicht überwiesen werden, sondern beschlossen werden. Wir werden uns aber dem Überweisungsbegehren Ihres Antrags, Frau Timmermann

und Fraktion, nicht verschließen, weil wir Sie auch mitnehmen möchten. Wir wollen das auf eine breite Basis stellen.

Andererseits ist es aber so, dass wir unseren Antrag heute verabschieden müssen, damit es losgehen kann mit der Entwicklung des Plans. Der Senat – Sie werden das gelesen haben – wird in den nächsten wenigen Wochen das Leitbild der "Wachsenden Stadt" neu definieren. Dabei geht es auch um die grundlegenden Ziele unseres Handelns in der Stadt für die Behörden und es macht klar, was wir insgesamt erreichen wollen und was bei den zu treffenden Entscheidungen auf dem Gebiet des Sports zu berücksichtigen ist. Denn der Sportentwicklungsplan muss und soll sich in dieses Leitbild einfügen. Deshalb ist es jetzt wichtig, den Senat wissen zu lassen, wohin die Vorstellungen dieses Hauses für den Sport gehen.

Ich darf Sie noch einmal bitten, unserem Antrag zuzustimmen und den Zusatzantrag der Fraktion der SPD gemeinsam mit uns an den Sportausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Juliane Timmermann.

Juliane Timmermann SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ploog, lassen Sie mich, bevor ich auf den Antrag eingehe, ein paar Anmerkungen zu dem eben Gesagten machen. Sie erwähnten verschiedene Gruppen, die wir im Sport genauso unterstützen wie Sie. Ich denke, was Sie am Sport schätzen, und die Begeisterung teilen wir über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Allerdings fand ich sehr spannend, dass Sie so ziemlich alle Gruppen der im Sport Betätigten aufgelistet haben, aber in dem Antrag doch das eine oder andere vergessen haben. Bei einigen Aspekten sind gerade die Menschen mit Behinderungen sowie Kinder und Jugendliche zu kurz gekommen. Sie haben einen großen Katalog an verschiedenen Veranstaltungen aufgezählt, die wirklich toll und schön sind. Auch da haben Sie unsere Unterstützung, allerdings sind von diesen nicht alle gesichert und auch da kann man fragen, wo das Gesamtkonzept bleibt, denn es sind nur Einzelmaßnahmen.

Ich möchte jetzt auf den Antrag eingehen. Sowohl der Staatsrat Dr. Jäger als auch die Senatorin haben mehrfach im Ausschuss und auf öffentlichen Veranstaltungen den Sportentwicklungsplan angesprochen. Auf dem Symposium des HWWI kündigte Staatsrat Dr. Jäger an, dass Hamburg alsbald einen Sportentwicklungsplan in Auftrag geben werde. Dies ist bereits mehrere Wochen beziehungsweise Monate her und außer Ankündigungen ist seitdem nicht viel passiert. Aber warum sollte die

(Juliane Timmermann)

Ankündigungspolitik des schwarz-grünen Senats vor der Sportpolitik haltmachen? Das letzte Jahr war im Sport geprägt von Pleiten, Pech und Pannen. Daher ist es auch verständlich, dass die Regierungsfractionen eine Art Arbeitsauftrag an ihren Senat beziehungsweise an das Sportamt stellen. So verstehe ich den Antrag. Der Unmut ist anscheinend groß, bleiben doch Fragen offen. Was hat das Sportamt in den letzten Jahren gemacht? Warum wurde nicht längst ein Sportentwicklungsplan moderiert und wie ist das konzeptlose Handeln bezogen auf Universiade, Tennis am Rothenbaum und Umzug des Sportamts – um nur einige Stichworte zu nennen – zu erklären?

(Beifall bei der SPD)

Bleibt die Frage und die Sorge: Verabschiedet sich diese Regierung vom Leitbild der "Sportstadt Hamburg"? Sie hatten gerade angekündigt, dass es im Februar um das Leitbild Hamburg gehe. Spannend finde ich in diesem Zusammenhang, dass Sie sagen, der Sport solle dort eine wichtige Rolle spielen. Aber ich frage mich: Warum bleibt das so hoch gehaltene Ziel, die Vision von Olympia, in diesem Antrag unberücksichtigt und haben Sie sich von dieser Vision verabschiedet?

(Beifall bei der SPD)

Verräterisch ist zudem der Beginn des dritten Absatzes in Ihrem Antrag. Dort heißt es:

"Unsere Sportpolitik hat das Ziel und die Vision, Hamburg zu einer europäischen Sportmetropole zu entwickeln, ..."

Das ist geradezu symbolisch für Ihr Vorgehen. Erst wird ein Ziel verfolgt und dann machen Sie sich Gedanken um die Vision. Wichtige Fragen der strategischen und konzeptionellen Ausrichtung stellen Sie erst in zweiter Linie. Umso wichtiger ist ein schnellstmöglicher Sportentwicklungsplan. Dafür haben Sie unsere Unterstützung.

Die Ausführungen von Herrn Ploog bezüglich der Bedeutung des Sports für die Gesellschaft waren ausführlich und werden von uns geteilt. Interessant ist die Frage, wie der Rahmen und die Unterstützung des Sports aussehen sollen. Hier werden Unterschiede in der Schwerpunktsetzung deutlich. Die Unterschiede zeigen sich insbesondere bei den Aspekten auf, die beleuchtet werden sollen. In dem vorliegenden Antrag geht es um die Umsetzung der bereits lange und mehrfach angekündigten Forderung, einen Sportentwicklungsplan aufzustellen, um die Entwicklungsstrategien für die "Sportstadt Hamburg" aufzuzeigen. In dem ersten Punkt wird die Verwaltung aufgefordert, erfolgreiche Sportentwicklungskonzepte vorzustellen – eine in unseren Augen selbstverständliche Arbeit, um von erfolgreichen Plänen zu lernen. Die Punkte 2 und 3 erläutern die Ziele und Aufgaben dieses Sportentwicklungsplans und werden ergänzt um die Aspekte, die untersucht werden sollen. Hier

fehlen zur vollständigen Beurteilung und strategischen Konzeptentwicklung wichtige Merkmale.

Die von Ihnen genannten Merkmale tragen die Handschrift einer christdemokratischen Sportpolitik. So geht es vorrangig um die Eventisierung und die Reduzierung des Sports auf ein Event. Gleichet man die Forderung mit den Wahlprogrammen der CDU und GAL ab, fragt man sich, Herr Becker, wo die grüne Sportpolitik bleibt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie vergessen im allgemeinen Teil die soziale Sportförderung. Wichtige Punkte wie Integration von Menschen mit Behinderungen, ökologische Aspekte wie zum Beispiel die energetische Sanierung von Sportstätten, Aspekte der Gewaltprävention und das deutliche Bekenntnis zum Breitensport fehlen in diesem Antrag. Auch im Bezug auf die 2011 stattfindenden Europameisterschaften des Betriebssports fehlen Aussagen. Der Betriebssport kommt einer wichtigen Aufgabe nach, nämlich einen sportlichen Ausgleich zum Arbeitsalltag zu sichern. Der Sportentwicklungsplan sollte zudem einen realistischen Maßnahmenplan mit einer Prioritätenreihe unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten dieser schönen Stadt erarbeiten.

Ich möchte noch einige Aspekte, die es zu untersuchen gilt, aufzählen: Quartiersnahe Sportentwicklung, die Bedeutung von Sportevents bezogen auf die Wirtschaftskraft einer Veranstaltung und die Identifikation der Hamburgerinnen und Hamburger mit dieser sowie die Ausarbeitung neuer und innovativer Ideen für Sportveranstaltungen und Sportprojekte. Es muss die Gesamtheit der Bewegungsräume in der Stadt berücksichtigt werden, das heißt von klassischen Sportanlagen über Spielplätze bis hin zu den von Ihnen so häufig geforderten Seniorensportplätzen, Skateboard-Anlagen und vielen weiteren Bewegungsräumen, die unsere Stadt bietet. Ein weiterer Punkt ist die Schaffung von Strukturen in der Verwaltung zur nachhaltigen Sicherung und praktischen Umsetzung dieses Maßnahmenplans. Es ist wichtig Strukturen und Verantwortung zu klären, um den Sport weiterzuentwickeln.

Noch einmal möchte ich auf Olympia eingehen. Haben Sie sich von Olympia verabschiedet? Es geht darum zu prüfen, welche Anforderungen an einen Austragungsort gestellt werden. Wir halten an der Vision Hamburg als Austragungsort für Olympische Spiele fest.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Friederike Föcking und Hans Lafrenz, beide CDU)

Der Punkt 4 versucht ein weiteres Mal einen Prozess der Kommunikation aller im Sport Beteiligten zu initiieren. Auch das hat die vorige Senatorin Dinges-Dierig versucht. Alle vier Punkte sind in unseren Augen Selbstverständlichkeiten und Aufga-

(Juliane Timmermann)

ben eines Sportamts. Mit diesem Prozess und diesen Aufgaben hätten Sie im letzten Jahr schon lange beginnen sollen.

Um das Leitbild der "Sportstadt Hamburg" mit klaren Zielen und Konzepten zu füllen und wichtige Schritte noch in dieser Legislaturperiode einzuleiten, muss der Sportentwicklungsplan zeitnah erstellt werden. Die Zeitschiene in Ihrem Antrag fehlt vollständig. Sie haben diese wieder vergessen und man muss fragen, ob Sie dies auf die lange Bank schieben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Unzufriedenheit der Regierungsfractionen scheint groß zu sein. Das Regierungshandeln des Senats in puncto Sportpolitik war bisher ziel- und konzeptlos. Wir wollen eine Sportstadt für alle Hamburgerinnen und Hamburger und nicht nur für wenige, die sich die Events leisten können. Die Sportpolitik muss klare Rahmen- und Zielkonzepte für den Sport entwickeln. Wichtiger Baustein ist die Sportstättenanierung nicht nur der städtischen Anlagen, sondern auch der vereinseigenen Anlagen. Auch dieses kommt in diesem Antrag zu kurz. Mit den Ergänzungen der SPD entwickelt sich die "Sportstadt Hamburg" mit einem sozialen Gesicht zu einer Sportstadt, an der alle Hamburgerinnen und Hamburger teilhaben: Jung und Alt, Menschen mit und ohne Behinderungen, Breiten- und Leistungssport – eine Sporteventkultur, die zu Hamburg passt, mit klaren Zielen und Konzepten und mit der Vision Hamburg als Olympia-Austragungsort.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns enthalten, da diese wichtigen Merkmale fehlen, die eine Sportstadt braucht, um ein klares Bild und klare Konzepte zu entwickeln. Wir hoffen, dass wir im Sportausschuss im Ringen um die besten Lösungen weiterkommen und viele unserer Punkte berücksichtigt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich etwas ganz anderes sagen.

(Ingo Egloff SPD: Dann lassen Sie es doch!)

Es ist für mich als Sport-Abgeordneter ein ziemlich guter Tag, da wir eine Sportentwicklungsplanung auf den Weg bringen wollen. Ich finde, das ist eine längst überfällige und ganz wichtige Sache für diese Stadt. Aber wenn ich mich hier im Haus umschaue, haben wir Sport-Abgeordnete über die Fraktionsgrenzen hinaus vielleicht noch ein bisschen Überzeugungsarbeit zu leisten, was die

Wichtigkeit des Sports betrifft. Ich halte den Sport für absolut unterbewertet, wenn man sich anguckt, was er tatsächlich leistet in dieser Stadt. Es fängt bei den kleinen Kindern an, geht über die Jugendlichen, den Gesundheitssport, den Behindertensport, den Breitensport, den Leistungssport bis hin zum Wettkampfsport. Und es gibt die Möglichkeit des zielgerichteten Lernens und der Vermittlung von Selbstbewusstsein. Wir integrieren Menschen durch den Sport. An anderen Stellen geben wir für Prävention, Reha, Nachsorge und soziale Folgen sehr viel Geld aus. Das alles kann der Sport leisten, doch ist der Sport in der Vergangenheit von der Politik – gerade auch in Hamburg – als Privatsache betrachtet worden. Der Staat hat sich finanziell und politisch als auch organisatorisch eher zurückhaltend beteiligt.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das ändern wir!)

Ich will nicht sagen, dass sich das von heute auf morgen ändert. Aber ich finde, dass wir daran arbeiten sollten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben über diese individuelle Ebene hinaus erkannt, dass der Sport auch ein Wirtschaftsfaktor ist. Er ist auch ein Standortfaktor und der Sport löst Emotionen aus. Viele Emotionen liegen im Sport, wenn ich sehe, dass für Länderspiele oder Weltmeisterschaften hochrangige Politiker ihre Kabinetsitzungen unterbrechen oder sie hierbei auf der Tribüne sitzen und in der Pause dann den Bundestrainer beraten, wen er auswechseln soll. Der Sport hat längst eine Wichtigkeit, die größer ist als früher. Aber die Organisation des Sports – in dieser Stadt zumindest – hat damit nicht Schritt gehalten. Wir haben ungefähr 500 000 Menschen, die alleine dem organisierten Sport in dieser Stadt zuzurechnen sind. Das ist eine enorme Kraft. Aber es gibt kein konzeptionelles Fundament. Die Handlungen divergieren, jeder arbeitet in seine Richtung, manche arbeiten sogar gegeneinander. Aber es gibt keine gemeinsame Zielsetzung im Hamburger Sport, es gibt keine Konzepte und vor allem gibt es zu wenig Vernetzung und gemeinsames Handeln. Das ist es, was wir mit dieser Entwicklungsplanung erreichen wollen.

Wenn die SPD sich beklagt, dass dieses oder jenes nicht im Antrag steht, dann muss ich sagen: Vielleicht haben Sie es nicht richtig verstanden. Wir sehen ihn tatsächlich als Aufschlag. Wir wollen einen Prozess in Gang bringen und alle mitnehmen. Wenn wir eine Aufzählung in den Antrag geschrieben hätten, wären das 34 Seiten geworden und Sie hätten uns am Ende immer noch vorhalten können, dass etwas fehlt. Wir werben dafür, dass alle mitgenommen werden und sich an diesem Prozess beteiligen, damit die Liste vollständig wird und wir im Endeffekt ein Fundament für den Sport in dieser Stadt bekommen.

(Horst Becker)

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dafür werben wir. Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass die SPD sich wieder darauf beschränkt,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Schon wieder die!)

sich mehr auf Parteipolitik zu projizieren als in der Sache zu arbeiten.

(Karin Timmermann SPD: Oh Mannomann! Darüber kann keiner mehr lachen!)

Das finde ich schade. Ich hoffe, dass Sie sich im Ausschuss, wohin wir das ganze Konglomerat überweisen werden, konstruktiv einbringen werden im Sinne der Beteiligten im Hamburger Sport. Darauf hoffe ich. Deswegen werden wir der Überweisung Ihres Antrags an den Sportausschuss zustimmen. Wenn der fünf vor zwölf mit einer Mail kommt – ich habe vor der Sitzung nicht am Computer gesessen und habe geschaut, ob die SPD noch einen Antrag auf den Weg bringt. Insofern war keine Zeit mehr, das vernünftig abzustimmen, sodass wir das im Ausschuss machen werden. Aber damit wir nicht unnötig Zeit verlieren, bitten wir um Zustimmung für diesen Antrag zur Initiierung dieses Prozesses. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ploog, Herr Becker, ich möchte ausdrücklich sagen, dass das seit Langem das Beste ist, was aus Ihren Fraktionen hervorgekommen ist.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das tut mir jetzt schon ein bisschen weh!)

– Das mag sein.

Es ist nämlich längst überfällig, Herr Hesse, umfassende und belastbare Daten zur hamburgischen Sportentwicklung vorzulegen und das Ganze in eine mittel- und langfristige Sportentwicklungsplanung einzubetten. Das war eines der größten Probleme in den vergangenen Jahren, dass der Senat den Eindruck machte – ich sage bewusst, den Eindruck machte –, Sportpolitik nicht nur an falschen Prioritäten zu orientieren, sondern zum Teil auch noch unsauber oder schlampig zu arbeiten. Nehmen wir nur das Beispiel, dass seit mittlerweile drei Jahren Bemühungen existieren, endlich eine computergestützte Datenerhebung und -verwaltung zur Vergabe von Hallenzeiten auf den Weg zu bringen. Das hat leider – Sie mögen das vielleicht für belanglos halten – dieser Senat nicht zuwege gebracht.

Insofern, Frau Timmermann, muss ich Ihnen an diesem Punkt – Sie üben auch sehr viel Kritik am Senat – widersprechen, wenn Sie sagen, Herr Jäger und das Sportamt sortieren Sie in die allgemeine Ankündigungspolitik des Senats ein. Ich gebe zu, dass ich wenig Erfahrung habe – nur diese acht Monate, aber ich muss wirklich sagen: Im Vergleich mit den Senatsbehörden, mit denen ich konfrontiert wurde, ist ein solches Ausmaß an Inkompetenz und Verachtung gegenüber der Bürgerschaft, wie vom Sportamt immer wieder herüberkommt, in dieser Stadt einzigartig. Insofern begrüße ich diesen Antrag von GAL und CDU ausdrücklich, weil – Sie haben darauf hingewiesen – dieser Antrag nur einen Zweck hat, nämlich das Hin-und-her-Geschiebe, das Aussitzen und das Verschlamphen dieser beständigen Ankündigung, es werde demnächst in Hamburg einen Sportentwicklungsplan geben, endlich zu beenden. Und ich bin ziemlich sicher: Wenn Sie den Antrag jetzt nicht stellen würden, würde Herr Jäger noch im nächsten Jahr sitzen und irgendeinen Grund vorschieben. Wahrscheinlich wäre es der Grund, dass er mit der Einrichtung seines neuen Büros beschäftigt ist, wo er jetzt pausenlos mehr Quadratmeter beansprucht hat und gar nicht weiß, was in diesen Quadratmetern passieren soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern sind wir sehr dafür und werden diesem Antrag zustimmen. Ich hoffe, dass das wenigstens einen Umdenkungsprozess in dieser Behörde einleitet. Das wäre eindeutig ein Schritt nach vorne.

Herr Ploog und Herr Becker, es wäre aus unserer Sicht schön, wenn Sie aus dem Antrag die zeitliche Vorgabe mit übernehmen würden. Herr Jäger und die Verwaltung werden ohne zeitliche Vorgabe nichts tun. Insofern würde ich ganz gerne sehen, dass wir uns darauf verständigen. Ich möchte das noch einmal ausdrücklich sagen: Der 3. Juni, den Sie vorgeschlagen haben, wäre meines Erachtens wichtig. Wir werden dem Antrag zustimmen und werden schauen, was man vielleicht an Gesichtspunkten im Ausschuss berücksichtigen kann. Aber ich möchte Sie, die Koalitionsparteien, wirklich bitten darauf zu drängen, dass dieser Sportentwicklungsplan nicht weiter ausgesessen wird. Und zwar geht es nicht nur einfach darum, dass das eine Schlaperei ist und nichts mit der Würde der Bürgerschaft zu tun hat, was dort passiert, sondern der Sport und die Vereine brauchen endlich einen anderen Geist. Wenn wir das interfraktionell hinbekommen, diesem müden Verein ein bisschen Beine zu machen, dann ...

(Michael Neumann SPD: Fehlbesetzung!)

– Fehlbesetzung können Sie auch sagen.

Herr Ploog, ich möchte noch ein paar kritische Anmerkungen zu Ihrem Antrag loswerden. Sie schreiben und haben es eben noch einmal ausgeführt:

(Dr. Joachim Bischoff)

"... Sport ist ein wichtiges gesellschaftliches Bindeglied in einem zunehmend vom Individualismus geprägten Gemeinwesen."

Herr Becker hat schon darauf hingewiesen: Sport als ein wichtiges gesellschaftliches Bindeglied – wenn ich mir die Besetzung der Fraktionen anschau, dann werden Sie in Ihrer Fraktion noch einiges tun müssen. Ich glaube, dass das nicht richtig gesehen wird mit diesem wichtigen gesellschaftlichen Bindeglied und auch nicht für Hamburg gesehen wird. Wenn Sie sagen, Sport sei nicht nur Bindeglied, sondern auch Abbild – wenn Sie sich konkret den Sport in Hamburg anschauen, ist der Sport momentan Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Sport ist nicht nur durch Individualismus geprägt, sondern er hat ganz viel mit Gewinnstreben und Ausgrenzung ganzer gesellschaftlicher Gruppen im Sport zu tun.

(Zuruf)

– Da können Sie gerne röhren. Ich versuche Ihnen das gerne noch ...

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Das sind ja langsam Grimms Märchen, was Sie hier erzählen!)

– Doch, ich werde Ihnen jetzt noch ein paar Sachen dazu sagen.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist eine Drohung!)

Es kann jedenfalls nicht sein, dass in der Freien und Hansestadt Hamburg bis heute Sportunterricht in Ermangelung von ausreichenden Lehrerkapazitäten ausfällt, von der oftmals geträumten dritten Turnstunde einmal ganz abgesehen. Es kann nicht sein, dass die in diesem Hause schon des Öfteren kritisierte, zum Teil wirklich desolate Situation der Schulturnhallen, der Lehrschwimmbecken und so manches Sportplatzes hingenommen, bagatellisiert oder in Mäuseschrittchen angegangen wird. Das gehört zum Abbild des Sports dazu. Das heißt, gerade wenn wir respektieren, dass wir begrenzte Haushaltsmittel haben, kommt es wirklich darauf an, mit diesen Mitteln verantwortlich umzugehen. Für viele Hamburgerinnen und Hamburger ist es wichtig, dass sie, wenn Sie schon in einer schwierigen sozialen Lage sind, wenigstens nicht ihre Bewegungsmöglichkeiten einschränken müssen. Ich möchte darauf hinweisen – vielleicht fragen Sie einmal in Ihrem Sportverein nach –, dass in den Sportvereinen – jedenfalls in dem, dem ich angehöre – ein Monatsbeitrag von 25 Euro geboten ist.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Bei mir auch!)

Es gibt ganz wenige Sportvereine in Hamburg, wirklich ganz wenige, die die von sozialer Ausgrenzung Betroffenen beitragsfrei stellen. Wir haben keine Lösung in Hamburg. Das bedeutet, dass wirklich Hunderttausende nicht in der Lage sind, zumal sie auch nicht über die Mobilität in der Stadt

verfügen, ihrem Grundbedürfnis nach Bewegung und Sport nachzukommen.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Uns ist ganz wichtig, dass Sie das aufnehmen als Problem. Das heißt, Sport ist nicht nur Bindeglied, sondern Sport ist Abbild. Und wir müssen, wenn die Vision "Sportstadt Hamburg" real werden soll, auch darüber nachdenken, die Probleme erfassen und sehen, wie wir schrittweise auch der Umsetzung der Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppen vernünftig Rechnung tragen können. Das gilt im Übrigen gerade auch für Integrationspolitik im Hinblick auf die große gesellschaftliche Gruppierung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund. Das, finde ich jedenfalls, gehört für uns als Aufforderung mit in diesen Komplex hinein.

Wenn ich jetzt einmal – und das ist der nächste Punkt, den ich noch ansprechen möchte –, das Verhältnis von Breiten- und Spitzensport vergleiche: Sie sagen im Unterschied zur SPD, dass faktisch eine Gleichrangigkeit existieren soll in der Förderung von Breitensport und Spitzensport. Ich glaube aus meinem Eindruck aus vielen Gesprächen in Vereinen heraus, dass wir uns keinen Gefallen tun, wenn wir diese Bereiche gleichrangig behandeln. Ich glaube, dass eine Sportstadt nur Wirklichkeit werden kann, wenn wir konzentriert daran arbeiten, die Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in Hamburg zu verändern. Dann kann es in der Tat sinnvoll sein, auch mehr Aktivitäten in den Spitzensport hineinzupacken. Das heißt, wir brauchen in der gesamten Diskussion – und ich hoffe, dass wir demnächst darauf zurückkommen – auch eine klare Auseinandersetzung über die Prioritäten.

Konkret zu dem, was wir zum Haushalt jetzt noch beraten: Aus unserer Sicht brauchen wir keine millionenschweren Neubauten in Kombination mit einer Pferdebahn, um das einmal zu sagen; das werden wir auch ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir stattdessen brauchen, sind erheblich günstigere Eintrittspreise in den verbliebenen Schwimmbädern und den Sportanlagen und wir brauchen dringend eine qualitative Verbesserung der Sportanlagen in ganz Hamburg.

(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Schauen Sie sich dieses Projekt der Schwimmweltmeisterschaft an. Ich weiß ja, welche Überlegungen dahinterstecken. Natürlich konnte München damals bei der Olympiabewerbung einen Riesensprung als Sportstadt machen, aber es wurden sehr viele Investitionen, die die Stadt beziehungsweise der Sport erhielten, in die Infrastruktur gepackt. Herr Jäger hat uns das Projekt für die Schwimmweltmeisterschaft für 20 Millionen vorge-

(Dr. Joachim Bischoff)

stellt, aber es soll nicht mit überwiegend nachhaltigen Investitionen für Hamburg, sondern mit einem aufblasbaren Schwimmbecken realisiert werden, was hinterher wieder abgerissen wird. Und da muss man sich genau überlegen, ob das eine kluge Politik ist, wenn man ein paar Schritte hin zu einer Sportstadt Hamburg kommen will. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Senatorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sportstadt Hamburg, Herr Ploog hat es gesagt, ist in Bewegung. Sport ist ein wichtiges gesellschaftliches Querschnittsthema, das uns alle verbindet. Deshalb begrüße ich den vorliegenden Antrag zur Sportentwicklungsplanung ausdrücklich.

Es gibt nämlich, liebe Frau Timmermann, keinen Dissens zwischen den Regierungsfractionen und der Sportsenatorin und dem Sportamt. Und Ihre Bemerkungen, Herr Dr. Bischoff, hinsichtlich des Sportamts finde ich so albern und bar jeden Wissens, dass ich dazu gar keine Stellung nehmen möchte.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Michael Neumann SPD:* Das sagen die Sportvereine selbst!)

Die Sportstadt Hamburg ist durch konsequente Senatspolitik der vergangenen Jahre sowie die gute Zusammenarbeit zwischen dem Hamburger Sportbund, dem Sportamt und den anderen Akteuren in den letzten Jahren immer wieder überregional beachtet worden. Das zeigt unter anderem das aktuelle Sportstätten-Ranking. Hamburg konnte dabei zum zweiten Mal die Bronzemedaille erringen, aber im Sport gibt man sich nicht mit einem dritten Platz zufrieden. Insofern ist das Ranking auch ein Ansporn für uns weiterzumachen. Aus dem Ranking geht hervor, dass wir als Sportstadt in den Bereichen Organisationsgrad des Sports, Profisport, Sportveranstaltungen und Infrastruktur bundesweit sehr gute Plätze belegen. Im Übrigen bedeutet Sport für mich persönlich mehr, als alle sogenannten messbaren Kriterien es vermitteln. Sport steht für mich für die Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sport leistet etwas, das ökonomisch schwer zu bewerten ist, auch wenn es immer wieder von unterschiedlichen Wissenschaftlern und Volkswirten versucht wird. Wenn es um die Sportpolitik des Senats geht, stehen die Menschen in unserer Stadt im Vordergrund, sei es im Bereich des Kinder- und Jugendsports, der Prävention und Rehabilitation, der Integration von Menschen mit Behinderungen

oder sozial benachteiligter Personengruppen. Sport baut Brücken, Sport fördert soziales Miteinander, er dient der Gesundheit und ermutigt zu Fairness und Leistung. Und davon, was es dort an Programmen gibt, insbesondere zum Beispiel auch zur Integration, lieber Herr Bischoff, scheinen Sie leider gar keine Ahnung zu haben, denn wenn Sie sich zum Beispiel einmal mit dem Programm "Kids in die Clubs" beschäftigen würden, dann wüssten Sie, was ich meine.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Sportförderung – da sind wir uns alle einig – muss langfristig und nachhaltig angelegt sein. Man braucht gewissermaßen einen langen Atem, es ist ein Marathon, kein Sprint. Hier haben wir in den vergangenen Jahren bereits einiges erreicht und fangen nicht bei Null an. Wir haben strategisch die Sportinfrastruktur ausgebaut, wir haben den Leistungssport gezielt gestärkt, wir haben bewiesen, dass wir in Hamburg große Sport-Events veranstalten können und in diesem Zusammenhang, liebe Frau Timmermann, gibt es keine Verabschiedung des Senats vom Olympiagedanken, sondern die beste Werbung für Olympia in Hamburg wäre, wenn auch Sie die Schwimmweltmeisterschaften voll unterstützen würden, denn eine bessere Werbung für eine Olympiabewerbung kann es gar nicht geben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Und, das scheint mir besonders wichtig, auch das scheinen Sie nicht zu wissen, Herr Bischoff: Wir haben in der Breitensportförderung einen bundesweit einmaligen Systemwechsel vollzogen. Die Sportförderung ist nämlich nicht mehr abhängig von den Einnahmen aus den Glücksspielen, sondern erhält eine vertraglich gesicherte Grundfinanzierung, in der wir uns mit dem Hamburger Sportbund in sehr guter Übereinstimmung befinden. Aber wir wollen und sollen uns nicht auf Erfolgen ausruhen, wir haben uns auch in Zukunft viel vorgenommen. Im Mittelpunkt stehen neben der Fortführung der bisherigen Schwerpunkte die Sanierungsoffensive der öffentlichen Sportstätten in dieser Legislaturperiode und eine strategische Sportentwicklungsplanung. Wir wollen keine Sportentwicklungsplanung, die ein abstraktes wissenschaftliches Werk ist. Wir wollen vielmehr eine wissenschaftlich basierte Sportentwicklung, die konkrete Ansatzpunkte, Maßnahmen und Strategien aufzeigt.

Die Mittel dafür stehen bereit, die Vorbereitungen durch das Sportamt sind in vollem und sehr konstruktivem Gang. Wir haben bereits sehr viele Abstimmungsgespräche geführt, unter anderem mit dem Hamburger Sportbund. Wir haben viele Meinungen eingeholt und uns mit anderen Städten über deren Erfahrungen ausgetauscht. All dies fließt jetzt in die Ausschreibung ein.

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

In diesem Zusammenhang betrachte ich den vorliegenden Antrag als sehr wichtige Unterstützung des weiteren Verfahrens und sehe der Diskussion um die strategische Fortentwicklung der Sportstadt Hamburg mit großem Interesse entgegen. Aber, liebe Oppositionsparteien, ich hoffe, dass Sie sich daran nicht nur mit Polemik beteiligen, so wie heute Nachmittag, sondern mit konstruktiven Beiträgen. Das würde mich sehr freuen, denn für mich gibt es keine SPD- oder CDU- oder auch LINKE-Sportpolitik, sondern nur eine vernünftige Sportpolitik für unsere Stadt und das wollen wir erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf den Beitrag von Herrn Bischoff eingehen. Sie hatten noch einmal einen Änderungsantrag gestellt, was die Zeitschiene betrifft. Das ist jetzt ein bisschen kompliziert, vielleicht reicht es, wenn ich Ihnen zusage, dass wir im Sportausschuss in diesem Sinne zu einer zügigen Einigung kommen werden. Wenn Sie damit einverstanden wären, dann könnten wir uns vielleicht so einigen.

Auf zwei Einzelaspekte möchte ich noch eingehen. Sie erwähnten die Kombibahn. Es ist nicht so, dass Hamburg diese Millionen für die Pferderennbahn ausgeben will, sondern das soll sich durch den Grundstücksverkauf in Bahrenfeld selbst tragen. Letztendlich soll es ein durchlaufender Posten sein, aber es muss natürlich vorfinanziert werden. Sie haben ein bisschen den Eindruck erweckt, als ob Hamburg eine teure Pferderennbahn bauen wolle; in der Summe wird das nicht so sein.

(*Michael Neumann SPD:* Abwarten! Ich hoffe es auch!)

So ist es geplant und wir können das auch erreichen.

Die andere Sache war die Schwimmweltmeisterschaft. Die Entscheidung, das in einem transportablen Becken zu machen, ist vor dem Hintergrund passiert, dass Berlin für einen derartigen Wettkampf einmal eine aufwendige Wettkampfstätte gebaut hat, die aber in dem Rahmen gar nicht so gebraucht wird und man nun feststellt, dass man jedes Jahr ein Millionendefizit durch eine bestehende Anlage hat, die weiter betrieben werden muss. Diesen Fehler wollten wir in Hamburg nicht begehen und deswegen ist die Entscheidung so gefallen.

Die Kritik, die Sie am Sportamt und persönlich am Staatsrat und der Senatorin geübt haben, die die Ressorts vor knapp einem Jahr vorgefunden haben, fand ich überzogen. Das kann man nicht ma-

chen, diese Leute sind neu und man kann sie nicht verantwortlich machen für Dinge, die möglicherweise schon vor 20 oder 30 Jahren passiert sind. Sich jetzt das Sportamt zu greifen und zu sagen, das ist alles nicht ausreichend, was die machen, finde ich nicht in Ordnung. Wir haben schon ganz lange ein strukturelles Defizit. Bevor wir die Cyclastics Anfang dieses Jahrtausends nach Hamburg geholt haben, hatten wir die letzte neue internationale Veranstaltung nach meinen Recherchen 1978. Das heißt, hier hat ganz lange ganz viel brachgelegen und das liegt nicht nur am Sportamt. Das liegt auch an der Politik, das liegt am Parlament, das liegt letztendlich auch an den Verbänden. Dafür sind wir alle in der Verantwortung. Und es führt nicht weiter, darin herumzustochern, sondern wir haben jetzt die Chance, dem Sport ein Fundament zu geben und die Stärken, die ganze Manpower, die es in dieser Stadt gibt, weiterzuentwickeln. Wir hoffen, dass alle das mitmachen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Juliane Timmermann.

Juliane Timmermann SPD:* Frau Senatorin, ich möchte mich noch einmal ganz direkt an Sie wenden. Vielen Ihrer Ausführungen kann ich folgen und als anerkannte Kultursenatorin haben Sie sicherlich mit dem Sport ein zusätzliches weiteres schweres Amt übernommen. Auch wir sind neu und Sie haben im Sport bisher nicht nur gegläntzt; ich möchte nur die Universiade anführen. Aber es ist wirklich nicht zutreffend, dass wir uns mit Polemik an dieser Diskussion beteiligt haben.

Wir haben uns mit sehr viel Mühe diesem Antrag gewidmet, uns mit dem Thema auseinandergesetzt und konstruktive Vorschläge gemacht, weil nämlich wichtige Merkmale fehlen, und zwar immer dann Punkte weggelassen worden sind, wenn es um die soziale Sportförderung ging, um so wichtige Aspekte wie die Integration, die Sie auch genannt hatten. Wir haben darüber auch im Haushalt diskutiert, aber diese Punkte fehlen in diesem Antrag.

Es geht insbesondere um die Ausrichtung, bezogen auf Events, wovon die Sportvereine nicht so viel haben; Sie haben es auch noch einmal erwähnt. Die öffentlichen Sportstätten, aber auch die vereinseigenen Anlagen sind Aufgaben, die die Vereine übernommen haben, die sehr wichtig sind, die aber weiterhin Unterstützung brauchen, denn so eine vereinseigene Anlage zu führen ist das, woran die Vereine nachher zugrunde gehen und wo sie unsere Unterstützung brauchen. Deswegen ist der Vorwurf, dass wir uns nicht sachlich und konstruktiv mit diesem Antrag auseinandergesetzt hätten, nicht richtig.

(Juliane Timmermann)

Eine Frage muss erlaubt sein, und zwar, was das Sportamt im letzten Jahr gemacht hat; jetzt ist fast ein Jahr vorüber.

(Michael Neumann SPD: Umgezogen!)

Es ist umgezogen und auch damit haben wir uns auseinandergesetzt. Es sind mehr Quadratmeter und es wurden 278 000 Euro mehr ausgegeben. Damit wurde ganz schnell und aktiv umgegangen und man wurde auch schnell fündig, um dieses zu realisieren. Aber der Sportentwicklungsbericht, der schon aus der letzten Legislaturperiode stammt, ist nicht angegangen worden und diese Fragen müssen Sie sich stellen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Ploog.

Wolfgang Ploog CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist genau das, was Sie immer falsch machen. Sie lesen etwas, durchdringen es aber leider nicht so, wie Sie es eigentlich sollten, und dann werden Sie auch noch böseartig.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Das ist auch so eine Grundstruktur in Ihrer Fraktion. In dem Antrag steht nichts davon – das gilt auch für Herrn Dr. Bischoff –,

(Dirk Kienscherf SPD: Da steht ja fast gar nichts drin!)

dass wir Hamburg zu einer Eventstadt im Sport entwickeln wollen; das sind wir doch längst. Es geht konkret darum – das hat die Senatorin noch mal ausgeführt –, dass Hamburg in Bewegung ist. Wenn Sie heute sagen, es stehe nichts von Integrationssport drin, dann gehen Sie doch einmal in die Vereine, in denen diese Integration stattfindet. Gehen Sie am Wochenende auf den Fußballplatz, nicht zu St. Pauli oder zum HSV, da gehe ich auch gerne hin, sondern gehen Sie einmal in die Max-Brauer-Allee in Altona oder zu Wacker 04 oder sonst wohin. Was findet denn dort statt? Integration, die Jugend ist in Bewegung. Da können Sie doch nicht sagen, da läuft nichts, wir machen nur Eventsport. 14 große Veranstaltungen sind doch nicht der Sport in Hamburg. Da haben Sie nach meiner Auffassung ein falsches Wahrnehmungsvermögen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich bin so leicht nicht zu ärgern, aber das hat mich ein bisschen geärgert, weil Sie dieses mit Absicht so darstellen.

Ich freue mich auf der anderen Seite aber auch, dass wir offenbar einer Meinung sind und ein Ziel vor Augen haben. Aber, Herr Dr. Bischoff, eines

möchte ich Ihnen bei der Gelegenheit aufgrund eigener Erfahrungen berichten. Sie sagten, Leistungssport und Breitensport solle gleichrangig gefördert werden, in der Tat. Das heißt nicht, dass in den Leistungssport soviel Geld hineingepumpt werden soll wie in den Breitensport, aber sie sind gleichrangig zu fördern, das heißt, auch mit der Intensität, denn der Leistungssport ist auch ein Vorbild für die Jugend. Ich habe es selbst gemerkt, viele wissen es, ich will meine sportliche Karriere hier nicht groß darlegen, aber es ist immer ein Anreiz, wenn man zum Beispiel einen Leichtathleten hat, wie es ein alter Freund von mir war, der in Japan an den Olympischen Spielen teilgenommen hat. Mit dem konnte ich gemeinsam auf der Jahnkampfbahn trainieren und ich habe gesagt, da will ich auch hin. Ich habe es zwar nie geschafft, musste vielleicht auch nicht sein, aber das stachelt an, das sind Vorbilder und Vorbilder spielen in der Gesellschaft immer eine wichtige Rolle.

Deswegen freue ich mich auf die Beratungen mit dem Senat im Ausschuss und auf die gemeinsame Arbeit an diesem Sportentwicklungsplan. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Ich möchte zunächst auf das Angebot der Regierungskoalition eingehen. Herr Ploog und Herr Becker, ich wollte das Begehren, das in dem SPD-Änderungsantrag auch enthalten ist, gar nicht als Änderungsantrag haben. Und wenn Sie sagen, Sie setzten sich dafür ein, dass dieser Auftrag, den Sie jetzt Ihrer Regierung noch einmal erteilen, in zeitlich begrenzter Perspektive abgearbeitet werde, dann bin ich völlig einverstanden. Ich weiß, dass es wahrscheinlich als Regierungskoalition gar nicht so einfach ist, diesem Senat noch einmal zu sagen, endlich dem nachzukommen, was er schon lange wollte.

Zweite Bemerkung, Polemik hin oder her. Ich respektiere bei aller scharfen Auseinandersetzung, dass die CDU und Herr Freytag beispielsweise in der Finanzpolitik eine andere Auffassung haben. Ich respektiere, dass wir Differenzen darüber haben, wie wir mit der Wirtschaftskrise umgehen sollen. Aber ich habe selten erlebt – das lasse ich mir auch nicht ausreden –, dass mit solcher Verachtung verhandelt wird, wie das vom Staatsrat im Sportausschuss immer wieder gemacht wird. Das muss erlaubt sein zu sagen, das müssen Sie ja nicht teilen. Es würde dem Hause gut tun, wenn ein anderer Ton und eine andere Herangehensweise erkennbar wären.

(Zurufe von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

(Dr. Joachim Bischoff)

Das ist mein Eindruck, den werden Sie mir nicht abstreiten können.

Letzte Bemerkung. Frau Senatorin, fragen Sie doch einmal in den Vereinen, die eine Beitragsfreistellung für Jugendliche aus ganz schwierigen Verhältnissen machen, was sie von diesem Kids-in-die-Vereine-Programm halten. Ich kenne jedenfalls nur den SC Sternschanze, der von 600 Kindern etwa 80 freigestellt hat, und das ist ein Problem, das sich auf andere Vereine ausweiten lässt. Auf der Jahreshauptversammlung des HSB war das ein zentrales Problem und ich glaube nicht, dass die alle der Zugehörigkeit zur LINKEN verdächtig sind. Wir haben trotz dieses Förderungsprogramms eine ganze Reihe von Kindern, die in ihren Bewegungs- und Sportmöglichkeiten eingeschränkt sind. Ich weiß, dass das nur schrittweise geht. Ich möchte gerne, dass wir eine belastbare Grundlage haben, wie wir mit Turnhallen und Sportstätten umgehen müssen. Wenn Sie sich meine Kleinen Anfragen angucken, dann wissen Sie, wie viel davon dem Sport bei der Ermittlung dringlicher Probleme gewidmet ist.

Ich will abschließend noch ein Beispiel nennen, die Eisbahn Große Wallanlagen. Wahrscheinlich wird sich von Ihnen niemand um den Eissport kümmern, aber Sie müssen sich einmal die zentrale Bedeutung dieser Sportstätte angucken. Diese Sportstätte wird mal eben ausgeschrieben mit der Option, sie zu verkleinern und daneben eine Wellenreit-Gegenstromanlage unterzubringen und das, ohne die Vereine zu fragen, ohne im Kopf zu haben, welche Bedeutung der Eissport in dieser Stadt hat. Sie können das ja anders sehen, aber ich glaube, dass Sie einen dringenden Bedarf an Bodenerdung in diesen Fragen haben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 19/2031. Wer stimmt einer Überweisung an den Sportausschuss zu? – Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren einstimmig angenommen.

Nun zum gemeinsamen Antrag von CDU- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/1905. Wer möchte diesen an den Sportausschuss überweisen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Meine Damen und Herren! Ich würde gerne die Abstimmung wiederholen.

(Unmutsäußerungen bei der SPD)

Ich leite hier die Sitzung und möchte kurz begründen, warum ich die Abstimmung wiederholen

möchte. Es hat vonseiten der CDU-Fraktion zwei einzelne Meldungen gegeben.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird der Ältestenrat einberufen. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 17.23 Uhr

Wiederbeginn: 17.44 Uhr

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung fort. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Der Ältestenrat ist übereingekommen, dass die Drucksache an den Sportausschuss überwiesen worden ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen an dieser Stelle das Wahlergebnis der Wahl von zwei Mitgliedern des Stiftungsrates der "Hamburger Stiftung Asien-Brücke" mitteilen. Von 104 abgegebenen Stimmzetteln entfielen auf Herrn Ekkehart Wersich 93 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen, acht Enthaltungen, eine Stimme war ungültig. Auf Herrn Frank entfielen von 104 abgegebenen Stimmzetteln 84 Ja-Stimmen, elf Nein-Stimmen, sechs Enthaltungen, drei Stimmen waren ungültig. Damit sind sie gewählt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 41 auf, Drucksache 19/1907 in der Neufassung, Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Verbesserung der Förderung von Baugemeinschaften innerhalb der Hamburger Wohnungsbauförderung und der Grundstücksversorgung.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Verbesserung der Förderung von Baugemeinschaften innerhalb der Hamburger Wohnungsbauförderung und der Grundstücksversorgung – Drs 19/1907 (Neufassung) –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben mit diesem Antrag einen Punkt des Koalitionsvertrags aufgenommen. Die generelle Zielrichtung ist, noch mehr Transparenz und insbesondere eine Beschleunigung des Verfahrens für Baugemeinschaften zu betreiben.

Hinsichtlich der Transparenz sind wir in der letzten Legislaturperiode schon aktiv gewesen. Unter der neuen Internetseite www.zusammen-bauen-lohnt.de haben seit September letzten Jahres Bürgerinnen und Bürger, die an gemeinschaftlich orientiertem Wohnen interessiert sind, die Möglichkeit, sich zu informieren, Erfahrungen auszutauschen, sich miteinander zu vernetzen. Trotzdem meinen wir, dass das bisher praktizierte Auswahl-

(Hans-Detlef Roock)

und Vergabeverfahren für geeignete Grundstücke für Baugemeinschaften noch transparenter und vor allen Dingen noch zielgenauer gestaltet werden kann. Dazu gehört insbesondere auch die Bereitstellung von ausreichenden Grundstücken. Hier haben wir vereinbart, den Anteil von bisher 15 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen.

Eines der Probleme in der Vergangenheit war die lange Wartezeit bis zur Vergabe der Grundstücke. Es gestaltete sich häufig sehr schwierig, eine bauwillige Gruppe über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren zusammenzuhalten, und das wollen wir ändern. Neben der generellen Zielsetzung sind folgende Handlungsfelder mit in den Fokus zu nehmen.

Erstens: Eine größere Anzahl bestehender Baugemeinschaften mit Wohnraum zu versorgen, der den Ansprüchen und finanziellen Möglichkeiten der Gruppe entspricht.

Zweitens: Möglichst vielen bisher nicht in einer Gruppe organisierten Einzelinteressenten die Möglichkeit zu geben, individuelle Wohnwünsche in einer Gruppe zu verwirklichen.

Drittens: Auch diejenigen Menschen als Interessenten für Baugemeinschaften zu gewinnen, die selbst nicht die Möglichkeit haben, eine Baugemeinschaft zu gründen.

Danach sind nach unserer Auffassung zum bestehenden System mehrere Modelle denkbar, die im Einzelnen untersucht werden sollten. Uns ist bekannt, dass der Arbeitskreis Wohnen der Architektenkammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Vorschläge unterbreitet hat, die ich aus Zeitgründen im Einzelnen nicht darstellen will. Es wäre vor allen Dingen zu fachspezifisch und auch zu kompliziert. Aber für die Vorschläge möchte ich mich bei der Arbeitsgruppe ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie liefern eine Basis, auf der man weiterarbeiten kann. Deshalb regen wir eine sorgfältige Prüfung dieser Vorschläge an.

Bei der Einreichung des Antrags sind offensichtlich einige Punkte verlustig gegangen. Deshalb haben wir heute eine Neufassung vorgelegt. Lassen Sie mich abschließend sagen, dass wir durch eine aufgewertete Förderung von Baugemeinschaften eine zusätzliche Komponente in der familienfreundlichen Wohnungsbaupolitik sehen und damit die Stabilisierung und Durchmischung von Quartieren unterstützen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Grote.

Andy Grote SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Roock, Baugemeinschaften, soweit sind wir uns hier einig, sind ein ganz wichtiges Element des Wohnungsbaus in Hamburg. Baugemeinschaften ermöglichen die Schaffung von Wohneigentum gerade für Familien, stärken die Eigeninitiative, fördern gemeinschaftliches Handeln, erzeugen langfristige Bindungen an die Wohnquartiere und tragen zur Stabilisierung des sozialen Gefüges bei. Deshalb verdienen Baugemeinschaften auch Unterstützung und Förderung.

Eine andere Frage ist, ob wir dafür diesen Antrag brauchen. Ich vermute einmal, dass wir den in Wahrheit nicht brauchen; schädlich ist er allerdings auch nicht. Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Wir werden diesem Antrag zustimmen, aber viel steht nicht darin. Herr Roock, Sie haben eben manche Dinge aufgeführt und gesagt, mit mehr wollten Sie uns nicht belasten, weil das kompliziert sei. Was man dem Antrag ansieht, ist, dass er außerordentlich komprimiert ist, bis im Grunde genommen nur noch das darinsteht, was auch schon im Koalitionsvertrag steht. Wenn wir so einen Antrag eingebracht hätten, dann würden Sie uns wahrscheinlich erklären, warum das ein schlechter und überflüssiger Antrag sei, den man nicht einmal an den Ausschuss überweisen könne.

(Hans-Detlef Roock CDU: Entscheidend ist, was hinten rauskommt!)

und dass der Senat sowieso schon alles mache, was darin stehe. Insofern muss man nach der Intention dieses Antrags suchen und da fällt einem natürlich auf, dass das zunächst eine reine CDU-Initiative war, die Sie auch alleine eingebracht haben. Die GAL ist erst in letzter Sekunde mit aufgesprungen, weil es sonst bei dem Thema vielleicht komisch ausgesehen hätte. Man kann den Antrag deshalb nur so verstehen, dass Sie als CDU der GAL-geführten Stadtentwicklungsbehörde nicht so recht zutrauen, den Koalitionsvertrag umzusetzen. Das ist etwas merkwürdig, denn jeder weiß, dass das Thema Baugemeinschaften für die GAL eine echte Herzensangelegenheit ist und auf ihre Initiative auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden ist und insofern vonseiten der GAL viel bewegt werden soll.

Die Ziele sind sehr ehrgeizig: 20 Prozent aller Flächen sollen an Baugemeinschaften vergeben werden. Das ist deutlich ehrgeiziger als zu Zeiten des CDU-Senats. Ich habe auch keine Zweifel, dass das in der Behörde angepackt und auch daran gearbeitet wird. Wir haben gerade im Haushaltsplan-Entwurf die Zahlen vorgelegt bekommen, dass das Fördervolumen für die Baugemeinschaften von 85 Wohneinheiten in 2008 auf 150 in 2009/2010 erhöht werden wird, also eine Verdoppelung gegenüber den Zeiten der CDU-Alleinregierung. Insofern

(Andy Grote)

kann man sich schon fragen, woher dieses Misstrauen kommt.

Nach Ihrem Antrag zu urteilen gehen Sie davon aus, dass keine ausreichende Zahl von Grundstücken für Baugemeinschaften zur Verfügung steht, dass das Auswahl- und Vergabeverfahren nicht ausreichend transparent ist und dass alles nicht schnell genug und zielgenau passiert. Dazu muss man sagen, dass dieses derzeitige Verfahren, betreut durch die Agentur für Baugemeinschaften und angesiedelt in der BSU, zu Ihren Zeiten eingeführt worden ist. Das haben Sie in Ihrer Verantwortung in der BSU eingerichtet und bis 2008 lag die Behörde in Ihren Händen. In den Koalitionsvertrag haben Sie dann noch einmal ausdrücklich hineingeschrieben, dass das Verfahren und die Arbeit der Agentur für Baugemeinschaften so beibehalten werden soll wie bisher; da war von Kritik noch keine Spur. Jetzt sehen Sie das anders, also so richtig sind die Intention und der Nutzen dieses Antrags nicht erkennbar. Ich habe jedenfalls keine Zweifel daran, dass die Behördenleitung der BSU dieses Thema mit noch mehr Engagement als die vorangegangene Behördenleitung betreut. Im Gegenteil, bei dem Ausmaß an Zuwendung, das beide Koalitionsparteien letztlich dem Thema zukommen lassen, und zwar soviel Zuwendung wie keinem anderen Thema der Wohnungspolitik, muss man sich schon fragen, ob sich Ihr wohnungspolitisches Blickfeld an der Stelle nicht sogar ein bisschen verengt hat, denn bei aller Wichtigkeit von Baugemeinschaften, die wirklich brennenden Themen in der Wohnungspolitik sind ja nun andere. Das Problem ist nicht, dass wir für Baugemeinschaften, wie Sie in Ihrem Antrag beklagen, zu wenig Flächen zur Verfügung stellen, das Problem ist, dass wir insgesamt in Hamburg für den Wohnungsbau zu wenig Flächen zur Verfügung stellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Hans-Detlef Roock CDU*: Wir reden heute aber über Baugemeinschaften!)

Das Thema Wohnungsbau ist aber größer und da geht es insbesondere auch darum, dass wir in Hamburg im Jahr 2007 gerade einmal 2900 Wohneinheiten in Wohngebäuden neu fertig gestellt haben und das ist ein historischer Tiefstand; das Thema müssen Sie dann auch einmal adressieren. Wir haben in 2008 vermutlich noch schlechtere Zahlen als in 2007. Wir müssen davon ausgehen, dass im Moment nicht einmal der Abriss von Wohnungen durch den Neubau ausgeglichen wird. Wir hatten per saldo in 2007 15 000 neue Bewohner in Hamburg, die nicht annähernd mit Wohnraum versorgt werden konnten, und alle Indikatoren weisen inzwischen auf deutliche Mietsteigerungen hin. 5000 bis 6000 Wohnungen fallen pro Jahr aus der Sozialbindung heraus, die öffentliche Wohnungsbauförderung für breite Bevölkerungsschichten findet seit Ihrer Regierungsübernahme in Hamburg nicht

mehr statt und SAGA-GWG haben den Wohnungsbau de facto eingestellt;

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Können Sie jetzt mal zum Thema sprechen!)

damit steuern wir de facto auf eine Wohnungskrise zu. Das sind die eigentlichen Probleme, da sind der Senat und die Koalitionsparteien gefordert und ich würde mir schon wünschen, dass wir zu diesem Thema von Ihnen einmal etwas hören, weil dazu haben wir bisher noch nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich also vertiefender mit Wohnungspolitik befassen wollen, und dazu besteht mancher Anlass, dann würden wir darum bitten, das auch im Hinblick auf die wirklich drängenden Fragen zu tun und dann gehen wir davon aus, dass Sie für Anträge wie diesen auch keine Zeit mehr haben werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich vorhin mit dem Kollegen Roock die Vorbesprechung gemacht habe, haben wir schon gesagt, dass Sie uns mit Quantität kommen werden. Es ist ganz klar, dass nicht zum Antrag geredet wurde, sondern über die Situation im Wohnungsbau.

(*Ingo Egloff SPD*: Dann seien Sie froh, dass wir Ihre Erwartungen nicht enttäuscht haben!)

Sie sagen, dazu haben Sie nichts gehört. Sie haben aber gehört, dass wir alle im zweiten Quartal die Wohnungsbauentwicklungsplanung von der BSU bekommen und dann darüber eine Debatte führen werden.

Ich habe übrigens in der letzten "Welt am Sonntag" die Zahlen für 2008 gelesen, wobei ich gar nicht weiß, woher die diese guten Informationen haben. Das waren, glaube ich, 4278 für 2008. Wenn das tatsächlich stimmt, ich habe diese Zahl nicht bestätigt bekommen, dann ist das gar nicht so furchtbar wenig.

(*Andy Grote SPD*: Das war für 2006!)

– Das war für 2008, soweit ich gelesen habe.

(*Andy Grote SPD*: Nein, das war für 2006!)

Wenn es tatsächlich so ist, dann sehen wir gar nicht so schlecht aus, wobei wir seit Jahren schon den Überhang haben, in den letzten Jahren ständig mehrere Hundert Wohneinheiten mehr genehmigt zu haben als tatsächlich gebaut worden sind. Möglicherweise wird der Berg abgetragen werden und wenn wir mit den Wohnungsbaugesellschaften

(Horst Becker)

sprechen, dann sagen die auch, wir wollen bauen, bauen, bauen. Aber es werden nicht einmal alle Grundstücke angenommen und die, die angeboten werden, möchte die Wohnungswirtschaft gerne auf dem Silbertablett präsentiert bekommen. Wenn es diesen Willen gibt, unbedingt bauen zu wollen, dann müsste sich doch auf der anderen Seite ein bisschen mehr Entgegenkommen abzeichnen oder aber man muss sich daran erinnern, dass die SA-GA ein relativ großer Akteur am Platz ist, über den man in dieser Hinsicht noch einmal nachdenken kann.

Aber das ist nicht das eigentliche Thema unseres Antrags, sondern es geht darum, dass sich diese Koalition darüber bewusst ist, dass Baugemeinschaften einen nicht unwichtigen Teil der Bautätigkeit in Hamburg ausmachen. Deswegen haben wir eine eigene Tranche von 20 Prozent bei der Vergabe städtischer Grundstücke für Baugemeinschaften festgelegt und wir haben ab diesem Jahr die Barwertförderung erhöht. Wir haben auch von den Akteuren gehört, die in der Branche tätig sind, dass man mit dieser Förderung sehr wohl recht gut bauen kann. Das heißt, wir haben hier recht gute Bedingungen geschaffen.

Auf diese Weise bekommen wir sozialen Zusammenhalt in unsere Quartiere, wir können über Förderungen bezahlbaren Wohnraum gerade für Familien schaffen und auch Menschen zu Eigentum verhelfen, die es möglicherweise alleine nicht schaffen können. Das sind alles wichtige Dinge und Impulse, die wir weiter fördern wollen.

Da ist auch die Anregung der Architektenkammer sehr gut und richtig, die uns darauf aufmerksam gemacht hat, dass es außer den klassischen Projekten noch weitere Leute gibt, die vielleicht andere Voraussetzungen erfüllen und die man in dieses Verfahren einspeisen sollte, um noch Möglichkeiten zu verändern und das ist der Grundgedanke dieses Antrags. Wir möchten die Behörde anregen, Kriterien zu entwickeln, wie man diese Leute ins Verfahren einbeziehen kann und dann auch transparent, punktgenau und zeitgerecht zu einem Ergebnis kommen kann.

Darüber hinaus geht es nicht nur um das Verfahren, sondern es geht letztlich auch darum, zur Verfügung stehende Grundstücke schneller baureif zu machen, weil es für viele Baugemeinschaften schwierig ist, wenn sich der Prozess über Jahre hinzieht. Viele Leute springen ab, nicht alle Gruppen schaffen den Sprung.

Deswegen ist gerade der dritte Punkt dieses Antrags wichtig, denn dort geht es darum, ob wir während der Zeit, in der eine Gruppe gesucht wird, die letztlich den Zuschlag bekommt, schon Grundstücke baureif machen können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt der Verfahrensbeschleunigung. Dazu bitten wir die Behörde, uns Anregungen und Vorschläge zu machen.

Als vierter Punkt steht hier: Der Bürgerschaft ist zu berichten.

(Andy Grote SPD: Wann denn?)

Wenn wir die Ergebnisse haben, dann können wir im Ausschuss darüber diskutieren und das werden wir dann auch tun.

Um auf die Sorge von Herrn Grote zu Beginn seiner Rede einzugehen: Es ist nicht so, dass die GAL in letzter Sekunde auf diesen Antrag aufgesprungen ist, sondern bei der Einreichung des Antrags sind Fehler passiert.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie sind vergessen worden!)

Die Punkte "der Bürgerschaft ist zu berichten"

(Andy Grote SPD: Wann denn?)

und auch die antragstellenden Fraktionen sind schlicht und einfach vergessen worden. Wir waren natürlich von Anfang an über diese Sache im Gespräch.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zurufe von der SPD: Ach so!)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht wundern, dass wir diesem Antrag mit dem Titel "Verbesserung der Förderung von Baugemeinschaften innerhalb der Hamburger Wohnungsbauförderung und der Grundstücksversorgung" zustimmen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Herr Roock und Herr Becker, wir haben schon neulich über das Problem diskutiert. Ich möchte die Bedeutung der Flächenversorgung überhaupt nicht gering schätzen. Wenn ich jetzt Ihren Antrag lese, dann habe ich den Eindruck, dass hier wiederum die Versorgung mit Fläche im Zentrum steht. Sie haben aber in der Überschrift selber gesagt, dass die Stärkung der Baugemeinschaften noch ein paar andere Aspekte umfassen müsse; das dürfte unter uns unstrittig sein.

Wir haben es mit der realen Situation zu tun – Herr Becker, die Zahlen sind immer strittig –, dass wir im Jahr 2007 zwar 725 von der WK geförderte Wohnungen hatten, darunter aber nur 41 Projekte Baugemeinschaften betrafen. Jemand, der ziemlich viel von der Sache versteht, sagte, für Baugemeinschaften im genossenschaftlichen Eigentum hätten sich die Umsetzungsmöglichkeiten erheblich verschlechtert, da die Förderung insgesamt abgesenkt wurde. Die überwiegende Zahl der Wohnprojekte der Baugemeinschaften wurde bis-

(Dr. Joachim Bischoff)

her von kleinen, jungen und nicht finanzstarken Genossenschaften realisiert und es ist zu befürchten, dass sich das künftig noch fortsetzt.

Ich will gar nicht behaupten, dass das ein gewichtigerer Aspekt ist als die Flächenpolitik. Ich möchte Ihnen nur mit auf den Weg geben, dass wir diesen Aspekt der Förderung der Baugemeinschaften breiter anlegen müssen. Herr Becker, Sie haben schon darauf hingewiesen und mit diesem Versprechen lebe ich noch bis ins zweite Quartal, dass wir eine Drucksache vom Senat bekommen, in der umfassend Bericht erstattet wird und die verschiedenen Aspekte der Wohnungsbaupolitik dargestellt werden. Wir werden anhand dieser Drucksache dann noch einmal darüber debattieren, was wir insgesamt besser machen können, denn schon nach einem kurzen polemischen Streit war Konsens, dass wir in Hamburg zu einer Verbesserung der Wohnungspolitik kommen müssen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident! Ich will noch kurz etwas auf die Rede des Kollegen Becker erwidern. Sie sind dankenswerterweise auf die allgemeine Wohnungspolitik eingegangen, zunächst auf das Thema Wohnungsbauentwicklungsplan. Der ist angekündigt worden, das ist richtig, der ist uns in den Haushaltsberatungen zum ersten Quartal dieses Jahres angekündigt worden. Jetzt kündigen Sie ihn für das zweite Quartal an, der Sprecher der BSU kündigt ihn in der Zeitung bis Ende dieses Jahres an. Insofern würde ich gerne einmal wissen, wann dieser Plan kommt, denn bis Ende des Jahres haben wir keine Zeit mehr.

Zweitens sagen Sie, es seien Grundstücke angeboten worden und die Wohnungsunternehmen hätten gar nicht gebaut. Es sind zum Teil außerordentlich ungeeignete Grundstücke angeboten worden, die schon seit Jahren auf dem Markt waren und die die Stadt nicht anders loswerden konnte und die sie dann in die Wohnungsbauoffensive gegeben hat. Geeignete gute Baugrundstücke in ausreichender Zahl, die es durchaus unter den städtischen Grundstücken gibt, sind nicht zur Verfügung gestellt worden und werden auch weiterhin nicht zur Verfügung gestellt; darum müssen Sie sich kümmern.

Dann sagen Sie, man müsse einmal darüber nachdenken, ob die SAGA das nicht mehr machen könne. Denken Sie nicht solange nach, da kann man auch direkt handeln, denn Ihre Senatorin ist doch Aufsichtsratsvorsitzende. Sie müssen einmal die Dinge in die Hand nehmen und dann kann die SAGA auch ganz schnell etwas machen. Allein auf eigenen SAGA-GWG-Grundstücken könnte man re-

lativ zügig eine beachtliche Zahl von Wohnungen schaffen; das muss man nur einmal anstoßen.

Sie sagen, die Förderzahlen und der Förderbarwert hätten sich erhöht. Für die Baugemeinschaften mag das stimmen, da hat es aber eine Umschichtung innerhalb des Programms gegeben. Der Förderbarwert in der Wohnungsbauförderung insgesamt bleibt genau gleich. Obwohl dies seit Jahren defizitär ist, ändern Sie gerade daran nichts, sondern schreiben im Koalitionsvertrag fest, dass das erfolglose Programm der CDU-Alleinregierung fortgesetzt werde und der Förderbarwert nicht angehoben werde. Insofern bin ich gespannt, ob Sie noch in der Lage sind, über Ihren Koalitionsvertrag hinauszuwachsen.

Ein anderer Punkt. Wenn Sie zu den Baugemeinschaften sagen, es sei ganz wichtig, auch Gruppen mit einzuschließen, die sich das vielleicht sonst nicht leisten können, dann ist das alles richtig. Aber wir dürfen auch nicht so tun, als ob das insbesondere ein Programm zur Unterstützung von gering verdienenden und sozial schwachen Haushalten sei. Für die ist der Mietwohnungsbau mit bezahlbaren und ausreichenden Mietwohnungen das Entscheidende. Baugemeinschaften sind auch wichtig, aber wir brauchen auch Mietwohnungsbau mit bezahlbaren Wohnungen in großer Zahl in Hamburg und das müssen Sie auf die Beine stellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zum Verlauf der Debatte einen Punkt betonen, weil es sonst vielleicht Missverständnisse gibt. Es ist richtig, dass die gesamte Breite der Wohnungspolitik eine große Herausforderung ist und wir auch gewisse Probleme aufgreifen müssen. Das ist in der Debatte von allen Fraktionen durchaus zugestanden worden.

Herr Grote, weil es eine Irritation darüber gab, wie das mit der Zusage aus meiner Behörde sei, wann wir einen Wohnungsbauentwicklungsplan vorlegen wollten, möchte ich das für Sie deutlich machen. Wir beabsichtigen, die Drucksache bis Ende des ersten Quartals bei uns im Hause zu erstellen, sodass wir dann wahrscheinlich die Bürgerschaft im zweiten Quartal erreichen werden. Das andere, was in der Öffentlichkeit berichtet wurde, war ein Missverständnis.

Da das Thema wichtig ist und mir auch wichtig ist, das gemeinsam in der gesamten Bandbreite zu diskutieren, wollte ich Ihnen das an dieser Stelle zur Kenntnis geben, jetzt aber nicht weiter auf das wichtige Thema Baugemeinschaften eingehen. Da

(Senatorin Anja Hajduk)

werden wir uns natürlich entsprechend dem Ersuchen verhalten. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer den gemeinsamen Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/1907 (Neufassung) annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Ich rufe Punkt 36 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/1902, Antrag der SPD-Fraktion: Kinderlärm gehört dazu: Kitas und Kita-Ausbau für Eltern und Kinder sichern, Baunutzungsverordnung ändern.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kinderlärm gehört dazu: Kitas und Kita-Ausbau
für Eltern und Kinder sichern – Baunutzungsverordnung (BauNVO) ändern
– Drs 19/1902 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/2024 ein gemeinsamer Antrag von der CDU- und GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Kindertageseinrichtungen in reinen Wohngebieten ermöglichen!
– Drs 19/2024 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Das Wort hat Frau Veit.

Carola Veit SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass wir uns hier jahrelang immer wieder mit den gleichen Problemen zu beschäftigen haben, liegt nicht daran, dass uns nichts Besseres einfiele, sondern es liegt in vielen Fällen einzig und allein daran, dass dieser Senat nichts dafür tut, die Probleme zu lösen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Zusammenhang Kinder und Lärm hat uns an dieser Stelle vor gut drei Jahren zum ersten Mal beschäftigt, als die Kita "Marienkäfer" aus ihren Räumen vertrieben wurde. Sie von der CDU durften damals noch allein regieren und haben entgegen der Kritik aller Fachleute – einer sitzt jetzt bei Ihnen sogar auf der Senatsbank – versucht, das Problem für die Zukunft dadurch zu lösen, dass Sie einen neuen Paragraphen im Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz beschlossen haben. Der erwies sich dann wenig später als völlig wirkungslos, als es nämlich um einen neuen

Standort für die Kita "Marienkäfer" ging. Um diese Peinlichkeit damals zu vertuschen, hat der Senat eine neue Peinlichkeit hinzugefügt, indem er am neuen Standort eine Lärmschutzwand vor der Kita finanzierte. Ein Kollege hier im Haus fasste den Vorgang damals in einem treffenden Satz zusammen. Er sagte: Sie bekommen es nicht einmal hin, eine stinknormale Kita in einem stinknormalen Wohngebiet zu planen. Wir haben in den vergangenen Monaten gesehen, dass dieser legendäre Satz von Staatsrat Christian Maaß auch heute noch gilt.

Nun hat der Staatsrat neben dem damals wie heute zuständigen Herrn Wersich die Aufgabe, das Problem zu lösen und da sieht es leider auch nicht besser aus als vor drei Jahren. Alle westdeutschen Kommunen haben einen Nachholbedarf in Bezug auf Kindertageseinrichtungen und arbeiten daran, ihn abzuarbeiten. Sie haben in Hamburg eine vergleichsweise gute Versorgung vorgefunden und haben mit Hilfe von Hamburgs Eltern, uns und der GAL das beschlossene Kinderbetreuungsgesetz weiter ausgebaut. Ein nicht unerheblicher Teil des Geldes, das Hamburgs Steuerzahler uns anvertrauen, wird mit unser aller Zustimmung für Hamburgs Kinder verwendet und das ist gut so.

Inzwischen stößt dieser Kita-Ausbau aber überall an Grenzen. Bestehende Einrichtungen sind voll, die Phase der inneren Verdichtung ist vorbei und für Neubauten gibt es teilweise nur schwer Platz, jedenfalls nicht da, wo die Kinder leben und die Plätze gebraucht werden. Über die Kita "Marienkäfer" habe ich schon gesprochen. Sie alle kennen den seit einem halben Jahr ungelösten Fall in Othmarschen in der Reventlowstraße und es gibt inzwischen weitere. Dabei brauchen wir in den nächsten vier Jahren mindestens 5000 neue Kita-Plätze allein im Krippenbereich.

Nun hat bei Ihnen nicht etwa hektische Betriebsamkeit eingesetzt. Als im September die Schließung der Kita Reventlowstraße bekannt wurde, erschien auf dem Elternabend in der Kita der Vertreter des zuständigen Abteilungsleiters der Behörde und erklärte den verunsicherten 40 Elternpaaren, die Behörde könne da nichts machen. In ganz Othmarschen gebe es noch zwei freie Plätze bei Tagesmüttern, ansonsten hätte man einen Vertrag mit dem Kindergarten und nicht mit der Behörde. Das ist zwar formal richtig, Herr Senator, weil hier nun mal das Subsidiaritätsprinzip greift und freie Träger die Kitas betreiben. Das ändert aber nichts daran, dass Sie eine sozialplanerische Verpflichtung haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es Ihnen noch einmal ausführlich: Gemäß Paragraph 6 Kinderbetreuungsgesetz hat der Senat zu gewährleisten, dass freie Plätze in Tageseinrichtungen in zumutbarer Entfernung zur Wohnung des Kindes vorhanden sind. Stattdessen werden

(Carola Veit)

die Kinder aus Othmarschen seit Monaten in anderen Stadtteilen Altonas auf Kindergärten desselben Trägers verteilt. Es gibt die behördliche Erlaubnis zur Überbelegung der anderen Kitas und jeden Morgen und jeden Nachmittag fahren drei Shuttlebusse von Othmarschen nach Altona-Altstadt. Das ist schon eine gewisse Diskrepanz zwischen Rechtsanspruch und dem Tun des schwarz-grünen Senats.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem im Oktober 2008 das Oberverwaltungsgericht die Entscheidung des Verwaltungsgerichts bestätigte und die Zulässigkeit einer Kita im geschützten Wohngebiet grundsätzlich infrage gestellt hat, hat der zuständige Bezirksamtsleiter verkündet, man wolle schnell einen neuen Bebauungsplan in dem betroffenen Gebiet machen – so weit, so gut. Diesen Vorschlag der Verwaltung hat die schwarz-grüne Koalition in Altona aber inzwischen abgelehnt. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen hat bekanntgegeben, dass es locker bis April dauern könne, bis man überhaupt einen Aufstellungsbeschluss für einen neuen Bebauungsplan fassen würde; schon wieder eine gewisse Diskrepanz zwischen Wollen und Tun.

(Beifall bei der SPD)

All dies spielt sich auf dem Rücken zahlreicher Betroffener ab, der Kinder und der Eltern. Wenn es keine wohnortnahe Kita gibt, dann müssen über Jahre täglich weite Wege in Kauf genommen werden. Das ist Stress, das ist zusätzliches und unnötiges Verkehrsaufkommen, das kostet Nerven und das ist im Grunde eine völlig sinnlose Verschwendung von Lebenszeit.

(Beifall bei der SPD)

Die zweiten Betroffenen sind die eben schon genannten Nachbarn. Es ist nicht wirklich ein Vergnügen, in Presse, Funk und Fernsehen als verachtenswerter Kinderfeind dargestellt zu werden, nur weil man sein Lebensumfeld verteidigt. Ebenfalls betroffen sind natürlich die Träger. Wir brauchen sie dringend, weil sie für die Gemeinschaft eine äußerst wichtige Aufgabe übernehmen und der Senat lässt sie in dieser existentiellen Frage weitgehend allein, denn wer soll die 5000 Krippenplätze bauen, die Hamburg in den nächsten Jahren einrichten will, wenn Sie es nicht schaffen, die planerischen Voraussetzungen zu schaffen und den Trägern ein Mindestmaß an Sicherheit zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Aber Planen und Kita sind offenbar zwei Begriffe, die bei Ihnen in einem Satz nicht so recht zusammenpassen. Sie wissen bis heute nicht einmal, wo in dieser Stadt Kitas gebraucht werden. Vor einem Jahr hatten Sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage immerhin zugegeben, Ihnen seien Nachfrageüberhänge in Altona, Eimsbüttel und der Innen-

stadt bekannt. Nachfrageüberhänge bedeutet, dass der Senat irgendwie gemerkt hat, dass Kita-Plätze fehlen. Gezielt haben Sie dagegen seitdem nichts getan. Es gibt nach wie vor keine Bedarfsplanung und in Wirklichkeit tun Sie auch weiterhin so, als hätten Sie nichts gemerkt und als gäbe es keine Probleme mit dem Baurecht.

Aber etwas bemerken und Sozialbehörde ist so ein Begriffspaar, das manchmal schlecht zusammenpasst.

(Beifall bei der SPD)

Fast ein halbes Jahr, nachdem die Kita in der Reventlowstraße wieder geschlossen werden musste, nachdem ein halbes Jahr lang täglich 40 Kinder von Othmarschen nach Altona-Altstadt und zurück verbracht werden mussten, teilte der Senat auf meine Kleine Anfrage letzte Woche mit, der zuständigen Behörde lägen derzeit keine Kenntnisse über Eltern vor, die ihre bewilligten Kita-Gutscheine in Othmarschen nicht einlösen könnten. Herzlichen Glückwunsch, Herr Senator. Eine große Hamburger Tageszeitung sucht derzeit Sponsoren für Zeitungsabos für Schulen. Herr Senator, vielleicht reden Sie einmal mit dem Chefredakteur, ob nicht auch ein paar Abos für Behördenmitarbeiter drin sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Zwischen Kitas und ihren Nachbarn bestehen Interessenkonflikte und die müssen gelöst werden. Die Gerichte lösen sie auf Grundlage der bestehenden Gesetze und die sind zurzeit eher für die Nachbarn und gegen die Kinder. Wir haben Verständnis für die Nachbarn – das haben wir hier alle mehrfach gesagt –, halten aber die Gemeinschaftsaufgabe Kinderbetreuung für wichtiger und deshalb wollen wir die Gesetze ändern. Ich hatte bisher geglaubt, darin seien wir uns einig. Wenn ich allerdings höre, dass die Freie und Hansestadt Hamburg in dem Rechtsstreit in Othmarschen mitgeteilt hat, sie wäre bereit, auch hier für die Errichtung einer Lärmschutzwand die erforderliche Abweichung zu genehmigen, dann bin ich mir da nicht mehr so sicher.

Meine Damen und Herren! Mitte September hatten Sie mit Ihrer schwarz-grünen Mehrheit – übrigens ebenfalls als Zusatzantrag zu unserem Antrag – beschlossen:

"... der Senat wird ersucht, eine Auswertung der jetzigen Rechtslage unter Einbeziehung der in Hamburg erfolgten Urteile vorzulegen."

Eigentlich nicht so schwer, aber vier Monate lang hat Ihr Senat das nicht geschafft. Weiter hieß es in dem Antrag: Der Senat wird ersucht,

"Vorschläge zu verbesserten Regelungen zu erarbeiten, die ein Privilegieren von Kinderlärm gegenüber Gewerbelärm beinhalten

(Carola Veit)

und damit größere Sicherheit für die Planung und den Betrieb von Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen."

Auch dazu ist der Senat offenbar bisher noch nicht gekommen.

Irgendwie scheinen Sie Ihrem eigenen Senat auch nicht mehr so richtig zu trauen, denn Sie fordern mit Ihrem heutigen Zusatzantrag im Prinzip das Gleiche noch einmal. Sie kennen Ihre eigenen Leute besser, aber meinen Sie wirklich, das bringt noch etwas. Dafür, dass Sie ein halbes Jahr lang Zeit hatten und zwei Behörden hinter sich, ist das mehr als dürrtig.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden wir dem auch nicht zustimmen.

Wir legen einen sehr konkreten Antrag vor, der Kitas in reinen Wohngebieten und in besonders geschützten Wohngebieten besserstellen soll. Eine Änderung in der Baunutzungsverordnung kann klarstellen, dass Kitas dort nicht nur ausnahmsweise, sondern regelhaft erlaubt sind. Über die jeweilige Größe wird man sich, wie bisher übrigens auch, im Rahmen des Rücksichtnahmegebots dann unterhalten. Klar ist, dass das nur für die Zukunft greifen kann, also für neue Überplanungen, aber das wäre schon einmal etwas. Vor allem aber würde eine Änderung dort helfen, wo wir noch unsere uralten Hamburger Baustufenpläne haben, denn für die dort zulässigen Nutzungsarten wird die Baunutzungsverordnung in ihrer jeweils geltenden Fassung herangezogen. Eine Änderung würde also quasi sofort wirken. Das Oberverwaltungsgericht hat dies in seinem Beschluss vom Oktober übrigens noch einmal ausdrücklich bestätigt; das kann jeder nachlesen, Herr Roock. Das ist gewissermaßen der Trick bei der Sache.

Meine Damen und Herren! Für die alten Pläne gilt jeweils die neueste Fassung der Baunutzungsverordnung und die zu ändern würde eine Menge Rechtssicherheit gerade für die Bereiche schaffen, in denen inzwischen wieder mehr Kinder wohnen, aufgrund der alten Baustufenpläne und der jetzt geltenden Baunutzungsverordnung aber keine Kitas zulässig sind. Es wäre schön, wenn Sie sich mit uns gemeinsam in Berlin dafür einsetzen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Veit, Sie waren mal wieder so, wie wir Sie kennen. Sie haben viele Probleme angesprochen, aber Sie haben für diese vielen Probleme keine konkreten Lösungen auf den Tisch gelegt.

(Zurufe von der SPD)

Wir wenden uns hier einer rechtlich sehr schwierigen und komplizierten Materie zu. Über das Ziel, Kinderlärm zu privilegieren, sind wir uns in diesem Hause einig. Wir sind uns auch darüber einig, alles erdenklich Mögliche für die Kinder in unserer Stadt zu tun, denn sie sind unsere Zukunft.

Allerdings ist die Diskussion um die Benachteiligung von Kindern immer sehr emotional besetzt und da nehme ich mich persönlich auch gar nicht aus. Deshalb sollten wir an sachorientierten Lösungen arbeiten. Dieses Thema eignet sich wirklich nicht für politischen Klamauk.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es schade, Frau Veit, dass wir uns im Vorfeld nicht auf einen Interfraktionellen Antrag haben einigen können, ich hatte Sie zwischendurch auch angesprochen. Wir haben mit dem vorliegenden Alternativantrag einen breiteren Ansatz und nicht nur eine Änderung der Baunutzungsverordnung gewählt. Dabei will ich aber noch einmal deutlich hervorheben, Frau Veit, dass eine mögliche Änderung der Baunutzungsverordnung in unserem Ansatz auch enthalten ist. Wir haben in meiner Fraktion schon im letzten Jahr die Änderung der entsprechenden Paragraphen der Baunutzungsverordnung beschlossen, das, was Sie heute vorlegen. Aber wir haben danach diesen Antrag nochmals einer sehr intensiven rechtlichen und politischen Bewertung unterzogen und ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die aufgetauchten Probleme hinweisen. Die Bewertung hat ergeben, dass eine Änderung der Baunutzungsverordnung nur Auswirkungen auf die zukünftigen Bebauungspläne hat; das haben Sie eben auch angesprochen, Frau Veit. Die bereits in Hamburg vorhandenen 970 Bebauungspläne, davon circa 780, die vor 1991 festgestellt worden sind und in denen reine Wohngebiete ausgewiesen wurden, würden davon nicht berührt werden. Und auch, da gibt es wahrscheinlich eine unterschiedliche rechtliche Auffassung, die 17 Baustufenpläne mit besonders geschützter Wohngebietsausweisung wären nicht direkt betroffen.

(Carola Veit SPD: Aber natürlich, Herr Roock!)

Es gibt wahrscheinlich unterschiedliche rechtliche Auffassungen, deswegen habe ich vorhin gesagt, wir bewegen uns in einer rechtlich sehr komplizierten Materie.

(Carola Veit SPD: Da gibt es eine einheitliche Rechtsprechung!)

Liebe Frau Veit, insofern würde dieser alleinige Ansatz uns in der Zielrichtung nicht viel weiter bringen und – wie haben Sie es vorhin genannt – es könnte eine Peinlichkeit werden. Politisch könnte uns das als reiner Showeffekt vorgeworfen werden, zu-

(Hans-Detlef Roock)

mal wir nicht wissen, ob wir überhaupt eine Einigung mit allen Bundesländern im Bundesrat hinbekommen würden. Nur deshalb haben wir in Punkt 2 des Antrags einen breiteren Ansatz auf Bundesebene gewählt.

Auch Punkt 1 des Antrags halte ich im Hinblick auf ein hamburgisches Lärmschutzgesetz nicht für ganz unproblematisch. Ich kann heute noch nicht abschließend beurteilen, ob wir damit nicht schlafende Hunde wecken und eine Klageflut hervorrufen werden. Deshalb ist eine Evaluierung nach vier Jahren dringend geboten.

(Carola Veit SPD: Dann gehen die Krippenkinder zur Schule!)

Den Ansatz von Textplanänderungen in Punkt 3 des Antrags für Bebauungspläne nach altem Recht halte ich schon für zielführender, zumal die Bezirke schon heute die Möglichkeit haben, dieses in eigener Zuständigkeit abzuwickeln. Sie sehen also, die Sache ist doch sehr vertrackt und kompliziert.

(Andy Grote SPD: Besser die Finger davon lassen!)

– Herr Grote, das haben Sie gesagt, das können Sie machen, wir machen es nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir sollten im Interesse der Kinder, der Eltern und auch Großeltern – bei diesem Thema ist oftmals die gesamte Familie betroffen – alles versuchen, tragfähige Lösungen zu erarbeiten. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Kollegin Veit, ich schätze Sie sehr als Kollegin, aber mir ist in dieser Rede erneut klar geworden, warum Sie einem Interfraktionellen Antrag nicht zustimmen konnten. Sie betreiben immer wieder diese Hetze und üben immer wieder Kritik, immer wieder diese Kita-Schelte.

(Beifall bei Robert Heinemann CDU)

Das wäre aus Ihrer Wahrnehmung heraus wahrscheinlich nachteilig und deswegen kam diese interfraktionelle Einigung nicht zustande,

(Ekkehart Wersich CDU: So sieht's aus!)

denn inhaltliche Gründe kann es hierfür nicht geben. Herr Roock führte ganz richtig aus, dass unser Antrag sehr viel weitergehend ist, Ihren Punkt mit beinhaltet und darüber hinaus noch weitere Punkte hat, sodass es inhaltlich keine Gründe gibt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Noch einen weiteren Aspekt. Sie haben gesagt, der Kita-Ausbau stagniere in Hamburg und es gehe überhaupt nicht voran. Dazu vielleicht noch die Zahlen, denn ich weiß nicht, ob wir sie hier schon einmal genannt haben. Bis Ende letzten Jahres sind 60 neue Einrichtungen entstanden und 80 Kitas erweitert worden. Da kann man nun wirklich nicht von Stagnation sprechen,

(Dirk Kienscherf SPD: Das hat sie doch nicht gesagt!)

so hat Frau Veit das eben ausgedrückt, sondern von Weiterentwicklung.

(Dirk Kienscherf SPD: Nein, in den innerstädtischen Quartieren sind die Probleme!)

– Herr Kienscherf, Sie sind doch gar kein Kita-Politiker. Sie können trotzdem dazwischen rufen, ich weiß, dass Sie zu allem etwas zu sagen haben. Trotzdem kommen wir jetzt zu Ihrem Antrag zurück.

Der Antrag der SPD ist nach meiner Wahrnehmung – Frau Veit hat erstaunlich wenig über ihren eigenen Antrag gesagt – mehr eine Scheinlösung. Er ist eine Beruhigungsspielle für die Kitas, für die Kita-Träger und für die Öffentlichkeit und er verspricht Lösungen, die nicht real sind und deren Verwirklichung auch in den Sternen steht.

(Jörn Frommann CDU: Richtig!)

Ich möchte dafür die Gründe nennen. Es gibt neben den Gründen, die Herr Roock eben genannt hat, auch formale Gründe. Wir sind in einem Wahljahr, der Bundestag formiert sich neu. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass man da noch irgendetwas im Bundesrat hinbekommt. Dann ist die Wahl gewesen

(Jörn Frommann CDU: Dann gibt's keine Sozis mehr!)

und hinterher wird es auch nicht gleich eine neue Bundesratssitzung geben. Und ein ganz besonderer Grund ist, dass die anderen Bundesländer diese Probleme, wie Hamburg sie hat, nicht haben. Es gibt immer vereinzelt Fälle – in Berlin und Bremen gab es die –, aber die Flächenländer haben diese Probleme so nicht. Ich wage ganz stark zu bezweifeln, dass eine Bundesratsinitiative durchkommen würde. Allein das sind schon formale Gründe, dass diese Verwirklichung einer Initiative in den Sternen steht.

Aber wir können das einmal so durchspielen, als ob die Initiative durchgekommen wäre. Dann passiert nämlich genau das, was Herr Roock schon erklärt hat. Diese Initiative löst unsere Probleme nicht, denn wir haben 970 bestehende Bebauungspläne, die davon gar nicht betroffen wären. Und nach unseren rechtlichen Informationen ist es in der Tat so, dass auch die 17 Baustufenpläne da-

(Christiane Blömeke)

von nicht berührt werden. Das heißt, das betreffe nur die zukünftigen Bebauungspläne und das löst unsere Probleme nicht. Herr Dressel und ich sind neulich in Volksdorf angesprochen worden, wo eine Kita hin wollte und Probleme hat, da es einen bestehenden Bebauungsplan gibt. Wir werden damit alleine auf jeden Fall keinen Blumentopf gewinnen.

Wenn schon Aktivitäten auf Bundesebene, dann müssen wir das Ganze erweitern. Das haben wir in unserem Antrag getan. Wir wollen vor allem die Fachministerkonferenzen dazu holen, die Bundesminister, und wir wollen die anderen Punkte erreichen, die Sie dort ebenfalls finden. Die Bundesebene ist jedoch nur eine Seite. Wir müssen uns immer wieder bewusst machen, dass die allgemeine Zulässigkeit einer Kita auch mit der jetzt gültigen Baunutzungsverordnung erzielt werden kann. Dazu müssen die in Hamburg vorhandenen Bebauungspläne geändert und umgewandelt werden. Das waren die Textpläne, von denen Herr Roock gesprochen hat. Man kann dafür sorgen, dass Kitas als soziale Einrichtungen in Wohngebieten für zulässig erklärt werden. Aber auch hier ist das Geschehen sehr viel komplexer, als es manchem SPD-Abgeordneten vielleicht gefällt. Genau das ist der Grund, weswegen wir nicht mit Schnellschüssen arbeiten, wie es leider nach wie vor die SPD tut. Reine Wohngebiete und besonders geschützte Wohngebiete gibt es nicht umsonst. Da müssen wir uns Gedanken machen, warum sie diese Ausweisung einmal erhalten haben. Das heißt, wir müssen uns auch über die Größe einer Kita in solch einem Wohngebiet Gedanken machen. Es wäre nicht unbedingt förderlich, eine große Vereinigungskita mit 150 Plätzen in ein besonders geschütztes Wohngebiet zu setzen, selbst wenn wir dies politisch alles so umwandeln würden. Wir müssen uns auch immer klar machen, dass jeder Nachbar auch bei einem gültigen Bebauungsplan eine Klage gegen eine neu eingerichtete Kita einreichen könnte. Wir schaffen unnötiges Konfliktpotenzial, wenn wir Kitas mit einer hohen Kinderzahl zulassen würden. Gegenseitige Rücksichtnahme ist gefragt.

(Dr. Monika Schaal SPD: Ach nee!)

Ach ja! Das ist genau das, was wir immer gesagt haben. Die Maßnahmen sollen doch dazu beitragen, dass die Konflikte um die Kitas entschärft werden, wenn sie entstehen, und nicht Ausgangspunkt für neue Konflikte sind.

(Dr. Monika Schaal SPD: Bisher haben Sie das immer abgestritten!)

Deswegen müssen wir einen hamburgweiten Ansatz verfolgen. Den genau haben wir in Punkt drei unseres Antrages, in dem Ersuchen an den Senat, zu prüfen und uns Möglichkeiten vorzustellen, wie wir diesbezüglich aktiv werden könnten.

Ich möchte nun auf die sogenannte Problemsituation zurückkommen, die immer wieder genannt wird. Es gab bisher in Hamburg zwei prägnante Einzelfälle, diese hat Frau Veit genannt, die Kitas "Marienkäfer" und Reventlowstraße. Diese beiden Einzelfälle muss man den 60 neuen Kitas gegenüberstellen, die neu gebaut worden sind, und den 80 Erweiterungen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL)

Das heißt, es ist nicht Panik angesagt, sondern Ruhe und Sachlichkeit gefragt. Frau Veit, Sie sagten, in der Behörde passiere ja nichts – es wird gearbeitet und es braucht so lange, wie es braucht, denn es bringt uns überhaupt nicht weiter, wieder etwas Halbgares an die Öffentlichkeit zu bringen, was juristisch womöglich anfechtbar ist und womit wir uns wieder in eine lange Prozessreihe brächten. Darum kann die SPD-Fraktion auf die Tube drücken, wie sie will – auf diese Art des Druckes und auf diese Schnellschüsse werden wir uns nicht einlassen.

(Beifall bei der GAL und der CDU- Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja auch kein eiliges Problem, Frau Blömeke!)

Sie sehen bei der Gegenüberstellung, dass uns das Problem ernst ist. Der Zwischenruf von Herrn Grote, dann brauche man ja gar nichts machen, war absolut unsachlich. Wir handeln, indem wir diesen Antrag mit dem breiter gefassten Zusatz stellen. Mich wundert, dass Frau Veit nun sagt, das hätten wir alles schon einmal beschlossen. Frau Veit, wenn Sie in unseren alten Antrag schauen, sehen Sie, dass dort das Lärmschutzgesetz noch nicht erwähnt worden ist,

(Carola Veit SPD: Das ist doch eh nicht zutreffend!)

dass da eine Vorlage gefordert wurde, eine Auswertung der Rechtslage unter Einbeziehung der in Hamburg gültigen Urteile. Das konnte noch gar nicht vorgelegt werden, weil die Gerichte immer noch streiten. Dieser Punkt konnte also noch nicht erledigt werden. Es gibt zudem, seit wir diesen letzten Antrag gestellt haben, eine Weiterentwicklung, die dazu geführt hat, dass wir einen spezifizierteren Antrag gestellt haben, der auch detailliert auf die baurechtlichen Grundlagen eingeht. Wir brauchen also eine Kombination aus Landes- und Bundesebene, um Sicherheit für die Planung und den Betrieb von Kitas zu erreichen. Deswegen haben wir den breiter gefassten Antrag gestellt. Aus diesem Grunde bedauere ich es, dass sich die SPD hier einer Mitarbeit verweigert. Es bleibt bei mir der Eindruck haften, dass Sie sich hier vorn hinstellen und über den Senat herziehen möchten, speziell über Senator Wersich, was mich zwar nicht erstaunt,

(Heiterkeit bei der SPD)

(Christiane Blömeke)

aber doch ein bisschen wundert. Ich möchte nicht meine eigene Senatorin ins Spiel bringen, aber die baurechtlichen Sachen liegen eigentlich alle bei der BSU, sodass man die Kritik gleichmäßig verteilen sollte.

(Ingo Egloff SPD: Gut, dass Sie darauf hinweisen!)

Ganz wichtig ist es, hieran gemeinschaftlich zu arbeiten und nicht immer das Signal "wir streiten uns" nach außen zu senden. Warum wir den Antrag heute nicht überweisen, will ich Ihnen begründen. Der Grund ist, dass wir als Punkt vier in unserem Antrag einen Bericht des Senats an die Bürgerschaft haben. Da brauchen wir die Überweisung nicht. Wir möchten handeln. Wir möchten unseren Antrag – Sie wollen ja leider nicht mit darauf – hier heute beschließen. Darüber brauchen wir nicht wieder im Fachausschuss stundenlang zu reden. Hier muss gehandelt werden, das tun wir und die Berichterstattung erfolgt dann hier in der Bürgerschaft.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst sage ich: Kinderlärm hin oder her – das wird seit acht Monaten, seit ich in der Bürgerschaft bin, ständig diskutiert. Es ist eine Tatsache, dass Kindertagesstätten aufgrund der Gesetzgebung nicht weiter existieren können. Es ist notwendig, dass die Bundesbaunutzungsverordnung im Rahmen einer Bundesratsinitiative geändert wird, denn nur so können wir zu einer grundlegenden Lösung der Streitigkeiten um die Genehmigung von Kindertageseinrichtungen in Wohngebieten kommen. Daher werden wir den Antrag der SPD unterstützen.

Trotzdem wollen wir auf einen weiteren Punkt aufmerksam machen, in dem ich persönlich Herrn Rook Recht gebe: Auch wenn wir diese Bundesratsinitiative starten und diese Baunutzungsverordnung geändert wird, werden die alten B-Pläne weiterhin immer wieder rechtlich ein Problem sein. Insofern sind wir der Auffassung, dass diese Bundesratsinitiative richtig und sinnvoll ist, sie aber nicht ausreichen wird. Wenn dies verwirklicht würde, müssten wir uns auf Landesebene auch überlegen, wie wir mit den alten Plänen umgehen, wie wir die Gesetzgebung soweit ändern, dass diese B-Pläne nicht so umgesetzt werden, dass den Kindertageseinrichtungen erlaubt wird, dass sie dort

...

(Hans-Detlef Rook CDU: Das ist Bestandteil des Antrages! – Gegenruf von Christiane Schneider DIE LINKE: Mehmet, weiter!)

Ich rede über den SPD-Antrag. Letztendlich sind wir für den SPD-Antrag und werden ihn unterstützen. Beim CDU-Antrag sind einige Punkte richtig. Ich bestreite das nicht. Das Problem ist – ich erlebe dies auch bei anderen Anträgen –, dass, wenn man einen Antrag gestellt hat, die CDU und die GAL einen Gegenantrag stellen, damit der Ursprungsantrag abgelehnt werden kann. Ich habe auch erwähnt, dass diese Bundesratsinitiative, sollte sie verwirklicht werden, nicht ausreichend wäre. Wir sind jedoch dagegen, dass man Anträge stellt, damit Anträge über Änderungen in den Bundesgesetzen abgelehnt werden. Wir werden dem CDU-Antrag nicht zustimmen. – Danke schön.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Dann gebe ich Frau Veit noch einmal das Wort.

Carola Veit SPD:* Das ist nett, Herr Präsident. Ich mache es auch kurz.

(Beifall bei Jörg Hamann CDU)

Eins kann man Ihnen wirklich nicht vorwerfen, Herr Rook: dass Sie sich irgendwie schlau gemacht hätten. Ich würde wirklich gern wissen, wer das alles bei Ihnen rechtlich geprüft hat, dass jeweils nicht die neueste Fassung der Baunutzungsverordnung auf die alten Baustufenpläne angewandt wird. Was Sie erzählt haben, ist wirklich einfach Quatsch.

(Beifall bei der SPD – Hans-Detlef Rook CDU: Da saßen hervorragende Juristen dran!)

Im Übrigen hat Frau Blömeke gerade gesagt, unser Punkt sei jetzt in Ihrem Antrag mit enthalten. Herr Rook hat erklärt, warum er unseren Punkt gerade nicht haben wolle. Ist er nun darin oder nicht? Sie sollten klären, was Sie an dieser Stelle mit der Baunutzungsverordnung eigentlich meinen beantragen zu wollen. Das wäre hilfreich. Ich nenne Ihnen gern die Gründe für unsere Ablehnung Ihres Antrages: Abgesehen von den ganzen Grammatikfehlern, die darin enthalten waren, ...

(Zurufe von der CDU: Hey, hey!)

Ja, das ist wirklich wahr. Das sind lauter falsche Tempora. Es beginnt mit der Überschrift: "Kindertageseinrichtungen in reinen Wohngebieten ermöglichen". Was ist denn da mit den Baustufenplänen? Darauf gehen Sie gar nicht ein. Sie gehen nur auf die reinen Wohngebiete ein. Das geht uns nicht weit genug. Dann haben Sie Ihre alte Drucksache nicht abgearbeitet und kommen mit einer neuen, die in wesentlichen Teilen das Gleiche ist. In Ihrem Petition gibt es kein einziges Datum. Das einzige Datum, das wir sehen, ist eine Evaluation

(Carola Veit)

nach vier Jahren. Da sind die Kinder längst an ihren Primarschulen gelandet.

(Michael Neumann SPD: Hoffen wir es nicht!
– Ingo Egloff SPD: Das werden wir zu ändern wissen! – Jens Kerstan GAL: Das ist doch gut!)

Wenn man einen Interfraktionellen Antrag will, kann man das nicht unter drei Fraktionen stattfinden lassen. Wir haben vier Fraktionen. Die Tatsache, dass Sie die Fraktion DIE LINKE nicht einmal gefragt haben, schließt einen Interfraktionellen Antrag in solch einem Thema für uns aus. Einen Satz noch zu Frau Blömeke: Sie haben gesagt, es handle sich um Spezialfälle, die Kitas "Marienkäfer" und jetzt Rewentlowstraße. Ihre Ruhe und Sachlichkeit, die Sie an den Tag legen, zeichnet sich dadurch aus, dass Sie wieder vorhaben, um den Kindergarten eine Mauer zu bauen. Das tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, darf ich um Aufmerksamkeit bitten?

(Ingo Egloff SPD: Das war aber nur an die CDU gerichtet!)

Es ist doch erstaunlich, dass die Worte des Präsidiums immer so ungehört verhallen.

Wir kommen dann zur Abstimmung, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/1902 und 19/2024 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum gemeinsamen Antrag von CDU- und GAL-Fraktion aus Drucksache 19/2024. Wer möchte diesen annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen worden.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/1902. Wer möchte diesem folgen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Bevor ich nun zum Punkt 14 der Tagesordnung komme: Es war mir eben deutlich zu laut. Ich darf Sie deshalb bitten, Nebengespräche draußen zu führen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf, den Senatsantrag: Aufhebung des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes.

[Senatsantrag:

Aufhebung des hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (Lebenspartnerschaftsausführungsgesetz) – Drs 19/1692 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Müller von der GAL-Fraktion, Sie haben es.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben heute einen Gesetzentwurf zur Abstimmung vorliegen ...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob es so schwer ist, dies zu verstehen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Ich darf Sie wirklich bitten, dem Redner die Möglichkeit zu geben, sich hier so artikulieren zu können, sodass es sich jeder, der interessiert ist, anhören kann. Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Farid Müller (fortfahrend): Sie haben hier eine Drucksache vorliegen, die besagt, dass das Hamburger Lebenspartnerschaftsausführungsgesetz aufgehoben werden solle. Einige meiner Kollegen haben mich gefragt: Farid, schafft Hamburg jetzt die Homo-Ehe ab? Ich kann Sie alle beruhigen, das ist nicht der Fall.

(Ingo Egloff SPD: Jetzt sind wir aber beruhigt!)

Weil dies so ist, ist es auch Anlass, darüber nachzudenken, wie weit wir bei der Frage der Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe in diesem Land und in Hamburg gekommen sind.

Inzwischen wissen wir, dass wir Ende 2008 2500 eingetragene Lebenspartnerschaften in Hamburg hatten, also leben mehr als 5000 Lesben und Schwule in Hamburg in eingetragener Lebenspartnerschaft. Es wären noch viel mehr, wenn die Gleichstellung endlich vollendet wäre, und zwar gerade im finanziellen Bereich. Die Gleichstellung ist bereits dort umgesetzt, wo man für den oder die andere eintreten muss, nämlich bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit oder man ein Sozialfall wird. Da muss in einer Lebenspartnerschaft eingesprungen werden. Aber in dem Lebensabschnitt, in dem es einem gut geht, haben die Lebenspartner nicht die Möglichkeit, für schlechte Zeiten etwas zuzulegen, da werden Lebenspartner immer noch wie Fremde behandelt. Das ist zurzeit aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht änderbar. Es ist auch leider so, dass sich die Große Koalition bisher nicht mit einem Gesetzentwurf hervorgetan hat, um dies zu ändern. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum Paare immer noch

(Farid Müller)

zögern, tatsächlich den Weg zum Standesamt einzuschlagen.

Was fehlt denn noch? Zum Erbschaftsrecht haben Bundestag und Bundesrat jetzt einen Reformvorschlag vorgelegt, nach dem eingetragene Lebenspartner immerhin ein Stück weit gleichgestellt werden, aber immer noch nicht völlig. Dort haben wir einen Schritt nach vorn gemacht. Wir haben ebenso in all den anderen Fragen einen Schritt nach vorn gemacht, die die Renten betreffen. Es gibt jedoch momentan überall in den Bundesländern entweder Klagen oder in CDU-regierten Bundesländern sogar Gesetzentwürfe, um endlich auch die Gleichstellung der Landesbeamten zu erreichen. Da können wir in Hamburg Vollendung melden. Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, hat der Senat in der letzten Woche Eckpunkte für einen Gesetzentwurf für ein Landesbeamtenrecht vorgelegt, in dem es die absolute und völlige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe gibt. Das ist ein Anlass, zu dem man hier klatschen darf, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN)

Es geht nicht nur darum, eine Minderheit bürgerrechtlich gleichzustellen, sondern es geht auch darum, wie wir mit den Menschen dieser Stadt umgehen, ob man immer noch Unterschiede aufgrund der sexuellen Orientierung oder Identität macht. Ich bin froh, dass meine Wahrnehmung ist, dass wir dies in dieser Stadt nicht mehr wollen. Demzufolge ist das, was der schwarz-grüne Senat jetzt vorgelegt hat, nur noch eine Vollendung dessen, was die Mehrheit in dieser Stadt will.

Nicht so glücklich ist, während wir in den Ländern und in Hamburg eine völlige Gleichstellung im Landesbeamtenrecht anstreben und dieses noch in dieser Bürgerschaft verabschieden werden, dass dies im Bund leider nicht geschieht. Dort hat die Große Koalition Ende letzten Jahres zwar das Bundesbeamtenrecht reformiert, aber die Gleichstellung nicht vollzogen. Hamburg hat noch einen letzten Versuch unternommen und einen Antrag im Bundesrat gestellt, doch noch einmal nachzudenken und den Vermittlungsausschuss anzurufen. Es ist nicht einzusehen und auch nicht gut zu erklären. Es gibt sehr viele Bundesbeamte, die in Hamburg arbeiten und leben. Warum diese völlig anders gestellt sein sollten als die Hamburger Landesbeamten, muss man den Menschen erst einmal erklären. Ich kann es nicht. Ich hoffe, dass der SPD in den nächsten Wochen ein bisschen dazu einfällt.

Das Thema Bürgerrechtspolitik darf man in Hamburg nicht nur im verengten Fokus sehen und sich fragen, was man damit zu tun habe. Bürgerrechtspolitik wollen wir Grüne mit unserem Koalitionspartner zusammen in Zukunft als eine Werbung für diese liberale und offene Stadt Hamburg auf unse-

re Fahnen schreiben. Dieses Thema, wie wir in dieser Stadt mit Minderheiten umgehen, hat damit viel zu tun. Es ist ein Baustein. Wir sind alle sehr froh, dass wir weiter vorankommen und Hamburg noch in diesem Jahr sagen kann, es habe die Gleichstellung von eingetragener Lebenspartnerschaft mit der Ehe vollzogen. Das freut mich und ich hoffe, dass wir im Hause Einigkeit haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! So kurz der Senatsantrag in diesem Fall daherkommt, schließt er doch ein zähes Ringen hier im Hause ab. Ich erinnere noch die Ablehnung der CDU 2001, als SPD und GAL nach vorn marschierten und sagten, wir bräuchten nun dringend eine Homo-Ehe. Dies wurde hübsch illustriert, ich glaube, mit Farid Müller und Lutz Kretschmann zusammen in der Hochzeitskutsche. Das wird man heute nicht mehr brauchen. Es war ein harter Weg, auf dem wir uns als CDU in Hamburg zu keinem Zeitpunkt der Diskussion verschlossen haben, sondern uns weiterbewegt und unsere Position weiterentwickelt haben, und zwar in sehr kurzer Zeit. Auch in der heutigen Fraktion sind noch viele dabei, die damals mitgerungen haben, die Positionen von damals mit erarbeitet und modifiziert haben und die sich diesem Thema geöffnet haben. Wir sind in dieser Stadt parteiübergreifend und – das sage ich bewusst – volksparteiübergreifend in den letzten fünf Jahren sehr weit gekommen, was die Belange von Lesben und Schwulen betrifft.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die CDU hat sich nicht erst seit der Koalition mit den Grünen dieses Themas aktiv angenommen, sondern wir waren 2006 in diesem Haus einer der Vorreiter, die die Anpassung des Beamten- und Landesbedienstetenrechts, also die Übertragung des Lebenspartnerschaftsrechts auf das Landesrecht gefordert haben. Wir hatten dazu einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der hier gemeinsam beschlossen wurde. Es gab damals Kritik von den Grünen und der SPD, warum man denn nun das Beamtenrecht nicht mit beschlossen habe. Wir haben damals angekündigt, es weiter zu bearbeiten, da wir die Bemühungen des Senats unterstützen würden, dies im norddeutschen Verbund zu regeln. Die jetzt vorliegenden Mustergesetze zeigen, dass die CDU ihr Wort gehalten hat und das, was sie 2006 als eine der ersten CDU-Landesfraktionen im Bund hier in Hamburg auf den Weg gebracht hat, jetzt mit diesem Senatsantrag, aber

(Roland Heintze)

auch mit dem am 13. Januar 2009 im Senat beschlossenen Gesetzentwurf weiter bewegt hat.

Die Hamburger CDU steht selbstverständlich für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen in allen Belangen des öffentlichen Dienstes, auch der Beamten. Wir haben uns hierfür eingesetzt und haben unser Versprechen aus den Debatten damals gehalten.

Das bedeutet aber auch, dass wir heute an einem Punkt sind, wo wir als Hamburg in dieser Frage – der Kollege Farid Müller hat es aufgezeigt – unsere Hausaufgaben weitestgehend gemacht haben. Man wird nun abwarten müssen, was die Verbände und Gewerkschaften dazu sagen, die jetzt erst einmal befragt werden müssen. Wir werden nun jedoch an die Grenze kommen, was unseren Einsatz im Bund betrifft. Hier kann ich nur für unsere Fraktion festhalten, dass wir zu dem stehen, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist. Wir stehen zum modernen Familien- und Partnerschaftsbild der Hamburger CDU und werden uns auch, wie bereits beschrieben, im Bundesrat nach unseren Möglichkeiten weiter für Lösungen einsetzen, die diesem Verständnis entsprechen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dennoch ist das Außer-Kraft-Setzen des Gesetzes von 2001 der Zeitpunkt, zu dem wir überlegen sollten – der Koalitionsvertrag tut dies –, ob wir nur für erwachsene Menschen, die heiraten wollen den Ball aufnehmen und dort für Schwule und Lesben einiges bewegen. Wir müssen den Fokus auch auf ganz andere Bereiche dieser Stadt lenken und vielleicht auch die formalen Debatten – so wichtig sie am Ende des Tages auch sind – über Fragen des Besoldungs-, Erbschafts- und damals noch Wohnungsrechts zurückstellen. Dieses Kapitel haben wir weitestgehend abgearbeitet, zumindest bezüglich dessen, was wir in Hamburg tun können. Wir wollen uns auch um einen weiteren Bereich kümmern, den ich persönlich viel wichtiger finde: Kinder und Jugendliche stark zu machen und in ihrer Identitätsfindung dabei zu unterstützen, ihren eigenen Weg zu gehen und ihn durchzusetzen. Das gilt auch dann, wenn es vielleicht nicht in jedem Stadtteil und nicht in jeder gesellschaftlichen Einheit immer die Zustimmung findet, zu sich selbst zu stehen und Farbe zu bekennen. Daran wollen wir im Koalitionsvertrag arbeiten. Dies ist ein wichtiger Schritt. Da wird es in dieser Stadt noch einiges zu tun geben. Wir haben Vorschläge gemacht, die derzeit geprüft werden. Die Schulbehörde wird ebenfalls ihren Teil beitragen. Ich bin mir sicher, dass wir abgesehen von der Aufhebung des Gesetzes von 2001 und dem Abschluss der Regelung im Beamtenrecht unseren Weg als CDU konsequent weitergehen. Es geht jedoch – dazu haben wir immer gestanden – nicht nur um formale Regelungen. Bestimmte Themen müssen auch in den Köpfen der Menschen ankommen. Das sind

sie noch nicht überall. Daran werden wir in dieser Legislaturperiode mit den Grünen und hoffentlich auch mit den anderen Parteien in diesem Hause zusammen weiter arbeiten. Ich würde mich über einen ähnlich sachlichen Umgang und ein ähnlich konstruktives Miteinander wie in der letzten Legislaturperiode freuen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Frau Dobusch hat jetzt das Wort.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Erlauben Sie mir am Anfang eine persönliche Bemerkung. Für diejenigen, die mich noch nicht gefragt haben: Nein, ich habe mich nicht geprügelt, nein, ich war nicht Skilaufen. Ich habe einen gebrochenen Finger aufgrund eines kleinen, harmlosen Autounfalls. Bitte gewöhnen Sie sich an diesen Anblick. Ich muss mich auch daran gewöhnen. Das Ganze wird mich noch ein paar Wochen begleiten.

(Rolf Harlinghausen CDU: Liegt der Gegner noch im Krankenhaus?)

– Irgendwann können Sie mich auch für eine Woche im Krankenhaus besuchen kommen. Das kommt noch in den Frühjahrsferien auf mich zu. Gern, Blumensträuße sind auch willkommen.

Aber nun zur Sache. Wir debattieren heute über die Aufhebung eines Gesetzes von 2001 – meine Vorredner haben dies schon ausgeführt –, das sich dank des neuen Personenstandrechts erübrigt hat. Natürlich können wir dem vorliegenden Antrag des Senats zustimmen und werden dies auch tun. Ich möchte jedoch kurz zurückblicken. Sie werden verstehen, dass meine Bilanz an der einen oder anderen Stelle ein bisschen anders ausfällt als die Ihre.

(Wolfgang Beuß CDU: Wie kommt das denn?)

Ziemlich genau vor zehn Jahren wurde in der Bürgerschaft die Vorreiterrolle begründet, die Hamburg in der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eingenommen hat. Die Hamburger Ehe, die bundesweit erstmals gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die Möglichkeit einer öffentlich beurkundeten und damit gewürdigten Eintragung gab, wurde im April 1999 Gesetz.

Mein Vorgänger, Lutz Johannsen, damals noch Kretschmann, sprach in der Debatte vom April 1999 – an der einige von Ihnen ja beteiligt waren, auch Norbert Hackbusch, wie ich feststellen konnte – von einem großen Schritt für Hamburg. Rotgrün, sagte er damals, verändere die Welt für Lesben und Schwule. Eigentlich hatte er damit auch tatsächlich Recht. Farid Müller nannte es einen historischen Augenblick, wenn ich es richtig zitiere. Sie können mich gern korrigieren.

(Gabi Dobusch)

In den Bestimmungen zu dem Gesetz hatte der damalige rot-grüne Senat von vornherein festgelegt, dass die Eintragung beim Standesamt erfolgen solle. Daran erinnere ich die CDU-Fraktion gern, die nämlich – Karin Koop erinnert sich, denke ich, gut daran, Herr Wersich ebenfalls – gefordert hatte, dass die Eintragung beim Senatsamt für Gleichstellung und ganz und gar nicht beim Standesamt vorgenommen werden sollte. Eigentlich ist es wirklich gut, dass Sie sich damals nicht durchgesetzt haben, denn diese Institution ist inzwischen durch die CDU-Herrschaft in dieser Stadt leider gänzlich abgeschafft worden.

Eine der Begründungen der CDU damals war, dass durch die Hamburger Ehe keine Änderung des Personenstandes erfolge. Heute, zehn Jahre später, ist die Lebenspartnerschaft, die durch das Lebenspartnerschaftsgesetz 2001 geschaffen wurde, mit dem neuen Personenstandsrecht der Bundesregierung endgültig und endlich ein eigener, voll anerkannter Personenstand geworden. Ich muss gestehen, dass wir, die SPD, es weitaus lieber gesehen hätten, wenn damit auch bundeseinheitlich geregelt worden wäre, was in Hamburg schon seit 1999 gilt, nämlich dass die Hamburger Ehe und später die Lebenspartnerschaft vor dem Standesamt geschlossen wird. Dort gehört sie hin. Ich finde es äußerst bedauerlich, dass es der CDU doch gelungen ist, eine Öffnungsklausel für die Bundesländer in das Gesetz zu schleusen, sodass im Süden weiterhin abweichende Regeln gelten können. Das müsste wirklich nicht sein. Ich hoffe sehr, dass sich dort noch etwas bewegt. In Bayern deutet sich so etwas an. Dies fände ich toll.

Wie sieht es in Hamburg aus? Was bringt Schwarz-Grün für Lebenspartnerschaften?

Erstens, im Landesrecht hinkt Hamburg Bremen noch immer hinterher. Die volle Gleichstellung der verpartnerten Landesbeamtinnen und Landesbeamten werden wir vom Senat bekommen, aber erst im zweiten Quartal.

Zweitens hat Hamburg im Mai 2008 eine Bundesratsinitiative Bremens und Berlins unterstützt, die die Gleichstellung der Lebenspartnerschaften im Einkommenssteuerrecht vorsah. Gut, diese Entschließung ist jedoch im Bundesrat gescheitert und weder an meiner Partei noch an den Grünen.

Ich bin übrigens eine ganz entschiedene Gegnerin des Ehegattensplittings. Aber solange es diese aus meiner Sicht vorsintflutliche Regelung noch gibt, sollte es auch eine Lebenspartner- und Lebenspartnerinnensplitting geben, und zwar zum Nutzen oder – wie man es auch sehen kann – zum Schaden gleichgeschlechtlicher Paare. Gleichstellung heißt eben auch in diesem Punkt Gleichstellung.

(Beifall bei der SPD – Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz)

Eben war schon die Rede vom Koalitionsvertrag. Weitere große, nennenswerte Initiativen in diesem Bereich habe ich nicht gesehen, jedenfalls nicht so, dass wir als Hamburg wieder eine Vorreiterrolle einnehmen würden, wie wir sie vor zehn Jahren mit Rot-Grün einmal hatten. Nun kann man natürlich sagen, dass es allein schon ein Fortschritt sei, dass die CDU so weit gekommen ist, wie sie es heute ist und wie Herr Heintze es vorgetragen hat. Wir wollen auch gern anerkennen, dass es da Bewegung gab. Die Hamburger CDU ist inzwischen bedeutend weiter als die CDU insgesamt – wunderbar, das finde ich toll – oder gar die CSU. Davon wollen wir vielleicht nicht reden.

Aber meine Frage ist: Reicht das eigentlich? Wenn wir uns noch einmal vor Augen führen, was wir zum Beispiel zwischen 2001 und 2006 unter Senator Kusch zum Thema Gleichstellung ertragen mussten, dann geht es zurzeit auch ein bisschen um Wiedergutmachung Ihrerseits.

(Jörn Frommann CDU: Mann, Mann, Mann!)

Lesen Sie doch in den Protokollen einmal nach, was damals von Herrn Kusch so geäußert wurde, dann verstehen Sie mich vielleicht besser.

Ich frage ganz konkret CDU und GAL, wie das denn mit der versprochenen regionalen Antidiskriminierungsstelle in der Justizbehörde ist. Wann bekommen wir sie denn, wie sieht der Zeitplan aus, wo ist das Konzept und was betrifft tatsächlich diesen Bereich, über den wir jetzt sprechen? Wir warten, aber wir warten schon eine ganze Weile. Ich würde mich freuen, wenn es der große Wurf wird, von dem wir anfangs ausgegangen sind, aber es dauert. Wo sind denn eigentlich Initiativen? Eben wurde von Herrn Heintze der Jugendbereich erwähnt. Seit dieser Legislaturperiode fragen wir ständig nach, aber bisher sind wir nur vertröstet worden. Wir sind da gespannt und warten.

Eben wurde nach konkreten Vorschlägen gefragt. Wir hätten noch mehr Ideen, welche Initiativen Sie, vielleicht gemeinsam mit uns, in Richtung Bund auf den Weg bringen könnten. Was ist mit Gleichstellung beim Adoptionsrecht, was ist mit Regenbogenfamilien, haben Sie darüber schon nachgedacht? Wo bleibt Ihr Interesse an der Lebenswirklichkeit von Lebenspartnerschaften in Hamburg? Wir haben gehört, wie viele es mittlerweile in Hamburg gibt. Was wissen wir denn darüber? Warum werden keine Studien auf den Weg gebracht, keine Gutachten in Auftrag gegeben? Ich fände das spannend. Übrigens sind diese Partnerschaften besonders stabil, auch das ist hier schon mehrfach angesprochen worden. Scheidungen – in Anführungsstrichen – liegen bisher nur sehr wenige vor.

(Gabi Dobusch)

Lassen Sie mich zusammenfassen. Im Moment gibt es unter Schwarz-Grün noch eine nachzuholende Entwicklung und ein ordentlicher Fortschritt müsste aus unserer Sicht anders aussehen. Wenn das stimmt, was gerüchteweise bei mir angekommen ist, dass sich CDU und GAL derzeit Gedanken über ein neues Leitbild dieser Stadt machen, dann überlegen Sie doch bitte auch, eine erkennbare Initiative für gleichgeschlechtliche Lebensweisen darin vorkommen zu lassen. Das würde der Metropole Hamburg gut anstehen und auch nach außen tragen, was Sie eben glaubhaft vorgetragen haben. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen und ich denke, die Mehrzahl der Abgeordneten, wünschen uns jedenfalls, dass Hamburg wieder als Vorreiter bei der Gleichstellung von frauenliebenden Frauen und männerliebenden Männern wahrgenommen wird. Gemeinsam – das noch einmal als Appell an CDU und GAL – geht das am besten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Herren, sehr geehrte Damen und Damen! Seit 1. Januar dürfen Paare nun kirchlich heiraten, ohne vorher zum Standesamt gehen zu müssen. Damit begehen Geistliche keine Straftat beziehungsweise Ordnungswidrigkeit mehr, sondern dürfen ihren Segen unabhängig vom staatlichen Reglement geben. Paare dürfen sich künftig auch das Standesamt aussuchen. Außer in Baden-Württemberg und Thüringen darf nun überall geheiratet werden, egal wo der Wohnsitz ist. Lebenspartner und Lebenspartnerinnen sind nun Ehegatten und Ehegattinnen in Bezug auf Familienzuschlag, Beihilfe und Verbliebenenpension gleichgestellt. Die Gleichstellung im Beamtenrecht soll – das wurde hier schon angesprochen – in Vorbereitung sein.

Möglich ist dies durch das neue Personenstandsgesetz, das nun bundesweit gilt; Gabi Dobusch erwähnte es. Es macht natürlich Sinn, dass derartige Regelungen Bundesrecht sind. Insofern war es eine richtige Entscheidung, das hamburgische Landesgesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes aufzuheben. Ich weiß, dass es insgesamt kein leichter Weg war, bis es zu dieser Form von Gleichstellung gekommen ist. Ich weiß, dass es für viele ein großes Glück bedeutet, endlich heiraten zu dürfen. Dies hat neben einer großen und oftmals auch sehr romantischen Symbolik eben auch knallharte wirtschaftliche Gründe. Es erschließt sich der aufgeklärten Zivilgesellschaft nicht, zwischen homosexuellen und heterosexuellen Partnern einen Unterschied zu machen, auch wenn es weiterhin Unterschiede beim Einkommen-

steuergesetz oder bei der Anerkennung der Elternschaft gibt.

Herzlichen Glückwunsch dennoch an dieser Stelle an die bürgerliche Schwulen- und Lesbenbewegung für ihren jahrelangen Kampf um Gleichstellung der Homo-Ehe.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Ich möchte der guten Ordnung halber darauf aufmerksam machen, dass neben dem Lebenspartnerschaftsgesetz durch das neue Personenstandsgesetz auch eine Reihe anderer Gesetze geändert werden müssen, unter anderem das Bürgerliche Gesetzbuch, das Strafgesetzbuch, das Melde-rechtsrahmengesetz und 20 weitere Gesetze.

Das Personenstandsgesetz, das seit der Nazizeit, nämlich seit 1937, in seiner gefassten Form bis zum 31. Dezember 2008 galt, muss allerdings auch in einem weiteren sehr wichtigen Punkt dringend geändert werden. Es handelt sich um den Paragraphen 21. Gestatten Sie mir einige wenige Sätze, worum es darin geht; dann komme ich wieder zum Ausgangsthema zurück.

Darin ist festgelegt, dass das Geschlecht eines Kindes dem Standesamt gemeldet werden muss, und zwar binnen einer Woche nach der Geburt. Dies bedeutet für viele Eltern, eine Entscheidung zu treffen, welches Geschlecht ihr Kind hat, auch wenn dies nicht eindeutig ist. Jede zweitausendste Geburt ist davon betroffen. Dies führt dazu, dass diese Neugeborenen gegen den Willen zum Mann oder zur Frau operiert werden. Wir werden uns am 29. April im Gesundheitsausschuss mit dem lebenslangen Leiden der Hermaphroditen und den Menschenrechtsverletzungen befassen. LINKE und SPD haben Große Anfragen auf den Weg gebracht, die das Thema anfassen und die ganze Dramatik dieser Menschen aufgreifen.

Um zum Ausgangsthema zurückzukommen, möchte ich abschließend daran erinnern, dass die bürgerliche Ehe nicht nur mit Romantik verbunden ist und nicht nur Sicherheit bedeutet. Ich möchte hier aber kein Referat über die Abhängigkeiten und deren manchmal furchtbare Auswirkungen auf die materiell schlechter gestellten Ehepartner, in der Regel Frauen, halten. Dazu habe ich an anderer Stelle sicherlich noch Gelegenheit.

Aber lassen Sie es mich mit einer entwaffnenden Tatsache umreißen. In der spanischen Sprache ist der Begriff für Ehefrauen mit dem Begriff für Handschellen identisch: "las esposas". Drum prüfe, wer sich ewig bindet.

(Beifall bei der LINKEN– Wolfgang Beuß
CDU: Und ob sich nicht was Bessres findet!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat noch einmal Herr Farid Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Artus, wenn wir Ihre Vorschläge zum Paragraphen 21 vorliegen haben, kann ich Ihnen zumindest von unserer Seite versichern, dass wir uns dem ernsthaft zuwenden werden. Das ist sicherlich ein Zustand, der gerade im menschlichen Bereich für die Betroffenen eine arge Belastung darstellt.

Ich möchte aber noch etwas zur Ungeduld meiner Kollegin von der SPD sagen. Ich kann verstehen, dass man als Opposition drängeln muss, etwas tun muss, das ist Ihr Job, dafür werden Sie bezahlt und das ist richtig. Aber wir sind jetzt acht Monate im Amt und ein Teil der Gleichstellungspolitik findet sich auch im aktuell diskutierten Haushalt wieder. Der ist aufgestellt und den werden wir in zwei Monaten verabschieden. Und was diese Vielfaltstelle in der Justizbehörde und die anderen Themen betrifft, arbeiten wir daran, weil wir konzeptionell etwas Vernünftiges auf den Weg bringen wollen. Deswegen bitten wir Sie, noch ein wenig Geduld zu haben. Die Legislaturperiode ist noch nicht einmal ein Jahr vorbei und was man sich für vier Jahre vornimmt, muss man nicht in einem halben Jahr abarbeiten. Wenn das so wäre, dann müsste man eher skeptisch sein, was denn dabei für die Menschen in dieser Stadt herauskäme. Hier geht Sorgfalt vor Schnellschüssen und da bitte ich Sie um etwas Geduld. Ich bin ganz sicher, dass wir alle Freude an der Diskussion haben werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* – Danke, ich wollte eigentlich nur eine kurze Zwischenfrage stellen.

Wenn Sie mir verraten würden, wo sich diese Vielfaltstelle in den Haushaltsplänen verbirgt, dann wäre ich Ihnen dankbar, denn irgendwie ist mir das noch nicht gelungen.

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte das Gesetz zur Aufhebung des Lebenspartnerschaftsausführungsgesetzes aus Drucksache 19/1692 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das so-

eben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 31 auf, Drucksache 19/1897, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Konjunkturprogramm, Strukturprogramm für Hamburg.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Konjunkturprogramm, Strukturprogramm für
Hamburg
– Drs 19/1897 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Bischoff hat das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen verschiedentlich, und zwar mit und ohne der HSH Nordbank, über die schwierige wirtschaftliche Entwicklung gesprochen. Ich habe positiv hervorgehoben, dass der Senat sehr frühzeitig reagiert hat mit der Idee, ein regionales, auf Hamburg bezogenes Konjunkturprogramm vorzulegen; das war Anfang Dezember. Wir haben dann noch vor Weihnachten die klare Ansage bekommen – so jedenfalls meine Interpretation –, dass dieses Konjunkturprogramm rund 250 Millionen Euro Investitionen an vorgezogenen Projekten aus späteren Jahren darstelle.

Hinzu kam in den letzten Wochen die Beratung über das zweite Konjunkturpaket aus Berlin. Wie es aussieht, wird Hamburg davon knapp 300 Millionen Euro beanspruchen können, sozusagen mit einem eigenen Beitrag von 75 Millionen Euro kofinanziert.

Herr Senator Gedaschko hatte in diesem Prozess gesagt, soweit es irgend möglich sei, wolle er alle Fraktionen einladen, sich an dem Diskussionsprozess, was wir konjunkturell machen, zu beteiligen. Ich bin irritiert, dass die Dynamik vom Dezember scheinbar aus dieser Problematik heraus ist, aber das können wir vielleicht noch erklärt bekommen. Der weitere Fahrplan ist wohl so gedacht, dass in der Senatsklausur Anfang Februar erst die einzelnen Punkte genauer beraten werden und wir dann eine entsprechende Vorlage für den Wirtschaftsausschuss respektive Drucksache für die Bürgerschaft bekommen.

Nach wie vor sehe ich als Grundanliegen, auch in Hamburg zu überlegen, wie wir zu der schweren wirtschaftlichen Talfahrt einen eigenen Beitrag leisten können. Ich nehme an, dass wir alle in dem Punkt übereinstimmen, dass sich die Entwicklung seit Dezember erheblich verschlechtert hat. Wir reden heute über Rezession und den Übergang in eine deflationäre Entwicklung mit Depression. Das

(Dr. Joachim Bischoff)

muss nicht so kommen, aber die Entwicklungen in den nächsten Wochen sind doch beunruhigend und die Situation der Hamburger Wirtschaft, nicht generell, aber doch wichtige Bereiche, sind eindeutig in diesen Prozess einbezogen. Insofern möchte ich dem immer wieder gehörten Vorwurf, wir würden nur Kritik vortragen, offensiv entgegentreten. Wir haben unsere Vorstellungen, die wir hier schon vorgebracht haben, aufgeschrieben und wollen das gerne in die angebotene gemeinsame Beratung im Wirtschaftsausschuss einbringen. Dann kann man sehen, ob man sich auf verschiedene Punkte, sicherlich nicht auf alle, verständigen und das gemeinsam machen kann. Das ist auch mit Zahlen unterlegt, die können Sie gerne nachfragen, weil es sonst immer heißt, wir redeten nur so daher. Das also ist unser Anliegen mit diesem Antrag.

Ich möchte noch vier Bemerkungen zu den Hauptschwerpunkten machen. Das erste, was uns in dem gesamten Prozess des Gegensteuerns gegen die wirtschaftliche Talfahrt nicht gefällt, ist, dass das alles zu zögerlich und zu zaghaft ist. Wir sollten uns durchaus ein Beispiel an den sehr ehrgeizigen Projekten in den USA oder der Volksrepublik China nehmen, die mit ganz anderen Größenordnungen gegen diese Herausforderungen einer Jahrhundertkrise vorgehen. Das heißt, es muss mit ganz anderen Größenordnungen gearbeitet werden. Das sage ich auch den wichtigsten Zweigen der Hamburger Wirtschaft.

Zweitens ist in der Diskussion der Punkt immer zu kurz gekommen, dass in einem Konjunktur- oder Strukturprogramm der Aspekt Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung unzureichend oder überhaupt nicht vorkommt. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Einmalzahlung von 100 Euro für Kinder bei einer gleichzeitigen Abwrackprämie für alte Autos von 2500 Euro einen Eindruck vermittelt, wo die Prioritäten liegen, die wir absolut nicht teilen können. Das heißt, es geht nicht nur um wirksame Schritte gegen Kinderarmut und soziale Ausgrenzung, die wir in Hamburg sehr wohl machen können. Das hat auch sehr viel mit Konjunkturbeschleunigung, mit Multiplikatoreffekten für Einkommens- und Kreislaufprozesse zu tun. Das gilt im Übrigen auch für Bürgerinnen und Bürger – in Hamburg immerhin noch 240 000 –, die seit Jahren ausgegrenzt sind, von Hartz IV leben müssen und nicht nur wegen der Repressionen, sondern auch aufgrund der finanziellen Ausstattung schwierige Verhältnisse haben.

Wir von der Hamburger LINKEN sind dafür, die Regelsätze auf 500 Euro anzuheben. Wir sind damit eine Minderheit selbst in unserer eigenen Partei, die sich bislang nur auf die Erhöhung des Regelsatzes auf 435 Euro verständigen kann. Deswegen finden Sie bei uns den Hinweis, dass wir dafür votieren, dass Hamburg eine Bundesratsinitiative

macht und diesen Prozess der Erhöhung der Regelsätze deutlich voranbringt.

Dritter Punkt, der uns ganz wichtig ist. In den bisherigen Überlegungen für ein regionales Konjunkturprogramm ist die Arbeitsmarktpolitik zu kurz gekommen. Jetzt war zu hören, dass die Ausstattung für Kurzarbeit durch ein Qualifikationsprogramm ergänzt werde. Das ist sehr wichtig, das würden wir unterstützen, das muss man sich aber im Einzelnen angucken.

Wir möchten im Ausschuss unseren Gesichtspunkt deutlich machen, dass wir auch dafür sind, dass die rund 10 000 Ein-Euro-Jobs endlich abgeschafft werden und Hamburg dort wie auch bei den anderen Punkten vernünftige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse anbietet.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will an der Stelle nur kurz sagen, wie dramatisch die Situation ist. Senator Wersich hat sich in der Presse beziehungsweise im Ausschuss dahingehend geäußert, dass, wenn ich das richtig zitiere, 2000 Arbeitslose mehr in Hamburg schon bei den gegebenen gesetzlichen Regelungen bedeuten, dass die Freie und Hansestadt mit 15 Millionen Euro zusätzlichen Kosten im Laufe der beiden Jahre rechnen kann. Wenn Sie nun Herrn Steil von der Agentur Nord hören, so geht der davon aus, dass wir eine Arbeitslosenerhöhung von 30 000 auf wieder 100 000 haben. Dann wissen Sie, welche Konjunkturrisiken das sind und welche Auswirkungen das auf die Bürgerinnen und Bürger hat.

Den letzten Punkt will ich nicht im Einzelnen vorstellen, das wäre eine Sache für den Ausschuss. Natürlich muss man auch über die Ausgestaltung eines Zukunftsinvestitionsprogramms im Einzelnen diskutieren. Wir haben unsere Vorstellungen deshalb auf den Tisch gelegt. Ich hoffe, dass Sie der Überweisung an den Ausschuss zustimmen und wir vielleicht im Februar genauer sehen, was der Senat zu sagen hat. Und wenn es in dieser Beratung wirklich zu einem gemeinsamen Vorgehen kommen würde, sollte uns das sehr freuen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Ahrons.

Barbara Ahrons CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Bischoff, ich finde es schon eine ganze Menge, wenn wir Ihren Antrag an den Ausschuss überweisen, obgleich er noch nicht einmal ein Petitum enthält.

Es lässt sich zurzeit nicht abschätzen, welche Folgen die Wirtschaft und die Bürger in den folgenden Monaten und Jahren tatsächlich treffen werden.

(Barbara Ahrons)

Die Prognosen reichen von relativ moderat bis schlimmste Krise seit dem schwarzen Freitag 1929.

(Dr. Monika Schaal SPD: Ach, der Freytag ist ja gar nicht da! – Ingo Egloff SPD: Der sitzt doch sonst da oben!)

Die mittelständischen Unternehmen spüren jetzt die ersten Auswirkungen dieser Krise. Auch wenn die Auftragsbücher vieler Unternehmen für 2009 noch überwiegend gefüllt sind, stellen sich viele Betriebe bereits darauf ein, geplante Investitionen zurückzustellen, Neueinstellungen zu verschieben und wenn nötig, sogar Stellen zu streichen. Einige Unternehmen haben jetzt schon Probleme mit der Finanzierung, einige Betriebe stellen schon vermehrt auf Kurzarbeit um.

Aber wir alle wissen, dass Schwarzmalerei niemandem hilft. Es gibt keinen Anlass, sich mit Schreckensszenarien zu überbieten, im Gegenteil. Man muss den Realitäten und Prognosen nüchtern ins Auge sehen, vorausschauend und maßvoll handeln und das wollen und werden wir als CDU in Hamburg tun.

(Wilfried Buss SPD: Mit Geld könnt ihr ja nicht umgehen!)

Bis auf einige wenige unter uns wissen wir alle, dass die Maßnahmen, die der Staat in einer Krise ergreifen kann und sollte, begrenzt sind. Wir können aus einem Abschwung keinen Aufschwung und aus einer Finanzkrise keinen Finanzboom hervorzaubern. Aber wir haben die Möglichkeit, mit nachhaltigen und abgestimmten Maßnahmen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern, damit uns die Auswirkungen des Abschwungs nicht so sehr überraschen und in voller Härte treffen.

Was nun die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag mit einem sogenannten Strukturprogramm für Hamburg fordert, ist zum Teil veraltet und zum Teil aberwitzig, ein riesiges Wolkenkuckucksheim. Ginge es um eine Klassenarbeit, stünde wohl ein Mangelhaft bis Ungenügend darunter, weil am Thema vorbeigeschrieben und unrealistisch.

(Wilfried Buss SPD: Was ist denn das Thema?)

Was die meisten Ihrer Forderungen überhaupt mit Konjunkturbelebung, Vermeidung von Arbeitsplatzabbau und Unterstützung der hiesigen Wirtschaft gemein haben, steht auch in den Sternen und einige Forderungen sind veraltet. Es wird zum Beispiel die Einführung eines Sozialtickets für Bedürftige gefordert. Sehr geehrte Kollegen, ein Blick auf die Homepage der Sozialbehörde hätte genügt. Der Senat hat dies längst getan, nämlich mit der Einführung des Sozialtickets zum 1. Januar 2009.

Ein weiteres Beispiel. Gefordert wird der Einstieg in gebührenfreie Ganztagsplätze im Kita-Bereich.

Sehr geehrte Kollegen, der Senat hat die Ausweitung des Kita-Rechtsanspruchs bereits im Jahre 2008 beschlossen und damit entscheidend zur Verbesserung der Situation sozial schwacher Menschen beigetragen.

Dann fordern Sie beispielsweise eine deutliche Ausweitung des Schulpersonals und die Verkleinerung von Klassen. Auch dies ist für das Schuljahr 2008/2009 längst begonnen worden.

Sie fordern die Wiederbelebung der Arbeitsmarktpolitik durch Qualifizierung. Schauen Sie doch einmal in die Zeitung oder hören zumindest den Reden des Senators zu.

(Michael Neumann SPD: Das qualifiziert ungemein!)

Der Senat plant und bietet am Bedarf ausgerichtete Qualifizierungsprogramme und -angebote zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit. Hamburg gehört damit zu den wenigen Bundesländern, in denen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen überhaupt Eingang in das Konjunkturprogramm gefunden haben. Und aberwitzig ist Ihr Antrag, weil er ein Strukturprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro fordert, obwohl das noch nicht einmal richtig gerechnet ist. Das sind nämlich schon fast 3 Milliarden Euro, was Sie da fordern.

Ich würde den Kollegen der LINKEN empfehlen, vor so einem Eintrag einmal kurz beim Finanzsenator anzurufen und ihn zu fragen, wie viel Geld Hamburg denn eigentlich zur Verfügung steht.

(Heiterkeit bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Da werden Sie nämlich schnell wieder nüchtern. Von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind Ihre Vorstellungen jedenfalls weit entfernt.

(Ingo Egloff SPD: Der geht immer nicht dran, wenn man ihn anruft!)

Für die Regierungspartei ist es wichtig, die Mittel nicht irgendwie nach dem Gießkannenprinzip einzusetzen, sondern stattdessen – mit den Worten unseres Wirtschaftssenators gesprochen – die richtige Branche zur richtigen Zeit und mit den richtigen Mitteln zu treffen.

(Beifall bei der CDU)

Augenmaß und Vernunft, geehrte Kollegen der Fraktion DIE LINKE, sind das einzig richtige Mittel und nicht Verschwendung und aberwitzige Steuererhöhung.

Das vom Senat geplante Konjunkturprogramm sieht zur Unterstützung seiner Wirtschaft vorgezogene Investitionen in Höhe von rund 250 Millionen Euro vor. Dieses Geld wird früher als geplant in erster Linie für Hafen, Schule, Klimaschutz, Forschung und Gesundheit freigegeben. Wir wollen die Projekte so umsetzen, dass die Vergabe so

(Barbara Ahrons)

kleinteilig wie möglich und damit mittelstandsfreundlich geschieht, wie es eben sinnvoll sein kann. Für Bürgschaften steht ein Schuttschirm von insgesamt 400 Millionen Euro zur Verfügung, für Liquiditätseingpässe kleiner und mittlerer Unternehmen werden Darlehen zur Verfügung gestellt. Unser Ziel ist es vor allem, eine weitere Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und deswegen werden wir die Ausbildung und Qualifizierung noch weiter verstärken.

Daneben wird Hamburg voraussichtlich 230 Millionen Euro plus 70 Millionen Euro Eigenmittel aus dem anstehenden Konjunkturprogramm II des Bundes erhalten; zwei Drittel für Bildung und Wissenschaft und ein Drittel für Infrastruktur und das innerhalb der nächsten zwei Jahre. Was wir tun werden, darf keine Einmaleffekte hervorrufen und nicht verpuffen, sondern unsere Maßnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, nachhaltig und wachstumsfördernd zu wirken, Arbeitsplätze zu schaffen und die entsprechende Wirtschaft zu sichern.

Nicht diskutieren, meine Damen und Herren von der LINKEN, werden wir mit Ihnen über irgendeine Form der Steuererhöhung oder Wiedereinführung einer Steuer, die Sie sich so wünschen. Zum einen gehört dieses Thema nach Berlin und zum anderen wird Ihr Wunschtraum von einer Sanierung der öffentlichen Finanzen durch Neidsteuer, wie zum Beispiel eine Millionärs- oder Vermögenssteuer, und der Finanzierung sozialer Wohltaten durch höhere Steuersätze auf höhere Einkommen und Unternehmensgewinne nicht in Erfüllung gehen. Für Sie mag das der ultimative Weg sein, für uns ist es die Bestrafung derjenigen, die wir als die Mitte unserer Gesellschaft und als Leistungsträger unseres Landes ansehen. Um Ihnen das noch einmal zu verdeutlichen: 25 Prozent der deutschen Steuerpflichtigen zahlen 80 Prozent des Aufkommens.

(Wilfried Buss SPD: Ja, das sind wir!)

Gut ein Fünftel der Bevölkerung zahlt also einen Großteil der Steuern, auf die wir als Staat angewiesen sind und mit denen wir unseren Sozialstaat überhaupt nur finanzieren können. Die Grenze zum Glück der vermeintlich besser Verdienenden, die Sie so gerne noch mehr schröpfen möchten, liegt zurzeit bei einem Jahreseinkommen von 37 000 Euro. Das sind alle Menschen mit einem monatlichen Bruttogehalt von rund 3000 Euro. Noch mehr an der Steuerschraube zu drehen, wäre der völlig falsche Weg und im Sinne der Unterstützung der Wirtschaft und Stabilisierung der Konjunktur völlig kontraproduktiv.

(Ingo Egloff SPD: Die Vermögenssteuer trifft aber andere!)

Vielmehr brauchen diese Menschen noch eine Entlastung. Leben Sie in Ihrem Wolkenkuckucksheim, meine Damen und Herren von den LINKEN. Die

Menschen brauchen Hilfe in der Realität und das bieten unser Senat und unsere Koalition.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Schwinke.

Karl Schwinke SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu später Stunde noch eine weitere von der Fraktion DIE LINKE angemeldete Debatte zu einem unserer Leitthemen Konjunkturprogramm Hamburg. Die eigentliche Debatte hierzu wird erst im Rahmen der Haushaltsberatungen und einem in Rede stehenden Nachtragshaushalt zum Konjunkturprogramm final Anfang März 2009 geführt werden können. Hamburgs Sozialdemokraten und meine Fraktion haben hierzu rechtzeitig Vorschläge unterbreitet. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Michael Neumann in diesem Hause vom 10. Dezember 2008 und unseren Antrag 19/1638 vom 26. November 2008.

Der schwarz-grüne Senat und seine Regierungsfractionen wollen ihr Hamburger Konjunkturprogramm Anfang Februar 2009 in einer Klausurtagung sicherlich auch unter Würdigung des Bundesprogramms und der Vorschläge der Kammern, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sowie der Fraktionen in diesem Hause beraten und beschließen. Wir werden sehen, was dabei herauskommen wird und wie groß die Bereitschaft sein wird, darüber im Wirtschafts- und Haushaltsausschuss ehrlich und verlässlich mitgestaltend zu reden. Wir haben dazu als SPD-Fraktion rechtzeitig die Hand gereicht, um für die Menschen in dieser Stadt Gutes zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang ist der von der Fraktion DIE LINKE eingebrachte Antrag zu einem Strukturprogramm für Hamburg zu sehen. Die aktuelle Krise führt uns allen vor Augen, wie wichtig eine Politik ist, die wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologischen Fortschritt vereint. Es geht darum, soziale Regeln für die Marktwirtschaft aufzustellen und für nachhaltiges Wachstum zu sorgen. Diese Ziele werden in letzter Zeit von Wirtschaftswissenschaftlern und auch der Politik in einen Zusammenhang mit einer Beschreitung eines sogenannten dritten Wegs gebracht, der vor allem von sozialdemokratischen Elementen geprägt ist. Wir freuen uns natürlich, dass angesichts der Finanzkrise derzeit alle Parteien sozialdemokratisch reden und handeln.

(Beifall bei der SPD)

In Pessimismus zu verharren, hilft uns nicht weiter und doch müssen wir erkennen, dass wir in der Tat vor einer schweren weltweiten Wirtschaftskrise stehen. Die Staatengemeinschaft ist deshalb gefor-

(Karl Schwinke)

dert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um diese Krise abzuwenden. In Berlin hat die Große Koalition gehandelt und mit dem zweiten Konjunkturprogramm 50 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Dazu heute aktuell "Die WELT":

"Grüne stechen die FDP im Bundesrat aus."

Hamburg und Bremen stimmen zu, wenn die Abwrackprämie für Altfahrzeuge vom CO₂-Ausstoß des Neuwagens abhängig gemacht wird. Dem können wir aus Hamburger Sicht zustimmen, solange das Gesamtpaket damit nicht gefährdet wird.

Wir beraten heute einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, deren Wirtschaftsexperten festgestellt haben, dass alle anderen in diesem Hause vertretenen Parteien die Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht verstanden haben. DIE LINKE fordert 2 Milliarden Euro jährlich. Trotz dieser enormen Summe möchten sich die Experten der LINKEN nicht auf eine Erfolgsgarantie festlegen. Wörtlich heißt es:

"Die Wirtschaftskrise kann damit nicht verhindert, aber deutlich abgemildert werden."

Meine Damen und Herren der Linksfraktion, ich danke Ihnen für diese Erkenntnis und im Übrigen auch für Ihre Wertschätzung. Weil Ihnen das Wort Konjunktur viel zu marktwirtschaftlich ist, nehmen Sie es lieber gar nicht erst in den Mund, sondern reden von einem wohlklingenden Strukturprogramm. Es wird in diesen Tagen viel davon gesprochen, dass die Krise auch eine Chance sein kann. Sie sehen in der Krise eine Chance, Ihre eigenen Ziele zu propagieren und umzusetzen. Wenn das nicht klappt, dann war eben die Wirtschaftskrise Schuld und nicht das Programm. Ich hoffe auf die Einsicht, dass die Hamburger LINKE sich den Erfordernissen des Wirtschafts- und Arbeitsstandorts Hamburg stellt und nicht bundespolitischen realitätsfernen Programmatiken nachhängt.

(Beifall bei der SPD)

Die von Ihnen propagierte Abkehr von der Exportwirtschaft bei gleichzeitiger Ausweitung der Ausgaben für öffentliche Aufgaben ist kein Lösungsansatz und verkennt die Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftssystems. Seit über 1000 Jahren lebt diese Stadt vom Handel. Der Hafen ist immer das wirtschaftliche Zentrum gewesen, ihm verdankt die Stadt ihren Wohlstand. Hamburg hat in den letzten Jahren in besonderer Weise von der Globalisierung profitiert, Hamburg ist eine Drehscheibe bei der weltweiten Vernetzung von Produktionsstätten. Hamburg ist ein festes Glied in den internationalen Versorgungsketten. Diese Position darf nicht durch unsinnige Strukturdebatten untergraben werden. Die SPD steht deshalb zum Berliner Konjunkturpaket. Nur ein Bündeln von Maßnahmen kann der Krise entgegenwirken.

Der Senat hat bereits angekündigt, mit dem Geld aus dem Konjunkturprogramm wichtige Investitionen in Bildung und Infrastruktur vornehmen zu wollen. Wir begrüßen diese Aussage ausdrücklich. Unsere Ziele sind dabei klar.

Erstens: Die finanziellen Mittel müssen schnell und unmittelbar vorwiegend in Zukunftsinvestitionen fließen. Infrastrukturmaßnahmen für den Hamburger Hafen stehen dabei an vorderster Stelle.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Investitionen in die maroden Gebäude von Schulen, Universitäten und Kitas haben ebenso unsere volle Unterstützung wie Investitionen in den Klimaschutz. Wichtig ist uns, dass die jetzt finanzierten Maßnahmen die Menschen in die Lage versetzt, die Schulden zu erträglichen Bedingungen abzutragen. Investitionen in den Bildungsbereich sind dazu ebenso geeignet wie die Stärkung der Hamburger Wirtschaftskraft.

Zweitens: Jede Krise bietet Chancen. Auch dafür gibt es Beispiele. 1930, mitten in der Weltwirtschaftskrise, wurde die Sparda-Bank München gegründet, heute die größte und mitgliederstärkste Genossenschaftsbank in Bayern. Bietet dieses Beispiel aktuell auch die Chance, die Idee einer Hamburger Investitionsbank voranzubringen? – Wir würden uns darüber freuen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen gerade in schwierigen Zeiten innovativen und kreativen Ideen zum Erfolg verhelfen.

Drittens: Der Bereitstellung von Gewerbeflächen und der Unterstützung von Existenzgründungen muss besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ich gebe nur einen kleinen Hinweis, was das neue Geschäftsfeld der Gesundheitswirtschaft anbelangt.

Viertens: Die Landesinvestitionen dürfen nicht zurückgefahren werden. Eine Senatspolitik, die versucht ihren Haushalt mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm zu entlasten und zu sanieren, werden wir nicht mittragen.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten verlässliche Zusagen des Bürgermeisters vor allem in der Hafenfrage.

Die Politik ist gefordert, den von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen und den von Konkurs bedrohten Unternehmen zu helfen. Wir können es uns nicht leisten, dass uns unternehmerisches Potenzial verloren geht und qualifiziertes Personal in die Arbeitslosigkeit geschickt wird. Mit jedem Konkurs geht unwiederbringlich entwicklungsfähige Wirtschaftskraft verloren. Das wichtigste Ziel ist deshalb, so viele Betriebe wie möglich zu retten und so viele Arbeitsplätze wie möglich auch mit Kurzarbeit zu sichern. Je besser das gelingt, je schneller werden wir die Krise überwinden. Und je

(Karl Schwinke)

schneller wir die Krise überwinden, umso besser werden wir uns am Weltmarkt behaupten können.

(Beifall bei der SPD)

So sehr man den frommen Wünschen der Linksfraktion zugeneigt sein kann, sie sind in diesem Umfang nicht finanzierbar. Sie sind einseitig und verneinen die weltwirtschaftliche Verflechtung Hamburgs. Gleichwohl ist meine Fraktion bereit, die positiven Ansätze im Wirtschaftsausschuss zusammen mit allen anderen Vorschlägen zu diskutieren. Wir stimmen einer Überweisung dieser Drucksache an den Wirtschaftsausschuss zu. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat leben wir zurzeit in schwierigen Zeiten. Aus der Vergangenheit wissen wir, dass Hamburg in konjunkturellen Boomphasen immer deutlich besser abgeschnitten hat als der Rest des Bundesgebiets. Leider gilt das aber auch in der anderen Richtung. Hamburg geht es normalerweise auch wesentlich schlechter als dem restlichen Bundesgebiet, wenn die Weltwirtschaft einbricht. Insofern sind die Herausforderungen, vor denen Hamburg steht, besonders groß, wenn man weiß, dass für das Bundesgebiet ein Minus der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr von mindestens 2 Prozent prognostiziert wird. In der Vergangenheit lag Hamburg dann in der Regel sogar noch 1 bis 2 Prozentpunkte darunter. Das soll jetzt keine Angst machen, aber es beleuchtet die Herausforderungen, die vor uns stehen und denen auch das staatliche Handeln gerecht werden muss, wenn man diese heraufziehende Konjunktur- und Wirtschaftskrise abmildern möchte.

Insofern ist es eine gute Botschaft, wenn nicht nur der Hamburger Senat bereit ist, jetzt energisch gegenzusteuern, sondern auf Bundesebene auch die Große Koalition mittlerweile zum Ergebnis gekommen ist, dass das erste Konjunkturpaket nicht ausreicht, sondern ein zweites notwendig ist. Das ist allein deshalb wichtig, weil klar ist, dass selbst bei größten Anstrengungen – selbst bei den Summen, die die Linksfraktion in den Raum stellt, wenn Hamburg sie investieren würde und auf Bundesebene würde nicht eine deutliche Anstrengung erfolgen – man eigentlich keine Chance hätte, die Wirtschaftskrise abzumildern. Insofern ist es eine gute Nachricht, dass auf Bundesebene einiges geschehen wird.

Aber bevor ich über die Bundesebene rede, weil ich glaube, dass man es in diesem Zusammenhang einfach tun muss, wenn man entscheiden will, ob das, was man plant, wirklich Erfolg haben

kann, möchte ich doch noch einmal auf den Antrag der Linkspartei eingehen. Ich finde es richtig, ganz ohne Scheuklappen in verschiedenen Bereichen sich anzuschauen, was man tun muss – auch, wenn man sowieso notwendige Maßnahmen mit einem Konjunkturmaßnahmenprogramm verbindet. Das haben wir Grüne auf Bundesebene auch getan mit unserem "New Deal", wo wir notwendige ökologische Anpassungsinvestitionen, Klimaschutz und andere neue Technologien stärken wollen, aber auch im sozialen Bereich notwendige Maßnahmen ergreifen wollen, insbesondere, wenn man die Konjunktur stärken will. Wenn wir darüber reden, die Hartz-IV-Sätze zu erhöhen, eventuell einen Mindestlohn zu zahlen oder auch andere Maßnahmen im Arbeitsmarktbereich zu ergreifen, dann hat das eine große konjunkturelle Wirkung, weil die betroffenen Menschen das Geld, das Sie bekommen, nicht sparen können, sondern wahrscheinlich ausgeben, weil sie überhaupt keine Rücklagen haben. Insofern wäre das eine ganz andere Debatte, als wenn man darüber diskutiert Steuern zu senken.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD und der LINKEN)

Man sollte bei einer solchen Maßnahme – wenn man ein wirksames Programm auf die Beine stellen will, mit dem einerseits soziale Zwecke befördert und andererseits auch die Konjunktur stimuliert werden soll – aber ehrlich bleiben. Ich muss ganz ehrlich sagen: In Ihrem Programm sind ein paar Punkte, die sozialpolitisch wünschenswert wären – da würde ich Ihnen gar nicht widersprechen –, die aber mit Sicherheit null Komma null konjunkturelle Wirkung entfalten und dann in diesem Rahmen eigentlich keinen richtigen Platz haben und auch ein bisschen das Ganze unseriös machen. Es mag sein, dass es vielleicht sinnvoll ist, bestimmten Bevölkerungsgruppen in dieser Stadt kostenlosen Zugang zu Hamburger Museen zu verschaffen. Aber wo sich dadurch eine konjunkturelle Wirkung entfalten soll, hat sich mir noch nicht so richtig erschlossen. Das ist auch bei kostenlosen Mittagessen für Kinder der Fall. Das mag alles sozialpolitisch sinnvoll sein. Wenn Sie das auch als Maßnahme gegen die Konjunkturkrise versuchen zu verkaufen, haben Sie sich ein bisschen vergaloppiert. Ich finde, man sollte ehrlich bleiben. Das mag an anderer Stelle notwendig sein, aber ein Konjunkturprogramm ist das nicht.

Nicht unbedingt viel Hilfe ist der alles entscheidende Punkt. Sie reden in Ihrer Begründung für das Strukturprogramm von 2 Milliarden Euro, die wir ausgeben sollen. Ich habe mir einfach einmal die Mühe gemacht, nachzurechnen, was Sie dort alles vorschlagen. In der Tat kommt eine Summe von 2,532 Milliarden Euro heraus. Daraus schließe ich, dass Sie meinen, die paar hundert Millionen müssen nicht extra erwähnt werden. Als Haushaltspoliker sollte man aber auch in einer historischen

(Jens Kerstan)

Wirtschaftskrise nicht so lax mit den Zahlen umgehen, denn letztendlich sind es dann die Steuerzahler, die das irgendwann auf die eine oder andere Weise finanzieren müssen, entweder gleich oder, wenn man Kredite aufnimmt, später durch die Tilgung und Zinsen. Wir sollten sehr stark darauf schauen, wie wir das Ganze finanzieren wollen.

Aber in der Tat gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen, die wir selber durchaus auch vorge schlagen haben – auch im Bereich Sozialticket, das haben Sie vielleicht zur Kenntnis genommen. Seit Januar dieses Jahres gibt es dort eine deutliche Verbesserung zu der Vergangenheit. Es gibt viele Punkte, über die man sinnvollerweise reden sollte, was wir dann im Ausschuss gemeinsam tun sollten.

Nur noch einmal, um den Rahmen darzustellen: Es ist so, dass wir auch schon über den Doppelhaushalt reden. Ich habe es schon ein paar Mal gesagt, aber Sie hören es nicht so gerne. Es ist ein Haushalt, der 900 Millionen Euro mehr Ausgaben vorsieht als der letzte Doppelhaushalt. Das entspricht ungefähr einem BIP in Hamburg von 1,5 Prozent, insofern hat allein schon der veranschlagte reguläre Haushalt eine konjunkturelle Wirkung,

(Michael Neumann SPD: Strohfeuer!)

wie sie von anderen bereits für zusätzliche Konjunkturprogramme gefordert wird. Insofern ist es eine gute Nachricht, dass wir dabei nicht stehenbleiben wollen. Die Ausgaben von 250 Millionen Euro, die wir durch vorgezogene Investitionen in unserem Konjunkturprogramm, das wir im Februar verabschieden wollen, tätigen, werden darüber hinaus auch ihre Wirkung entfalten. Auch das ist nicht Schluss. Sondern, wie Frau Ahrons richtig sagte, werden wir 300 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben, also insgesamt 550 Millionen Euro zusätzlich zu diesen 900 Millionen Euro, investieren, sodass man sagen muss, dass Hamburg in diesem Bereich mit Sicherheit auch in der Größenordnung seinen Beitrag leisten wird.

In der Tat wird es auch darum gehen, wie man diesen Bereich finanziert. Es kann gut sein, dass wir diese 75 Millionen Euro Eigenanteil dann über Kredite finanzieren. Wenn man sich in einem Doppelhaushalt in einem Volumen von 22 Milliarden Euro bewegt, ist es auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten vertretbar, 70 Millionen Euro an Schulden aufzunehmen, wenn man dadurch so viele Maßnahmen finanzieren kann, die sinnvoll für diese Stadt sind, aber auch einen wirksamen Beitrag dazu leisten können, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das kann nur eine Wirkung entfalten, wenn auf Bundesebene kein Unsinn getrieben wird. Dazu muss man ganz eindeutig sagen, dass es einen verwundert, was man von dort zum Teil hört. Wenn

gerade eine Partei wie die FDP, die mir ihrer Ideologie der Deregulierung und des Rückdrängens des staatlichen Einflusses, die durchaus maßgeblich zu der Krise, die wir jetzt zu bewältigen haben, beigetragen hat, mit den gleichen Rezepten jetzt verkündet, das wäre der Ausweg aus der Krise, ist das relativ schizophren. Ich glaube, es ist eine gute Botschaft für Deutschland, dass diese Koalition, der schwarz-grüne Senat, diesen Steuersenkungsphantasien der FDP einen Riegel vorzuschieben gedenkt.

(Michael Neumann SPD: Sehr gut!)

Ich glaube, es ist eine gute Botschaft auch für Deutschland, dass wir in dieser Krise dieses Land nicht noch weiter in die Schuldenfalle hineintreiben.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD – Michael Neumann SPD: Sehr richtig!)

Vor dem Hintergrund, dass wir auch über Kredite diese Krise bekämpfen wollen, werden wir Grüne uns maßgeblich in Hamburg aber auch im Bund dafür einsetzen, dass eine Regelung zur wirksamen Schuldenbremse verabschiedet wird. Denn eins ist doch klar: Wir sollten nicht zulasten zukünftiger Generationen agieren. Wenn man sich anschaut, was die Bürger zu diesem so viel gepriesenen ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Trotz der fortgeschrittenen Stunde möchte ich doch bitten, die Gespräche draußen zu führen. – Vielen Dank.

Jens Kerstan (fortfahrend): Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was die Bürger zu Steuersenkungen sagen. 70 Prozent der Bürger sagen, Steuersenkungen finden sie gut, das wollen sie haben. 60 Prozent sagen, dass das gegen die Konjunkturkrise überhaupt nicht helfen wird. Es ist ein bisschen absurd, wenn man sich das anschaut. Wenn man sich dann aber die Beantwortung der Frage anschaut, was die Bürger denn mit dem Geld machen wollen, dann erklärt es sich gut. 60 Prozent der Bürger sagen, dass sie das Geld jetzt sparen würden, weil ungewisse Zeiten auf uns zukommen. Das erklärt, warum die Leute es haben wollen, aber nicht glauben, dass damit die Krise zu bekämpfen ist. Und es zeigt deutlich, dass über Kreditausweitungen keine neuen Schulden aufgenommen werden sollten, weil wir damit die zukünftige Generation unzulässig beeinflussen würden, ohne wirklich etwas für die heutige Generation zu tun in dieser Krise. Deshalb ist es sinnvoll, in diesen Bereichen andere Dinge zu tun.

Wir Grüne würden uns durchaus wünschen, andere Punkte in diesem Konjunkturprogramm unterbringen zu können. Aber man muss ehrlicherweise

(Jens Kerstan)

sagen, dass diese sechs Stimmen mit grün beeinflussten Regierungen im Bundesrat mit sehr unterschiedlichen Koalitionspartnern existieren, mit der SPD in Bremen und der CDU in Hamburg. Das begrenzt natürlich auch den Spielraum, sodass unser Einfluss in diesem Bereich nur ausreicht, Schlimmeres zu verhindern, aber auch einen wichtigen Punkt durchzusetzen, was man dieser Koalition wirklich auf die Fahnen schreiben kann. In Hamburg passiert nicht das, was teilweise auf Bundesebene in der Großen Koalition zu passieren droht, nämlich dass man in einer Wirtschaftskrise ökologische Kriterien und ökologische Probleme gegen wirtschaftliche Probleme versucht auszuspielen, dass man also das zeitlich dringendste Problem gegen das existenziell wichtigste Problem, den Klimawandel, ausspielt. Das wird dieser Senat nicht tun, sondern in der Krise sogar noch seine Anstrengungen im Klimaschutz verstärken.

Auf Bundesebene sollte man erreichen – dazu werden wir unseren Beitrag leisten –, dass es zumindest bei der Abwrackprämie eine ökologische Prämie gibt. Denn gerade auch das Beispiel der "großen Drei" in den USA hat gezeigt, dass es der Autoindustrie nicht hilft, wenn man meint sie mit gesetzgeberischen Maßnahmen vor ökologisch notwendigem Gegensteuern zu bewahren. Insofern ist das durchaus auch eine Maßnahme, die deutsche Autoindustrie zu schützen. Wenn wir all das zusammen mit der Bundesregierung, aber auch in unserem Ausschuss, diskutieren, werden wir dort ein gutes Programm bereitstellen können, mit dem man diese Krise nicht verhindern kann, aber vielleicht unseren Beitrag zu leisten, sie abzumildern. Ich freue mich auf die Beratungen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat der Abgeordnete Bischoff.

(Ingo Egloff SPD: Wir haben doch noch einen Punkt!)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar Bemerkungen nach der Ladung Kritik müssen Sie mir schon noch gestatten. Zunächst einmal die Frage auch von Herrn Schwinke: Warum der Begriff Strukturprogramm und nicht Konjunkturprogramm? Ich will diese Debatte gar nicht hier und heute ausdiskutieren, wie es zu benennen ist. Da bin ich wieder ganz locker wie bei der HSH Nordbank und anderen Punkten, weil ich in der Frage, wie tief die Konjunktur in den Keller geht, meine Position heute nicht begründen muss. Sondern wir werden noch reichlich Zeit haben im Jahr 2009 zu prüfen, wer in etwa richtig gelegen hat. Ich sage heute nur: Im Jahreswirtschaftsbericht, der – glaube ich

– morgen vorgestellt wird, haben wir die Marge von knapp unter 3 Prozent.

Wenn ich meine Kenntnisse zusammennehme, dann bedeutet ein Minus von knapp 3 Prozent etwas, was wir bislang in der Bundesrepublik nicht hatten. Jetzt schenke ich mir einmal alles das, was in den USA, Großbritannien oder auch in der Volksrepublik China passiert. Es ist auf jeden Fall klar, dass wir in einem Einschnitt, in einer Talfahrt sind, Herr Schwinke, die Sie nur – gestatten Sie mir, wenn ich das sage – mit heroischen Illusionen als normale oder einigermaßen normale Konjunkturkrise bezeichnen können. Das ist der Hintergrund, warum wir sagen, wir müssen aufpassen in der politischen Diskussion und wir müssen nicht nur schlechtreden. Das will ich ganz bestimmt nicht, ich will auch die Chancen betonen. Aber wir müssen deutlich machen, dass das eine Herausforderung ist, wie wir sie lange Zeit in dieser Republik nicht hatten. Ich gehe immer noch davon aus – trotz der herben Kritik von der CDU, von Frau Ahrons –, dass es vielleicht doch möglich ist, an solch einem Punkt den Test über Kooperationen im Ausschuss zu machen. Das ist der Hintergrund, warum wir sagen: Bitte schaut Euch das an mit dem Strukturprogramm.

Das zweite Argument, Herr Kerstan: Ich bin wirklich nie ein Grüner gewesen,

(Antje Möller GAL: Können wir daran etwas ändern?)

– vielleicht, das können Sie ja versuchen, aber an diesem Punkt müssten wir eigentlich übereinstimmen. In der Situation, in der wir seit Jahrzehnten eine Überkapazität in der Weltautomobilproduktion haben, eine Politik zu fahren, wo man sagt, wir müssen das überbrücken, bis das wieder zum alten Status zurückkommt – ich könnte noch ein paar andere Branchen aufzählen –, ist nicht korrekt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, da ist immer noch die Vorstellung im Kopf, als würde man nach einer kurzen Delle so weitermachen können wie vorher. Diese Position – das will ich deutlich machen – teilen wir nicht.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich darf noch einmal feststellen, dass es zu meiner Rechten entschieden zu laut ist.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Über die Maßnahmen können wir gerne noch debattieren und Sie werden bei unserer Fraktion, die sehr flexibel ist, immer jemanden dafür finden. Ich will Sie nur darauf hinweisen: Von dem 825-Milliarden-Konjunkturprogramm, das ab heute nach der Vereidigung anläuft, ist ein großer

(Dr. Joachim Bischoff)

Brocken für die Einführung des Gesundheitssystems in den USA. Darum geht es bitte auch.

Ich zucke schon etwas zusammen, wenn Sie nur Hafen, Hafen, Hafen sagen. Ich bin sehr dafür, dass wir im Hafen noch einiges tun. Und ich bin sehr dafür, dass wir diese Strukturveränderung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten austragen. Das ist ganz klar. Das wäre ein vorrangiges Anliegen von uns. Aber wir müssen in der Situation auch darüber nachdenken, wie wir zu veränderten Strukturen kommen. Und wenn Sie mir den dritten Weg anbieten, dann bin ich gerne dabei. Was das inhaltlich heißt, darüber können wir noch ein bisschen streiten.

Zu Ihrer Bemerkung der Chance einer Investitionsbank: Ich bin ein bisschen zurückhaltend. Aber ich glaube, dass das mit der Regierungskoalition nicht zu machen ist. Ich wäre froh – aber dazu kommen wir vielleicht morgen –, wenn man die Transformation der Haspa in eine Aktiengesellschaft rückgängig machen könnte und wir diese ...

(Barbara Ahrons CDU: Soweit kommt es noch!)

– Ja, soweit kommt es noch.

(Zuruf von Barbara Ahrons CDU)

– Ja, das heißt, dass wir sie wieder als Sparkasse mit kommunaler Verankerung etablieren können. Das ist der entscheidende Punkt. Ob wir dazu eine neue Bank brauchen, das wollen wir einmal sehen.

(Zurufe von der CDU)

– Ich sage das nur.

(Zurufe von der CDU)

– Seien Sie doch nicht so nervös.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Das kommt morgen in die "BILD-Zeitung"! Sie zerschlagen eine Bank. Ich lache mich kaputt!)

– Sie müssen ein bisschen Geduld lernen.

Jetzt will ich das letzte ...

(Hans-Detlef Roock CDU: ... Bank kaputt machen!)

– Bei Ihrem Finanzsenator müssen Sie mir vorwerfen, dass ich eine Bank kaputt mache? Sie sind doch nicht ganz dicht im Kopf.

(Glocke – Lang anhaltender Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Herr Bischoff, ich bitte Sie zur parlamentarischen Sprache zurückzukehren.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): – Also, ich entschuldige mich. Herr Roock, bleiben Sie ruhig.

Ich entschuldige mich. Das war überrissen, tut mir leid.

(Zurufe von der SPD: Aber recht haben Sie! Weitermachen!)

– Ich korrigiere mich, ich wollte Sie nicht persönlich angreifen, auch sonst niemanden. Ich wollte nur sagen: Mir können Sie nicht die Ruinierung einer Bank unterstellen. Mir können Sie nicht unterstellen, dass ich in Milliarden-Größenordnung die Hamburger Steuerzahler mit abenteuerlichen Geschichten belaste. Das können wir aber morgen noch diskutieren.

Ich wollte etwas sagen zu der Schuldenbremse und dem Ganzen, womit wir konfrontiert sind. Herr Kerstan, zwei Argumente. Wenn Sie 480 Milliarden Euro Schirm für die Banken und Finanzierungsinstitute der Automobilfirmen anbieten, dann können Sie nicht – jedenfalls ich kann das nicht – der Bevölkerung erklären, dass kein Geld da ist. Und wenn Sie mir sagen, dass das alles nur Bürgschaften seien, dann rechnen wir später einmal nach, wie viel davon wirklich zugeschossen werden muss. Wenn Sie sich anschauen, wie viel jetzt als zweiter Schirm aufgelegt worden ist in den USA, in Irland und in Großbritannien, dann sage ich Ihnen: Wir kommen auf die Frage, was das im Endeffekt bedeutet, noch zurück.

Zweites Argument: Frau Ahrons kann zwar sagen, ich solle einmal Herrn Freytag fragen, wie viel Geld er eigentlich zur Verfügung hat. Ich glaube aber, das wäre eine ziemlich untaugliche Frage an ihn aus meiner Sicht. Das Problem will ich akzeptieren, ich will Ihnen nur noch einmal sagen: Japan, das das Platzen einer sehr viel kleineren Vermögensblase bewältigen musste in den Jahren 1989/1990, hatte zu der Zeit eine Staatsverschuldung von 60 Prozent. Jetzt, bevor wir in die neue viel größere weltweite Blase und deren Bewältigung eintreten, hat Japan eine Staatsverschuldung von 190 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Dazu sagt ein bestimmter Teil der Ökonomen, das gebe ich Ihnen zu, es werde sowieso teuer. Wir müssen gerade jetzt schauen, wie wir mit den Mitteln richtig die Strukturen verändern, weil das dann auf lange Sicht preisgünstiger für das Gemeinwesen ist. Da will ich gerne, Herr Schwinke, zum Schluss sozialdemokratisch reden und handeln. Ich habe jetzt gelernt, dass es wirklich vorangeht. Seit Finanzminister Steinbrück sagt, er gehe endlich daran, die Steueroasen zu schließen, und mit Liechtenstein und der Schweiz einen richtig heftigen Konflikt anfängt, finde ich, kommen wir auf den richtigen Korridor.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Bischoff, ich bin sicher, dass wir morgen noch einmal zurückkommen auf die Frage, wer Banken ruiniert und wer das nicht tut. Aber ich wollte noch einmal betonen, Herr Kerstan: Ihren Ansatz, dass die FDP ausgebremst wird mit Ihren überkommenen neoliberalen Ansätzen in Ehren – da haben Sie alle Unterstützung, ob Sie das rot-grün in Bremen tun oder schwarz-grün in Hamburg, das ist richtig und da stehen wir voll hinter Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden heute über einen Antrag der Linksfraktion zum Konjunkturprogramm und da gibt es einen Teil berechtigter Kritik. Zum Beispiel die Frage, ob es wirklich konjunkturwirksam ist, kostenlose Kultureinrichtungen für bestimmte Gruppen zu ermöglichen, mit Konjunktur hat das nichts zu tun. Das kann aus anderen Gründen sinnvoll sein, mit Konjunktur, da gebe ich Ihnen recht, hat das aber nicht ganz so viel zu tun. Beim kostenlosen Mittagstisch hört es aber schon auf. Da in der Tat, genau wie bei der Abschaffung des Büchergelds, geht es nämlich darum, Kaufkraft zu stärken in Bevölkerungsgruppen, die das sofort umsetzen in Konsum. Deswegen hört es da schon auf, nicht mehr konjunkturwirksam zu sein. Das ist uns auch von Experten bestätigt worden und das sollten wir in der Diskussion im Wirtschaftsausschuss berücksichtigen.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Das können Sie nicht vergleichen!)

Dann, Herr Kerstan – laxer Umgang mit Steuergeldern: Das überspringe ich einmal. Darauf kommen wir noch zurück, wenn wir Elbphilharmonie und HSH Nordbank besprechen. Aber einen Satz kann ich mir nicht verkneifen: Da muss nun das Konjunkturprogramm erhalten um zu begründen, dass dieser Senat wieder anfängt Schulden zu machen. So wird das dargestellt. Und das ärgert mich schon. Wir haben mindestens ein Jahr lang eine Schuldenrhetorik erlebt von diesem Senat, von Herrn Freytag, die alles an Finanzpolitik reduziert hat auf die Frage, ob wir im Kernhaushalt neue Schulden machen oder nicht. Alles andere wurde ausgeblendet. Sie wissen genau wie wir, dass das falsch war. Das war eine grobe Täuschung und jetzt müssen Sie über das Konjunkturprogramm den Ausweg finden. Das ist eine Irreführung. Sie haben die letzten Jahre den schweren Fehler gemacht, liebe CDU, dass Sie die guten wirtschaftlichen Jahre nicht genutzt haben, um Rücklagen zu bilden, die wir jetzt dringend brauchen. Sondern Sie haben die Rücklagen aufgebraucht

(*Wolfgang Beuß CDU:* Das waren die Sozialdemokraten!)

und haben Defizite aufgebaut von 2006 bis 2009 von über 1 Milliarde Euro. Das ist der Grund, weswegen wir jetzt nicht den nötigen Spielraum haben, das Konjunkturprogramm, das wir eigentlich jetzt brauchen, solide in Gang zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss sich niemand von uns aufs hohe Ross setzen. Wir sollten alle Vorschläge, so wie es unser Fraktionsvorsitzender vor Monaten angeboten hat, im Wirtschaftsausschuss nebeneinander legen und versuchen gemeinsam mit den richtigen Vorschlägen wirtschafts- und finanzpolitisch solide aus dieser Krise herauszukommen.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU:* Aber nicht mit Ihnen!)

Präsident Berndt Röder: Der Abgeordnete Kerstan wünscht das Wort. – Er bekommt es.

Jens Kerstan GAL:* Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Tschentscher, ich kann verstehen, wenn Sie jetzt noch einmal ein bisschen Schärfe hineinbringen wollen in ein Thema, bei dem wir uns eigentlich einig sind. Aber lassen Sie doch einfach einmal die Kirche im Dorf. Auf Bundesebene reden wir im Moment darüber, dass die Bundesregierung die wahrscheinlich jemals höchste Neuverschuldung angesichts dieser Krise in Angriff nehmen muss, um ihre Maßnahmen zu finanzieren, die dem Kampf gegen die Konjunkturkrise dienen sollen. Dieser Senat hat jetzt beschlossen, seinen Eigenanteil an einem Programm von 300 Millionen Euro in Höhe von 70 Millionen Euro kreditär zu finanzieren. 70 Millionen Euro für zwei Jahre, das sind 35 Millionen Euro pro Jahr. Bitte lassen Sie die Kirche im Dorf. Das ist keine grundlegende Kehrtwende. Ich glaube, dass das den Streit nicht lohnt.

Aber ich möchte an Herrn Bischoff gerichtet eine Bemerkung machen – aber vielleicht auch an die Gewerkschaften, die manchmal dazu neigen zu sagen, jetzt müsse man einfach Schulden machen und das sei nicht weiter schlimm. Darauf möchte ich einmal hinweisen, weil das ein Thema ist, das Ihnen wichtig ist: Verschuldung hat eine sehr starke Umverteilungswirkung, und zwar von unten nach oben. Wenn Sie Milliarden und Abermilliarden an Schulden vom Staat aufnehmen, dann mögen Sie vielleicht um Steuererhöhungen herumkommen, aber wer bezahlt denn das? Wer stellt die Kredite zur Verfügung? Das sind die Leute, die Geld haben. Letztendlich tragen dann Tilgungen und Zinszahlungen die Steuerzahler und das sind die kleinen Leute. Gerade wenn Sie sagen, soziale Kriterien müssten eine Rolle spielen, muss man darauf achten, dass die Staatsverschuldung nicht zu weit ausufert. Mir wäre wichtig, dass wir das dabei im Kopf behalten. – Vielen Dank.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Michael Neumann SPD*)

Präsident Berndt Röder: Ich sehe jetzt keine Wortmeldungen mehr. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1897 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 19/1901, Antrag der SPD-Fraktion: Hochschulzugang für Berufstätige.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Hochschulzugang für Berufstätige
– Drs 19/1901 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/2023 ein gemeinsamer Antrag von CDU- und GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Hochschulzugang für Berufstätige
– Drs 19/2023 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Wissenschaftsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Kühn hat es.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten – ich meine im November – eine Debatte, in der Sie sich vor allem, Herr Beuß, darüber beklagt haben, dass vonseiten der Oppositionsfraktionen zu wenig Anträge im Bereich Wissenschaftspolitik kommen würden. Nun haben wir uns natürlich fest vorgenommen, auch ich mir persönlich, diese Kritik ernst zu nehmen.

(*Ingo Egloff SPD:* Das haben Sie jetzt davon!)

So haben wir nun zu dieser Sitzung diesen Antrag eingebracht. Es verwundert mich allerdings – aber dazu werde ich gleich im Anschluss noch kommen – die Art und Weise, wie Sie mit diesem Antrag umgehen wollen. Aber wir werden in der jetzt stattfindenden Debatte noch genügend Raum finden, dies zu diskutieren.

Wenn man sich das Thema dieses Antrags anschaut, dann mag man zunächst zu dem Eindruck gelangen, dass es sich dabei um eine Nebendebatte handelt. Denn Hochschulzugang für Berufstätige klingt nicht gerade nach einem Thema, das in seiner Brenzligkeit jedem augenfällig wird. Wenn man sich aber mit diesem Thema genauer beschäftigt, dann ist es ein wunderschönes Beispiel,

das wieder einmal deutlich macht, dass Deutschland in einer entscheidenden Bildungsfrage vor allem auch gegenüber anderen europäischen Partnern weit zurückhängt. Worum geht es im Kern? Es geht darum, größere Offenheit zum Zugang zu Bildung, auch zu Hochschulbildung, zu gewährleisten. Denn größtmögliche Durchlässigkeit ist der beste Garant dafür, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich fortbilden können. Wie wir alle wissen, ist gute Bildung der beste Garant für dauerhafte und krisensichere Beschäftigungsverhältnisse.

(Beifall bei der SPD)

Gerade auch in Anbetracht des Themas, das wir gerade diskutiert haben, wird noch einmal auf besondere Art und Weise deutlich, wie wichtig dieser Punkt ist. Wir kennen es schon von vielen anderen internationalen Studien. Auch in diesem Punkt hinkt Deutschland bei internationalen Vergleichsstudien deutlich hinterher. Das ist besonders aufgrund zweier Punkte dramatisch, nämlich zum einen, weil gerade in der Bundesrepublik die Verknüpfung von Qualifikation und Beschäftigungsquote besonders stark ausgeprägt ist und zum anderen unsere Wirtschaft auf eine ganz besondere Art und Weise darauf angewiesen ist, viele hoch und gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finden.

Deshalb ist es besonders beängstigend aus meiner Sicht, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland gerade einmal 1 Prozent Zugang zu Hochschulen haben von Studierenden, die nicht über die klassische Hochschulreife verfügen. Ich möchte einmal Vergleichszahlen nennen: England kommt auf 15 Prozent, Spanien und die Schweiz auf 9 Prozent, Norwegen schafft 8 Prozent und die Bundesrepublik Deutschland 1 Prozent. Ich hoffe, dass das noch einmal – auch fraktionsübergreifend – deutlich macht, dass es notwendig und wirklich an der Zeit ist, dass wir uns gemeinsam dieses Themas annehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nun will ich aber als guter Parlamentarier, auch als guter Oppositionsparlamentarier, nicht nur die Notwendigkeit des Problems skizzieren, sondern möchte ohne der parlamentarischen Diskussion vorweg zu greifen mit einigen Lösungsvorschlägen aufwarten. So wäre zum Beispiel aus meiner Sicht durchaus denkbar, Meistern und Inhabern anderer vergleichbarer Fortbildungsabschlüsse einen generellen Zugang zu den Hochschulen zu gewähren vergleichbar zur allgemeinen Hochschulreife. Dies sollte ein Weg sein, zu dem wir uns gemeinsam entschließen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann aber an dieser Stelle auch die Frage stellen, wie wir mit Leuten umgehen, die nicht den Meister gemacht haben oder zum Meister vergleichbare Abschlüsse haben. Hier könnten wir

(Philipp-Sebastian Kühn)

zum Beispiel fragen nach den Noten der abgeschlossenen Berufsausbildung. Wir könnten die Frage stellen, inwieweit die Berufspraxis derjenigen mit zum Beispiel einem angestrebten Studium zusammenhängt, und viele andere Anknüpfungspunkte können sich aus meiner Sicht ergeben. Besonders bedenkenswert erscheint uns Sozialdemokraten – das ist auch dem Petitum zu diesem Antrag vorangestellt –, für spezielle Bereiche der Berufserfahrung Credits zu vergeben, die vergleichbar sind zu einzelnen Scheinen, die Studierende ohnehin an den Hochschulen erwerben, also sozusagen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewisse Arbeitsleistungen auch auf ein potenzielles Studium anzurechnen. Auch dies wäre ein Punkt, den wir bei dieser Diskussion gemeinsam voranbringen sollten.

Ich kann mich aber nicht verwehren, noch einige kritische Anmerkungen zu dem Verfahren zu machen, zu dem Sie sich entschieden haben. Wenn Sie sich nämlich einmal die Mühe machen, das Petitum meines Antrags sich anzuschauen,

(Wolfgang Beuß CDU: Ich denke, da steht Frau Stapelfeldt drauf!)

und das Petitum anschauen, dass die Grünen und die CDU vorlegen, dann kommt man sehr schnell zu dem fast augenfälligen Eindruck, dass man aus drei Punkten zwei gemacht hat, ansonsten die Copy-and-paste-Tastenkombination am Computer gedrückt hat und frecherweise, wie ich finde, mein Petitum zu einem eigenen gemacht hat. Das ist wirklich ein schlechter parlamentarischer Stil.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich schon selber nicht die Mühe machen, Herr Beuß und Frau Dr. Gümbel, sich mit diesen Themen zu befassen, dann können Sie wenigstens Ihre Mitarbeiter – die werden Sie haben – daran setzen, um eigene Petita zu formulieren. Aber bei mir geistigen Diebstahl zu betreiben, finde ich schon ein starkes Stück.

(Zurufe von der CDU: Ui, ui, ui!)

Das ist auch so nicht parlamentarische Praxis.

Dass allerdings Hochschulpolitik bei den Regierungsfractionen ohnehin keinen sehr hohen Stellenwert hat, ist auch in den letzten Tagen bei der Berichterstattung deutlich geworden. Sie jedenfalls – zumindest die Fachsprecher bei den beiden Regierungsfractionen – nehmen ihre Arbeit, was diesen Bereich angeht, nicht sehr ernst.

(Beifall bei der SPD)

Nichtsdestotrotz hoffe ich, dass es dieser Bürgerschaft gelingen möge, bei diesem wichtigen Punkt, dann in der späteren Beratung doch noch gemeinsam zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kühn, ich bin im gewissen Sinne ein wenig sprachlos, weil ich nicht geglaubt hätte,

(Dirk Kienscherf SPD: Man versteht Sie auch gar nicht!)

dass Sie heute an dieser Stelle und auch zu dieser Uhrzeit zu solchen Verbalattacken neigen und von Abschreiben sprechen. Ich weiß nicht, woher Sie das nehmen.

(Dirk Kienscherf SPD: Lesen Sie den Antrag!)

Eigentlich haben wir – und das war gute Tradition – in den vergangenen Jahren im Wissenschaftsbereich immer ganz gut miteinander kommuniziert und gearbeitet. Aber wenn Sie in Zukunft diesen Stil fortsetzen wollen, nehme ich das gerne an.

Ich gehe auf ein paar Punkte in Ihrem Antrag ein, den ich – und das haben Sie sehr sauber ausgeführt – grundsätzlich für richtig halte. Ich will gar nicht die ganzen Argumente wiederholen, die Sie genannt haben und die in diesem Bereich Schwierigkeiten machen. Berufserfahrung, Studium und Motivation sind eine wichtige Angelegenheit im Hinblick darauf, dass Leute mit einer Berufserfahrung ein Studium aufnehmen und ganz anders daran herangehen. Ich finde es gut, dass die Bundesregierung jetzt Anreiz finanzieller Art schafft für Menschen, die nach einer Berufsausbildung oder nach einer Meisterprüfung ein Studium aufnehmen wollen. Obwohl wir nicht verkennen dürfen, dass es – ich komme selbst aus dem Bereich des zweiten Bildungswegs – sehr schwer ist, wenn man aus einem Beruf aussteigt, ein Studium aufnimmt und das Risiko eingeht, auch finanziell große Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen. Es bedarf dabei schon eines gesicherten Umfelds, um so etwas zu tun. Deswegen sind wahrscheinlich auch viele Menschen sehr zögerlich und wissen zum Teil auch gar nicht, dass sie die Möglichkeit haben, nach einem Meisterabschluss anschließend ein Studium aufzunehmen.

Es ist schon sehr spät und ich will es kurz machen. Ein Punkt ist mir ganz wichtig. Bei allem Charme und aller Wichtigkeit, die eine Berufsausbildung und ein Berufsabschluss als Eingang für ein Hochschulstudium haben können, möchte ich doch gerne, dass das Abitur dadurch nicht eine totale Abwertung erfährt. Das ist ein ganz wesentlicher Schlüssel dafür, dass wir an beiden Bereichen arbeiten müssen. Wir müssen viele Schüler so gut vorbereiten in den Schulen, dass sie ein Abitur machen können. Und wir müssen denjenigen, die dazu geeignet sind, ermöglichen ein Hochschulstudium durchzuführen, obwohl sie kein Abitur haben,

(Wolfgang Beuß)

sehr wohl aber eben zum Beispiel einen Meisterbrief im Rahmen ihrer Berufsausbildung.

Sie haben auf ziemlich polemische Art und Weise über unseren Änderungsantrag geredet. Gestatten Sie mir zwei, drei Äußerungen dazu. Wissen Sie, so jemand wie Frau Stapelfeldt, die viel Erfahrung auch als Regierungsfraktionsmitglied hat, weiß ganz genau, dass es gelegentlich schwierig ist, unter Fristsetzung solche Anträge auf den Weg zu bringen, weil die Behörde auch genügend zeitlichen Spielraum haben muss, um auf solche Berichtsvorlagen reagieren zu können. Deswegen haben wir an der Stelle – aber in Ihrem Interesse – dieses Datum herausgenommen, weil wir nicht möchten, dass mit der heißen Nadel irgendein Berichtersuchen erstellt wird, sondern dass das vernünftig gemacht wird. Wir werden sehr wohl darauf achten, dass es auch zur rechten Zeit dieses Haus erreicht.

Dann haben wir Ihren Antrag sogar ein wenig erweitert. Wir haben nämlich gesagt, die Behörde möge mit den Hochschulen gemeinsam – denn die sind betroffen davon – ein entsprechendes Verfahren auf den Weg bringen. Das hatten Sie ausgeklammert, wir haben es hineingenommen, weil wir es für wichtig und richtig erachtet haben.

Den Punkt 3 haben wir herausgenommen, weil er aus unserer Sicht den Punkt 1 mit impliziert und wir das nicht noch komplizierter machen wollten. Damit hat sich Punkt 3 als Extrapunkt erledigt. Hier ist also nichts abgeschrieben worden, sondern wir haben – mit Verlaub gesagt – ein bisschen daraufgeschaut und den Antrag aus unserer Sicht optimiert. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kühn, es tut mir wirklich leid, dass wir Sie so in Rage gebracht haben. Herr Beuß hat es im Prinzip schon erklärt. Ich glaube auch nicht, dass Sie wirklich meinen, dass Ihre geistige Originalität nur an diesem Antrag hängt. Im Gegenteil: Es ist doch eigentlich eher so, dass es zeigt, dass wir in diesem Hause einen breiten Konsens über die Frage haben, dass wir die Hochschulen öffnen sollen für Berufstätige, die keine traditionelle Hochschulzulassung haben. Das ist doch an sich gut. Bei der Beschreitung dieses Wegs gibt es kleine marginale Unterschiede.

Der Konsens selber aber – und deshalb, Herr Kühn, kann man sich nicht so sehr als geistiger Eigentümer dieser Idee hinstellen – steht inhaltlich nämlich in einer, wie Sie selber auch genau wissen, langen Tradition der Hochschulpolitik der Frei-

en und Hansestadt Hamburg. Mit dem heutigen Department Wirtschaft und Politik, das aus der HWP hervorgegangen ist, hat die Hansestadt frühzeitig, nämlich schon gleich nach dem Krieg, die Möglichkeit ergriffen, auch Berufstätigen ohne Abitur ein Hochschulstudium zu ermöglichen.

Die ehemalige Hochschule für Wirtschaft und Politik ist ein Vorbild in der Hochschullandschaft für den erleichterten ...

(Dr. Monika Schaal SPD: War!)

– war ein Vorbild für den erleichterten Hochschulzugang für Berufstätige und sie war mit diesem Angebot lange Zeit einzigartig. Ein Studium ohne Abitur war in der gesamten Bundesrepublik nicht möglich mit Ausnahme an der HWP in Hamburg.

Ich freue mich auch, dass der schwarz-grüne Senat gerade dabei ist, die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag, die 40-Prozent-Zulassungsregelung für Berufstätige am Department für Wirtschaft und Politik, festzuschreiben. Wir sind uns also einig in dem Ziel. In einer wissensbasierten Ökonomie ist es von zentraler Bedeutung, eine möglichst große Anzahl von Menschen mit den bestmöglichen Qualifikationen auszustatten. Deshalb ist es wichtig, die Studierendenquote zu erhöhen. Ein Weg dabei ist lebenslanges Lernen zu befördern. Hier ist es – das hat mein Vorredner schon angesprochen – nicht nur entscheidend, den Hochschulzugang ohne Abitur für Berufstätige zu ermöglichen, sondern eben auch bei der Vergabe von Credits für vorhandene Berufspraxis mit einem Teil von Leistungsnachweisen im Studium gleichzustellen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Herr Beuß hat es eben schon ausgeführt. Der wesentliche Unterschied bei unserem Zusatzantrag ist, dass wir gemeinsam mit den Hochschulen ein Konzept entwickeln wollen. Ich glaube, auch das ist eigentlich hier Konsens im Haus, dass wir die Autonomie der Hochschulen dabei nicht antasten wollen und insofern mit ihnen gemeinsam etwas erarbeiten und ihnen nichts vorlegen wollen. Die zeitliche Befristung haben wir herausgenommen, weil wir meinen, dass anders als in der Debatte, die wir gerade eben geführt haben, in dieser Debatte und bei diesem Punkt sehr wichtig ist, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht. Ich möchte Sie daher bitten, dem Änderungsantrag zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Es ist richtig, dass Bildung eine große Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen hat. Hochschulen bilden Arbeitskräfte für die Zukunft aus. Die Fraktion DIE

(Kersten Artus)

LINKE findet es auch richtig, bessere Voraussetzungen zu schaffen, um Berufstätigen noch ein Studium zu ermöglichen. Verstärkte Anstrengungen, zu denen der Senat mit dem Antrag der SPD aufgefordert wird, sind notwendig. Ich hätte es besser gefunden, wenn wir bereits genau gewusst hätten, warum in Hamburg so wenige Menschen neben ihrer Berufstätigkeit und ohne Abitur studieren. Der Senat vermag für die vier Hamburger Hochschulen nicht einmal Auskunft zu geben, wie wenige Studierende genau nach Paragraph 38 des Hamburgischen Hochschulgesetzes ein Studium aufgenommen haben. So gering ist der Anteil, dass bei einer Bekanntgabe der Datenschutz verletzt würde. Aus unserer Sicht sind mindestens folgende Fragen zu stellen, um die richtigen Forderungen abzuleiten:

(Wolfgang Beuß CDU: Erstens?)

Welche Studiengänge sind für Berufstätige besonders attraktiv? Sind nach Aussagen von Interessierten, Studierenden und von Experten und Expertinnen die Studiengebühren hinderlich für ein Studium neben oder anstatt des Berufs? Wie viele Menschen haben sich seit April 2006 für ein Studium neben dem Beruf und ohne Abitur entschieden, Frauen und Männer getrennt?

(Wolfgang Beuß CDU: Stellen Sie doch dazu eine Kleine Anfrage!)

Welche Gruppen von Berufstätigen werden durch die Studiengebühren von einem Studium ausgeschlossen?

(Wolfgang Beuß CDU: Nun kommen Sie einmal zum Thema!)

Sind Studiengebühren insbesondere für Teilzeitkräfte und Alleinerziehende ein Hindernis, ein Studium neben dem Beruf oder nach dem Beruf aufzunehmen? Wie sind die Vertretungen der Berufstätigen, die Gewerkschaften, in das Thema einbezogen? Welche Stellungnahmen gibt es? Und: Hat die Auflösung der HWP dazu beigetragen, dass die Anzahl der Berufstätigen und Menschen ohne Abitur, die sich für ein Studium entschieden haben, zurückgegangen ist?

In seiner Entschließung für eine solidarische Stadt stellte die ver.di-Landesbezirkskonferenz in 2007 unter anderem fest, dass Studiengebühren zu einer der größten Zugangsbarrieren für Menschen ohne Abitur und für Berufstätige gehören, um ein

Hochschulstudium aufzunehmen. Sie seien zu beseitigen, heißt es. Dem schließen wir uns an.

(Beifall bei der LINKEN)

Insgesamt finde ich den Antrag der SPD zu kurz gegriffen, auch wenn wir ihn unterstützen. Man muss nicht immer den großen Rundumschlag beantragen, aber gerade in diesem Fall, bei der Bildung, ist es wichtig, ganzheitlich heranzugehen. So müsste eine echte und umfassende Bildungsinitiative lauten: Kostenlose Kita-Plätze für alle, so lange wie möglich gemeinsam lernen, Hochschulen dürfen nicht den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen und den Standortinteressen des Senats untergeordnet werden, sondern müssen das kritische Potenzial der Menschen wecken und fördern.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Ich würde mich freuen, wenn der zuständige Ausschuss diesen Appell aufnimmt. Sollte die Überweisung abgelehnt werden, was sich andeutet, werden wir uns der Intention des Zusatzantrags nicht in den Weg stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/1901 und 19/2023 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Letzteres war die Mehrheit und die Überweisung ist abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Zunächst zum gemeinsamen Antrag von CDU- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/2023: Wer möchte diesem folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Wer möchte den Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/1901 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die Sitzung ist geschlossen. Wir sehen uns morgen wieder.

Ende: 20.27 Uhr

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Olaf Böttger, Dora Heyenn, Dr. Natalie Hochheim, Martina Koeppen, Frank Schira und Carola Thimm